STUDENT IM KLASSENKAMPF

7

April 1972
Doppelnummer
Preis öS 10,-

Zur Entwicklung der MLS (II)
Zur Frage des Parteiaufbaus
Lohnrunde 1972
Die Lage in Indochina

INHALT

student im klassenkampf

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger:
Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS)
Verantwortlicher Redakteur: Walter Lindner
Alle: 1070 Wien, Westbahnstraße 7/8

Editorial

Die "dritte Phase" der Entwicklung der MLS (vgl. Zur Entwicklung der MLS I, Stikl Nr. 6) ist die Phase, in der die theoretische Arbeit wie auch die Praxis am entschiedensten und am intensivsten vorangetrieben wurden. Die theoretische und praktische Arbeit wurde auf eine höhere Stufe gehoben. Genau dieser Prozeß drückt sich in den Artikeln über Parteiaufbau, Betriebsarbeit und Parteiaufbau, Entwicklung der Kritik an der KPÖ seit November 71 aus, soweit er das zentrale politische Problem betrifft. Er drückt sich aber auch in einigen anderen Artikeln aus, wie z.B. in dem über die HS-Politik. Es handelt sich bei diesem Prozeß um eine Entwicklung, die von Genossen, die nicht die internen Publikationen verfolgen oder zumindest die wichtigsten Papiere lesen konnten wahrscheinlich nur in bestimmten Aspekten (das praktische Verhältnis zur KPÖ v.a.) und einseitig wahrgenommen wurde. Umso wichtiger sind die genannten Artikel, einschließlich der Korrektur von Fehlern, die in der Vergangenheit gemacht wurden. Letzteres ist nicht nur wichtig zum Verständnis der Politik der MLS Wien, sondern auch deshalb, weil eine Reihe von revolutionären und linken Gruppen in den übrigen Bundesländern sich mit ähnlichen Problemen herumschlagen. Solche Probleme werden auch in Zukunft noch auftreten und wir können vielleicht durch entschieden richtige Lösungen in Wien und durch die Propaganda dieser Lösungen die Entwicklungsprozesse beschleunigen.

Die intensive Entwicklung von Theorie und Praxis der MLS hat sich seit Dezember sogar noch beschleunigt. Eine bloße Schilderung unserer Positionen vom Dezember 71, wie sie im Stikl 6 angekündigt war, hat sich aus diesem Grunde als nicht zweckmäßig herausgestellt. Die Artikel "Zur Entwiclung der MLS II" stellen zwar auch unsere Positionen vom Dezember 71 dar, aber dies in Sicht der seitherigen Fortschritte. Die Behandlung der Betriebsarbeit wurde herausgenommen, weil wir damit ziemlich am Anfang stehen. Das meiste, was im November und im Dezember an Diskussionen abgewickelt wurde, kann heute nicht mehr rekonstruiert werden, weil es nicht schriftlich festgehalten wurde. Soweit die Behandlung der Betriebsarbeit notwendig ist, erfolgt sie in Zusammenhang mit dem Parteiaufbau bzw. mit der Lohnrunde 72 (1).
Diese Darstellungsweise ist auch deshalb sinnvoller, weil der Bruch mit der KPÖ nicht etwas war, was im Dezember "durchgeführt" wurde, sondern ein länger dauernder Prozess und weil er sich systematisch aus unserer Politik ergab. Der 16. Dezember 71 stellte daher weniger einen inhaltlichen als einen formellen Einschnitt in der Entwicklung dar. Für die Darstellung unserer Entwicklung ist der Dezember vielmehr deshalb

ein wichtiger Zeitpunkt, weil im Dezember unsere Positionen zur Hochschulpolitik, zur Betriebsarbeit und zur KPÖ im Rohentwurf vorlagen und bereits in Mitgliederversammlungen diskutiert waren. Obwohl es auch aus den einzelnen Artikeln hervorgeht, heben wir hervor, daß es keinen unvermittelten, mechanischen Bruch der Kontinuität der Politik der MLS gab, sondern (zum Teil erhebliche) Korrekturen dieser Politik, Korrekturen, die die Politik auf eine neue Stufe hoben. Aber diese neue, höhere Stufe ist Resultat der ganzen politischen Entwicklung der MLS vorher, nicht aber einfach "etwas Neues".
Man würde daher vergeblich nach einer Diskontinuität in unserer politischen Propaganda im Studentenbereich suchen. Wenn es Genossen geben sollte, die die MLS von heute für etwas ganz anderes als die MLS von 1971 halten, so läge ihrer Einschätzung nur das fetischistische Vorgehen zugrunde, allen politischne Inhalt auf den Gegensatz "**für**" oder "gegen", "mit" oder "ohne" KPÖ zu reduzieren, ein Vorgehen, dessen sich auch die Revisionisten mit besonderer Begeisterung bedienen.

Die tatsächlichen Veränderungen in unseren politischen Positionen werden sich in der Propaganda unter anderem auch darin niederschlagen, daß gewisse ultralinke Züge beseitigt werden: im Herangehen an internationalistische Probleme, aber auch in der Hochschularbeit und bei einigen anderen Problemen.
Im ersten Fall wurde der Fehler bereits bei der ersten Irandemonstration (vgl. dazu den Artikel von F. Hellmut in StiKl. 6) und bei der Türkeikampagne korrigiert. Im zweiten Fall wurde er ebenfalls bereits korrigiert, zuerst in Flugblättern etc. an einzelnen Instituten, jetzt im Artikel des Gen. Reinold.

Auf Grund des enormen Umfanges, den StiKl 7 erreicht hätte, wenn die geplanten Artikel abgedruckt worden wären, mußten drei Artikel zurückgestellt werden (Irland, Bangla Desh, sowie ein Artikel, der die revolutionäre Strategie in der Türkei, den Charakter der - neben den Marxisten-Leninisten, mit denen wir zusammenarbeiten - anderen revolutionären und nichtrevisionistischen Organisationen in der Türkei behandeln sollte). Unbedingt abgedruckt werden mußte hingegen - im Hinblick auf die geplante Solidaritätsdemonstration am 5. Mai - der Indochinaartikel.

---

(1) Die Diskussion der Linie in der Hochschulpolitik sowohl vor der Erstellung des November HS-Papiers als auch seitdem, spielte sich zu einem wesentlichen Teil ab als Diskussion über die hochschulpolitische Linie der KHG (NRF) Heidelberg, mit der wir uns von allen kommunistischen Organisationen am meisten auseinandersetzten. Daher sind an einigen Stellen Formulierungen und Passagen aus dem NRF übernommen, ohne ausdrücklich zitiert zu werden.

Zur Entwicklung der MLS (II)

ENTWICKLUNG DER HOCHSCHUL-POLITISCHEN KONZEPTION

Vorbemerkung: Der folgende Artikel kann sich nicht darauf beschränken einfach die Position zur Hochschul-(HS)-Politik vom Dezember 1971 darzustellen - wie es die ursprüngliche Konzeption der Artikelserie zur "Entwicklung der MLS" war. Es ist vielmehr notwendig, diese Position vom derzeitigen Stand der Diskussion in der Organisation aus zu kritisieren, um zumindest in Umrissen angeben zu können, in welchem Zusammenhang eine Weiterentwicklung unserer Konzeption der Politik an der HS (als notwendige Voraussetzung für eine Ausweitung unserer politischen Praxis an der HS) erfolgen müßte: insofern ist dieser Artikel auch als Beitrag zu dieser Diskussion in der MLS zu verstehen.

Was die Herausbildung unserer Position zu Jahresende betrifft können wir davon ausgehen, daß im HS-Papier (November 71) die Mängel des programmatischen Artikels "MLS-Politik an den Hochschulen" (Rote Wandzeitung(RWZ) Sept.71) teilweise bereits beseitigt sind. Dennoch ist festzustellen, daß wir in der Ausarbeitung unserer Stellung zur HS-Politik (wie in anderen Fragen) Fehler gemacht haben - bedingt durch den Kampf gegen die opportunistischen Konzeptionen der Revisionisten einerseits, durch die "Verdrängung" der notwendigen Klärung unserer Stellung zum Problem des Parteiaufbaus anderseits -,die in einem Prozeß der Kritik und Selbstkritik erst überwunden werden müssen. Genausowenig wie diese Fehler also einer falschen Einschätzung der Lage an den Hochschulen (etwa der österreichischen Studenten"bewegung") entspringen, genausowenig können sie durch "neue Formen" der HS-Politik beseitigt werden ("Dezentralisierung" der Propaganda, "Gründung" revolutionärer Institutsgruppen). Das ist auch der Grund, weshalb dieser Artikel in bezug auf die Darstellung der Perspektiven der HS-Politik umrißhaft bleiben muß: eine korrekte Position zur Politik an der HS kann erst in Zusammenhang mit der Formulierung unserer Position zu allen wichtigen Problemen des Klassenkampfes, mit der Entwicklung strategischer Perspektiven ausgearbeitet werden. Die Konkretisierung dieser Position, d.h. die Erarbeitung und Durchführung der korrekten Linie der Politik an der HS, hat ihre Schranken 1.in der Unterentwickeltheit des Stands der Klassenauseinandersetzungen,

2. in der Unterentwickeltheit unserer politischen Praxis an der HS, in der Tatsache, daß wir nicht an der HS verankert sind. Der 1.Punkt zeigt die notwendige Beschränktheit einer Politik auf, die nicht von der Arbeiterklasse (durch ihre Partei) praktisch angeleitet, sondern durch Kommunisten vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus formuliert wird. Der 2. Punkt stellt den Zusammenhang klar, in dem die Ausarbeitung der korrekten Linie (soweit sie mit der vorher genannten Einschränkung möglich ist) nur erfolgen kann.

1.REKRUTIERUNG und FUNKTIONALISIERUNG (Die Konzeption der HS-Politik in der RWZ)

a) Die zentrale Aufgabe der Marxisten-Leninisten

Der RWZ-Artikel unterscheidet sich grundlegend von allen früher veröffentlichten Stellungnahmen zu den Aufgaben der Politik an der HS. In der ersten Zeit nach der Übernahme der VDS wurden diese Stellungnahmen einerseits noch vom Konzept der Marxistischen Zellen (MAZen), das auf eine Organisation der Intellektuellen nach ihrer Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zielte, andererseits von der Auseinandersetzung mit den Theorien des intellektuellen Opportunismus ("Verproletarisierung","Produktivkraft Wissenschaft") und seinen naturwüchsigen Organisationsmodellen (Basisgruppen) dominiert.
Im September waren wir zum ersten Mal in der Lage, die Aufgaben der HS'Politik wirklich von einem Standpunkt außerhalb der HSen (natürlich nur theoretisch) zu bestimmen. Wesentlich hatte dazu beigetragen, daß die im Frühjahr tw. noch vorhandene unklare Haltung zum KPÖ-Revisionismus (vgl.Stikl 6,S 7) durch eine eindeutige Einschätzung der KPÖ als revisionistische Partei überwunden worden war. Erst auf dieser Basis war es möglich, von der "zentralen Aufgabe, die gegnwärtig allen, auch den studentischen Marxisten-Leninisten gestellt ist" (RWZ,S 4) ausgehen: "Beim Aufbau einer revolutionären Arbeiterbewegung mitzuhelfen"(ebd). Ebenso richtig wurde damals der Inhalt der Propaganda in nichtproletarischen Schichten angegeben: "Allen und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen" (Lenin).

b) Die Begründung der Notwendigkeit der Politik a.d. HS

Diese Klare Formulierung der zentralen Aufgabe der ML und die Klarstellung, daß diese Aufgabe nicht an den HSen wahrgenommen werden kann, hat einen wesentlichen Fortschritt in der Entwicklung der MLS bedeutet. Daß weiters klargestellt wurde, daß aber auch in der HS-Politik von dieser zentralen Aufgabe ausgegangen werden muß, hat verhindert, daß das Erkennen der Vorrangigkeit der politischen Arbeit in der Arbeiterklasse verbales Bekenntnis blieb - d.h. ohne Konsequenzen auch für die HS-Politik. Diese Unfähigkeit, den "studentischen" Standpunkt endgültig aufzugeben, braucht zwei verschiedene Umwege, um wieder beim gleichen Typus von HS-Politik landen zu können. Beide Umwege führen "natürlich" über die Betonung der "Wichtigkeit" des Proletariats: jedoch aus der Nichtexistenz einer revolutionären Arbeiterbewegung auf die Unmöglichkeit einer "effektiven Praxis (Flugblatt der AKTION vom 15.3.72) und "daher" auf die Notwendigkeit geschlossen, im"jeweiligen Wirkungsbereich" (Flugblatt der AKTION vom 21.3.72) pausenlos liberale Kampagnen zu veranstalten.(Bei uns hätte sich das natürlich nicht in liberalen Kampagnen, sondern - wenn nicht Klar-

heit über die Hauptaufgabe als Ausgangspunkt der <u>gesamten</u> Politik hergestellt worden wäre - in dem Zwang geäußert, dauernd Alternativen zu den Aktionen irgendwelcher opportunistischer Studentenpolitiker zu entwickeln oder nichts anderes zu tun, als auf ihr kindisches Kläffen gegen proletarischen Internationalismus oder gegn unsere Solidarität mit dem Kampf der chinesischen Genossen gegen den Sowjetrevisionismus zu entgegnen). Diese eine Art der <u>Fixierung auf die HS</u> als Legitimationszwang gegenüber Studentenpolitikern (etwas anderes ist die Kritik und die Vorbehalte von Genossen: mit diesen Genossen müssen wir uns auseinandersetzen und sie zu überzeugen versuchen!) ist damals verhindert worden (eine kommunistische Politik ist auch gar nicht von der"HS-Praxis" her zu"legitimieren"!). Die <u>andere Art</u> der Fixierung an die HS hätte sich für uns als Verwandlung in den Studentenverband der KPÖ dargestellt: Denn wenn man Mitglied der Weltbewegung wird, kann man bekanntlich weiterhin "Student" bleiben. Kein Wunder, daß die ausdauerndsten Apologeten der Studentenbewegung (in der BRD wie in Österr.) dort landen, wo der Bruch mit der"revolutionären Rolle der Studenten" (die sie nun nicht mehr als "Randgruppe", sondern als "Fraktion der Arbeiterklasse" haben) äußerlich blieb, wo das Bild der alten Politik sich in neuem Rahmen bietet: in den Studentenorganisationen der revisionistischen Parteien.

Das Ziel der Artikel in der RWZ war es zu verhindern, daß aus einem verbalen Bekenntnis zur <u>Hauptaufgabe der Kommunisten</u> die beiden Arten ihrer <u>Liquidation</u> (=1.Verschiebung auf unbestimmte Zeiten, 2. Delegierung an die revisionistische Weltbewegung) abgeleitet werden könnten. Das war nur dadurch möglich(wie schon oben erwähnt), daß davon ausgegangen wurde, daß die <u>zentrale Aufgabe</u> der ML nicht nur ihre Politik in der Arbeiterklasse, sondern auch ihre polit. Arbeit in anderen Bereichen (also auch an der HS!) bestimmen muß.

Die scharfe Abgrenzung gegn alle Varianten des Opportunismus hat jedoch zu einer <u>Verabsolutierung</u> der zentralen Aufgabe geführt. Das bedeutete als <u>einzige</u> Aufgabe für die HS-Politik die <u>Kaderrekrutierung</u>. Die Begründung der <u>Notwendigkeit</u> der Politik an der HS konnte so nur mehr mit Argumenten erfolgen, die entweder <u>nur die Möglichkeit</u> der Rekrutierung von Kadern von der HS weg (keineswegs aber die Notwendigkeit, dort Politik zu machen) beweisen oder gar nur Rechtfertigungscharakter haben (warum man "überhaupt noch" an den HS bleibt): weil an den HSen "ein besonders leicht erfaßbares politisches Potential" existiert, weil "unsere Möglichkeiten, in der Arbeiterklasse politisch zu arbeiten, sehr eng gesteckt" sind(!), weil es "völlig falsch" wäre,"das Feld den Opportunisten aller Schattierungen zu überlassen"(!)(RWZ,S 4).
Die beiden grundlegenden Fehler unserer damaligen Einschätzung sind 1.die Unfähigkeit, das Verhältnis von zentraler Aufgabe (Politik in der Arbeiterklasse) und Propaganda in nichtproletarischen Schichten richtig zu bestimmen, 2. der falsche (=orientierungslose) Rekrutierungsbegriff.
<u>ad1.</u> Es wurde in der RWZ <u>richtig</u> festgestellt, daß es <u>nicht um die Entwicklung von"Teilstrategien"</u> für nichtproletarische Schichten geht, daraus jedoch der falsche Schluß gezogen, daß diese Schichten in der gegenwärtigen Phase nur insofern Bedeutung für den Klassenkampf haben, als sie Kader

stellen können. Aus einer richtigen Begründung der Unmöglichkeit von "Teilstrategien" ergibt sich jedoch nicht dieser Schluß, sondern die Notwendigkeit, jene Fragen zu untersuchen, deren Klärung die Voraussetzung für die Bestimmung der Aufgaben kommunistischer Propaganda an der HS ist. Es gibt deswegen keine Teilstrategie für die Intelligenz, weil es keinen "eigenständigen" Weg der Intelligenz zum Sozialismus gibt: Können überhaupt Widersprüche zwischen teilen der Intelligenz und dem Monopolkapitalismus aufbrechen? Gibt es eine fortschrittliche Perspektive für den Kampf der demokratischen Intelligenz gegn die Unterdrückung durch das Monopolkapital und seinen Staatsapparat, gegen die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, oder muß dieser Kampf ein Kampf um Privilegien bleiben? Können die revolutionär-demokratischen Bestrebungen der Intelligenz eine Unterstützungsfunktion für den Kampf der Arbeiterklasse um die Macht haben?

Diese Fragen spielten im RWZ-Artikel überhaupt keine Rolle, da als einzige Aufgabe der HS-Politik die Kaderrekrutierung angesehen wurde.
ad 2. Warum das damalige Rekrutierundsverständnis orientierungslos bleiben mußte, steht in einem anderen Zusammenhang: Damals ging es um das Verhältnis Hochschularbeit-Betriebsarbeit, manchmal sogar fast alternativ formuliert! Das Problem des Aufbaus einer kommunistischen Organisation, der erst die Ziele der BA als Propaganda an die Adresse der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse bestimmen kann, stand nicht zur Diskussion, die Konzeption der BA war daher - außer vielleicht in den Köpfen einiger Genossen - verschwommen und perspektivlos. Losgelöst von jeglichen organisatorischen Perspektiven, für die zu rekrutierenden Kader blieb es bei der "Rekrutierung für die BA", letzten Endes bei der Rekrutierung von Studenten, die man zu halbwegs brauchbaren Verteilern qualifizieren konnte. Außerhalb unseres Gesichtkreises lagen damals konkrete Vorstellungen über die "Mithilfe am Aufbau einer revolutionären Arbeiterbewegung" - die Hauptaufgabe der BA wurde in der Selbstqualifikation gesehen. Aus diesen Gründen konnten wir beim Kaderbegriff (und deshalb auch beim Rekrutierungsbegriff) nicht von der Rolle kommunistischer Intellektueller bei der Herausbildung der Partei des Proletariats ausgehen, deren Frühphase - die Verschmelzung der Theorie des proletarischen Befreiungskampfes mit dem (spontanen) Kampf der Arbeiterklasse selbst - sich sozial darstellt als die Vereinigung sozialistischer Intellektueller mit den fortgeschrittensten Arbeiter (vgl. die in diesem Heft nachgedruckte Arbeit von Joscha Schmierer). Nur mit der Rolle der revolutionären Intelligenz kann die Notwendigkeit der Organisation und Qualifikation von marxistisch-leninistischen Intellektuellen und daher die Aufgabe der Kaderrekrutierung als eine (die derzeit wichtigste, jedoch nicht die einzige) Aufgabe der politischen Arbeit an der HS richtig begründet werden.

c) Die "Funktionalisierung der Wissenschaft"

Der RWZ-Artikel nennt drei Hauptgebiete der Arbeit an der HS, die sich aus der "Kaderlinie" ergeben:
1. Die offensive Propaganda der marxistisch-leninistischen Theorie,
2. den demokratischen Kampf zur Erhaltung bzw. zur Eroberung von Positionen, die die politische Arbeit an der HS ermöglichen und
3. die Funktionalisierung der Wis-

senschaft für den Klassenkampf. (1. und 2. werden bei der Darstellung der Positionen im HS-paper näher behandelt). Die Formulierung "Funktionalisierung der Wissen-e schaft" bedeutet keineswegs, daß wir damals Illusionen über die Möglichkeiten eines sozialistischen Studiums, über die Ausnutzung von "Freiräumen" o.ä. gehabt hätten oder gar die Theoriebildung in Seminare verlegen zu können glaubten (was die neuesten Schlager der AKTION sind, die überhaupt eine Me- Meisterschaft darin entwickelt, unverdaut wörtlich von uns übernommene Einschätzungen und abgestandene Ideen aus der Blüte der Studentenbewegung schöpferisch zu einem Brei zu verrühren, und dann in Form von Flugblättern zu verteilen, um sogenannte "Kampagnen" zu erzeugen oder gar um zur Unterfertigung von Petitionen oder ähnlichen Sc Schrifttum aufzurufen).

Es war einzig und allein an Unterstützungsfunktionen (Untersuchungen, theoretische Vorarbeiten) für unsere politische Arbeit außerhalb der HS gedacht. "Da weder die BA soweit entwickelt ist, daß etwas in bezug auf sie funktionalisiert werden könnte, noch wir Positionen an den HS haben, die funktionalisierbar wären" (Hs-paper, S.2), hat sich diese Konzeption von selbst erledigt.

2. DIE KONKRETISIERUNG DER AUFGABEN DER KOMMUNISTEN AN DER HOCHSCHULE

Die Konzeption der HS-Politik im HS-Papier von November 71

Die Diskussion in der Organisation ist in den letzten Monaten (endgültig seit dem Ausschluß der Revisionisten) geprägt von dem Bewußtsein, daß es für unsere weitere politische Praxis bzw. die Ausweitung dieser Praxis unumgänglich notwendig ist, unsere Einschätzungen zu allen wichtigen Fragen des Klassenkampfs zu konkretisieren und in diesem Prozeß unsere früheren - tw. auch "linken"-Fehler zu überwinden. Zum ersten Mal stellt sich ein solches Problem der theoretischen Arbeit derart deutlich als praktisch-politische Notwendigkeit: Das ist auch der Grund, warum diese Konkretisierung nicht Angelegenheit der theoretischen Arbeit bleiben kann, sondern nur im Zusammenhang mit der Aufnahme der kontinuierlichen politischen Arbeit in der Arbeiterklasse, schließlich mit der Verankerung in der Arbeiterklasse gelöst werden kann, die heute die vordringliche Aufgabe der Kommunisten ist. Erst auf dieser Basis wird es einer kommunistischen Organisation möglich sein, in spontane Kämpfe einzugreifen, sie durch konkrete Forderungen anzuleiten, d.h. kommunistische Politik auf der Grundlage eines Programms zu machen. Diese Perspektive ist es allein, die unsere gegenwärtige praktische und theoretische Arbeit in den richtigen Zusammenhang stellen kann.

Das richtige Theorie-Praxis-Verhältnis muß für unsere gesamte Politik gelten, auch für die HS-Politik: Ein Aktionsprogramm für die Politik an der HS; das die notwendige Abstraktheit der uns derzeit möglichen Aussagen über die Aufgaben an der HS überwindet, kann deshalb nicht etwa vom HS-Ausschuß entwickelt werden, sondern hat unsere Verankerung an der HS, die Ausweitung und die qualitative Verbesserung unserer Propaganda an der HS zu einer wichtigen Voraussetzung.
Es ist unmöglich den Stellenwert der wesentlichen Aussagen des HS-papers wie der Kritik daran in der Entwicklung richtig einzuschätzen, wenn es nicht im Zusammenhang dieser Diskussion in der MLS geschieht -in demselben Zusammenhang, in dem die meisten Artikel dieses STIKL-Heftes stehen, in demselben Zusammenhang, in dem u.a. auch unser Bemühen gesehen werden muß, uns mit (nicht MLS-)Genossen auseinanderzusetzen, die versuchen, konsequent sozialistische Politik an Instituten zu betreiben.

Im folgenden wird versucht, (nur) zu den für die Diskussion über die HS-Politik wichtigsten Fragen die

Positionen der HS-papers darzustellen,zu kritisieren und weiterzuführen.

a)Möglichkeit und Notwendigkeit einer sozialistischen HS-Politik und ihre Ziele

Wir gingen im HS-paper davon aus, daß die Politik an der HS für uns eine "relativ selbständige Bedeutung" (neben der Betriebsarbeit) hat,weil die"Auseinandersetzung um Bildungs- und Forschungspolitik zwar noch kein Teil des bewußt geführten Klassenkampfes des Proletariats ist,aber es sich tatsächlich auf dieser Ebene um Klassenkampf des Proletariats handelt- um Klassenkampf von oben." (HS-paper S.2)

Die Möglichkeit der Politik an den HS also wird mit der Möglichkeit begründet,hier der Bourgeoisie entgegenzutreten,die Notwendigkeit der Politik an der HS mit der Notwendigkeit,überall und daher auch hier der Bourgeoisie entgegenzutreten. Allerdings werden im Zusammenhang der Begründung der Notwendigkeit der HS-Politik auch die Ziele einer sozialistischen HS-Politik formuliert,und diese korrekte Formulierung der Ziele der Politik an der HS macht die Bedeutung der damaligen Position für die Weiterentwicklung unserer Stellung zu diesem Problem aus:1."Teile der Intelligenz für den Sozialismus zu gewinnen", 2."eine Minderheit für den revolutionären Kampf zu qualifizieren".
Aber wo nun Aussagen über den Stellenwert und die Durchführung dieser Aufgaben hätten folgen müssen, verfallen wir wieder in breite Ausführungen über das Verhältnis BA-HS-Poltik,die wieder Legitimationsbegründungen für die Weiterführung der Arbeit an der HS "notwendig" machen:

1.weil "unser Rekrutierungsbereich die HS sind und in nächster Zeit auch bleiben werden".(Dieser"Begründung" der HS-Politik liegen noch die gleichen Fehler zugrunde wie dem weiter oben kritisierten "Verteilerrekrutierungs"-Standpunkt).

2.weil "gegenwärtig ideologische Auseinandersetzungen vorrangig im HS-Bereich ausgetragen werden." (Einerseits wurde zwar damals HS-Politik einseitig als ideologische Auseinandersetzung begriffen,andererseits stimmt an der Auffassung des HS-Bereichs als Bereich ideologischer Auseinandersetzungen nichts als die lokale Komponente:Diese Auseinandersetzungen werden derzeit hauptsächlich von Intellektuellen geführt - aber sie werden immer geführt als Kampf des wissenschaftlichen Sozialismus gegen den Revisionismus,den Einfluß bürgerlicher Elemente in der Ideologie der Arbeiterbewegung!)

3.weil wir "der Zusammensetzung und dem Hauptaktionsfeld nach auch in absehbarer Zeit vor allem Studentenorganisation bleiben werden." Alle Zitate HS-Papier S.3.(1.Aus unserer sozialen Zusammensetzung kann keineswegs auf den Charakter der Organisation als Studentenorganisation geschlossen werden, 2.Unser Hauptaktionsfeld ist nur der "Menge" nach die HS,über die Relevanz oder die Notwendigkeit der Arbeit an der HS ist damit überhaupt nichts ausgesagt.)

Was sich hier gezeigt hat,ist die durchgehende Tendenz des HS-Papiers: Einerseits eine Überwindung der Ausgangsposition des RWZ-Artikels (der Verabsolutierung der Kaderlinie),andrerseits die alten Fehler. So wird z.B. kritisiert,daß die "Propaganda des Marxismus-Leninismus und die Aufklärung über die welthistorische Bedeutung des proletarischen Klassenkampfes" relativ abstrakt geblieben ist,weil die Ebene der"Aufklärung darüber, welche Funktion den angesprochenen Studenten (in ihrem zukünftigen Beruf) von seiten des Kapitals zugedacht ist",wegfiel."Beispiel: für die Lehrer bedeutet das,die Funktion der Lehrer in der kapitalistischen Gesellschaft sowie die Funktion der besonderen Wissenschaftenfür die bürgerliche Gesellschaft aufzudecken.Solange die zweite Ebene wegfiel,war unsere Politik an den HSen relativ abstrakt.Jetzt muß eine solche inhaltliche Verbindung zwischen HS-Politik und pro-

letarischem Klassenkampf hergestellt werden."(S.3 f.)Weiters gingen wir davon aus,daß "für den größten Teil der revolutionären Intelligenz, selbst für einen Teil der MLS-Mitglieder...die richtige Konkretisierung des 'Sich auf den Standpunkt des Proletariats-Stellen'nicht darin bestehen kann,"direkt am Kampf des Proletariats teilnehmen oder sich direkt in dessen Dienst zu stellen."(S.2).Dennoch bleibt im folgenden wieder nur die "Rekrutierung" als Aufgabe der Politik an der HS:Diejenigen,die nicht BA machen können,bilden eben die sog. HS-Kader und müssen an der HS weiterrekrutieren!Im selben Dilemma bleiben die Aussagen über das Verhältnis von 'Kaderlinie'und 'Massenlinie'stecken.An das Ziel "Die linken Studenten weiter nach links zu drängen und soweit wie möglich zu Marxisten-Leninisten zu machen" wird die unbegründete Annahme angehängt,daß "dadurch automatisch das"linke 'Potential" vergrößert wird,"und daraus voreiligerweise geschlossen,daß hiermit die "Verselbständigung der'Kaderlinie'gegenüber der 'Massenlinie',die noch "jedesmal zu einer falschen Politik geführt" hat,verhindert wird. (S.7).In Wirklichkeit hat die Formel "Linke zu Marxisten-Leninisten machen" nichts anderes bedeutet als unsere Unfähigkeit,Politisierungsprozesse richtig einzuschätzen, den Einfluß unserer Politik auf den Verlauf solcher Politisierungsprozesse als möglich und notwendig zu erkennen.Hinter diesen Vernachlässigungen stand eine seltsame "Stadientheorie":Die demokratischen Studenten werden durch irgendwelche Opportünisten nach links gebracht,dann greifen wir ein!?Der geringe Stellenwert den die Klassenanalyse in diesem Papier hat, zeigt,daß die wissenschaftliche Analyse der Widersprüche im Ausbildungssektor und in der Berufsperspektive,zwischen demokratischen Studenten und Staat der Bourgeoisie,zwischen demokratischer Intelligenz und Monopolkapital überflüssig geworden ist:Denn für die Propaganda der Hauptaufgaben der Revolutionäre,deren Ziel die Gewinnung einer Minderheit in die Arbeit in der Organisation ist, spielt die Aufklärung über die Widersprüche in dem besonderen Bereich des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses (Ausbildungsbereich, Berufsperspektive) keine Rolle (daß sie an anderer Stelle gefordert wird, beweist eben die Widersprüchlichkeit unserer damaligen Vorstellungen). So hat die Vermeidung des im RWZ-Artikel noch gebrauchten Begriffs "Kaderlinie" nur dazu gedient, die Ausgabe dieser "Kaderlinie" als allgemeine Orientierung der Propaganda an der HS beizubehalten.

b) Die Aufgaben der revolutionären Intelligenz,die demokratischen und antiimperialistischen Impulse der Studentenbewegung und die Neuen Mittelklassen,die veränderte Funktion des Ausbildungssektors bei der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse

Die Begründung der Möglichkeit und Notwendigkeit der Politik an der Hochschule kann nicht allein ausgehen von den Interessen des Kapitals am Ausbildungssektor, (also der Möglichkeit antikapitalistischer Politik) und der Notwendigkeit diesen Interessen entgegenzutreten (wie es im Hochschul-paper teilweise praktiziert wird).Dadurch ginge die spezifische Differenz zwischen einem beschränkten antikapitalistischen Standpunkt und dem proletarischen Standpunkt verloren.Nur vom Standpunkt der revolutionären Klasse ist nicht nur die Bekämpfung,sondern der Sturz des Kapitalismus als Notwendigkeit zu erkennen.Der kapitalistische Produktionsprozess als produktive Konsumtion der Ware Arbeitskraft ist der Ort,von dem aus erst die Mystifikationen des Kapitalverhältnisses durchbrochen werden können.Der antikapitalistische Standpunkt ist deshalb beschränkt,weil von ihm aus die Politik negativ an das Kapital fixiert bleibt,der Kampf gegen das

Kapital bleibt ohne revolutionäre Perspektive. Der spezifische Unterschied zwischen der "Lohnarbeit im wissenschaftlichen Sinn" und der Tatsache, dass sich die Lohnform (die Bezahlung des Werts der Arbeitskraft) auch in bezug auf den Austausch von Arbeit gegen Revenue durchgesetzt hat, verschwindet. Konsequent zu Ende gedacht führt der antikapitalistische Standpunkt zum antimonopolistischen, die Klassenanalyse muss der Behauptung der Einheit von Proletariat und neuen Mittelklassen weichen. Die führende Rolle des Proletariats ist nicht mehr wissenschaftlich zu begründen, damit ist die Notwendigkeit, dass die Arbeiterklasse alle gegen das Kapital gerichteten Bewegungen anleiten muss, um ihnen eine fortschrittliche Perspektive zu geben, nicht mehr zu begründen.
Der "Studentenbereich" wird zu einem "an und für sich relativ selbständigen Bereich (des Klassenkampfes)" (Hochschul-paper S 2)
Die Gefahr des Abgleitens in den Opportunismus liegt also nicht (nur) in der Unentwickeltheit der Bewegung an der Hochschule, in der durch ihre Klassenlage bedingten Marktfixiertheit des Bewusstseins der Mittelklassen. Sie besteht vielmehr dann, wenn die Kommunisten nicht in ihrer gesamten Politik (also auch an den Hochschulen) vom proletarischen Standpunkt ausgehen.

Was bedeutet das Ausgehen vom Standpunkt des Proletariats für die Politik an der Hochschule in der gegenwärtigen Situation?
In der Beantwortung dieser Frage muss gleichzeitig die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Hochschulpolitik begründet werden.
I. Es genügt nicht, eindeutig und klar festzustellen, dass die zentrale Aufgabe nicht an der Hochschule wahrgenommen werden kann. Es ist vielmehr notwendig zu untersuchen, welche Unterstützungsfunktion für die Erfüllung dieser zentralen Aufgabe der Politik an der Hochschule in der gegenwärtigen Situation zukommen kann.

2. Die Kommunisten machen nicht "Arbeit im Bündnisbereich" (die falschen Konsequenzen, die die Revisionisten aus dieser Formulierung ableiten, ist im Hochschulpaper kritisiert worden S. 5).
Dieser falschen Trennung des Klassenkampfs in verschiedene "Bereiche" stellen wir die Notwendigkeit gegenüber, dass die Kommunisten die antiimperialistischen Impulse der Studentenbewegung sozialistisch aufklären, die demokratischen Bewegungen im Ausbildungssektor anleiten und in den Zusammenhang des Kampfs gegen eine Ausbildung im Interesse des Monopolkapitals stellen. Weder der Syndikalismus der "Bündnispolitik" der Revisionisten noch die Überheblichkeit gegenüber den demokratischen Bestrebungen eines Teils der Intellektuellen sind die richtige Lösung: es geht nicht um die Aufstellung von "Reformprogrammen für Bereiche", die "auch" die Interessen der Arbeiterklasse "berücksichtigen", nicht darum, uns als führende Vertreter partikularer Interessen aufzuspielen: Diese Interessen können natürlich "antimonopolistisch" sein, wie z.B. die Verteidigung der "Autonomie" der Hochschule oder die weitere Privilegierung (die Kapitalisten zahlen schliesslich niemandem gern höhere Löhne) und damit die Isolierung der Intelligenz vom Kampf der Werktätigen gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen durch die Angriffe der Kapitalistenklasse - "fortschrittlich" ist dieser Kampf gegen den Imperialismus genausowenig wie eine Bewegung zur Restauration des Zunftwesens zwecks Beseitigung der "Ausbeutung" der Handwerker durch die Monopole.
Es geht für Kommunisten einzig und allein darum, dass sie aufbrechende Konflikte in ihrer Bedeutung für den Kampf der Arbeiterklasse einschätzen und die richtige Einschätzung der Konflikte vermitteln, dass sie in jeder revolutionär-demokratischen Bewegung die Führung übernehmen und die richtigen politischen Zielsetzungen und Forderungen durchsetzen.

3. Um beurteilen zu können, welche Konflikte im Ausbildungssektor in dieser Richtung politisierbar sind, ist es notwendig, die Bedeutung der Forderungen der Arbeiterklasse nach einer ihren Interessen dienenden Ausbildung beim Kampf um die Macht zu analysieren. Nicht nur bei der Durchsetzung von Forderungen im Kampf um die Macht kann die Intelligenz eine wichtige Unterstützungsfunktion haben. Auch nach der Machtergreifung, in der ersten Etappe des Aufbaus des Sozialismus, kommt der Intelligenz bei der Schulung der Massen für ihre Heranziehung zur Leitung der Produktion, bei der Weiterführung und Neuorganisation der Produktion eine grosse Bedeutung zu; z.B. bei der Beseitigung der kapitalistischen "raffinierten Bestialität" (Lenin) aus der Organisation des Arbeitsprozesses bei gleichzeitiger Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse).
Nur wenn wir von diesen Interessen der Arbeiterklasse ausgehen, können wir im Kampf der demokratischen und sozialistischen Studenten die einzig fortschrittliche Perspektive propagieren: das Bündnis mit der Arbeiterklasse, unter deren Führung. Diese revolutionäre Perspektive der Diktatur des Proletariats gibt es für die Intelligenz jedoch nur dann, wenn sie bereit ist, ihre materielle Privilegierung, die Privilegien der Kopfarbeiter und ihren schwankenden ideologischen Standpunkt aufzugeben.
Damit ist klargestellt, dass für uns die Bündnisfähigkeit nicht mit dem Hinwies auf die Widersprüche zwischen Neuen Mittelklassen und Kapital schon feststeht (weil damit die Widersptüche zum Proletariat herausfallen) : Ob diese Klasse den Kampf der Arbeiterklasse unterstützen kann, hängt nicht nur von ihrer Klassenlage ab, sondern ist wesentlich bestimmt von dem aktuellen Klassenbewusstsein dieser Klasse, von ihrer Bereitschaft, den Kampf des Proletariats bedingungslos zu unterstützen. Diese Bereitschaft kann nur das Resultat der Propaganda der Kommunisten sein: Damit ist bereits das Ziel unserer Propaganda, die Richtung für die Konkretisierung der Aufgabe "Teile der Intelligenz für den Sozialismus gewinnen" (S.2) angegeben.

Möglichkeit und Notwendigkeit der Hochschulpolitik wie ihre Ziele bestimmen sich also:
I. aus ihrer Unterstützungsfunktion für die Erfüllung der zentralen Aufgabe
2. aus der Ambivalenz der Bewegungen der Neuen Mittelklassen, die durch ihre Klassenlage bedingt ist
3. aus der Notwendigkeit und Möglichkeit, in diesen Bewegungen die Forderungen durchzusetzen, mit denen die Arbeiterklasse die Kämpfe auch dieser Klassen anleiten muss und wird (obwohl uns klar sein muss, dass diese letzte Aufgabe dadurch erschwert wird, dass die politische Organisation des Proletariats noch nicht existiert).
ad 1. Im Hs-paper haben wir betont, dass es nicht angeht, "Kader-und Massenlinie gleichermassen zu propagieren" (S 7). Von der zentralen Aufgabe ausgehen heisst, die gesamte politische Arbeit der historischen Perspektive des Aufbaus der Kommunistischen Partei unterzuordnen. Das bedeutet, daß in der Politik an der HS die Unterstützungsfunktion für die Erfüllung der zentralen Aufgabe ein Hauptgewicht der Propaganda bilden muß.
Um diese Unterstützungsfunktion für die gegenwärtige Phase konkretisieren zu können, muß festgestellt werden, daß diese historische Aufgabe zu erkennen und zu verfolgen, nicht bedeutet, daß die ideologische, politische und organisatorische Vorbereitung der Partei sich jetzt unmittelbar als Aufgabe stellt. Auf der Tagesordnung steht vielmehr die Schaffung der Bedingungen für die Vereinigung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung, für den Aufbau einer kommunistischen Organisation. In dieser Phase

kommt der Erhaltung und der Weiterentwicklung der marxistisch - leninistischen Theorie, also dem Kampf gegen den Revisionismus und der Ausarbeitung eines Programms, eine wesentliche Bedeutung zu .Entsprechend der Rolle, die die revolutionäre Intelligenz dabei erfüllen kann, ist es eine wichtige Aufgabe, kommunistische Intellektuelle zu organisieren und zu qualifizieren.
Besonders in der BRD und in Österreich verdanken die nichtrevisionistischen Gruppen ihre Existenz zum Großteil der Studentenbewegung. Ebenfalls in diesem Zusammenhang muß die Tatsache gesehen werden, daß die Rekrutierung kommunistischer Intellektueller hauptsächlich Aufgabe der Propaganda an der HS (und nicht z.b. in der Ärzteschaft oder der Beamtenschaft) sein wird: Die Studentenbewegung hat ein Potential von sozialistischen Studenten hervorgebracht, das die objektive Voraussetzung für eine erfolgreiche Propaganda der Hauptaufgaben der Kommunisten bildet.

ad 2. Die zweite Bestimmung der Möglichkeit und Notwendigkeit von sozialistischer HS-Politik haben wir dahingehend vorgenommen, daß es Aufgabe der Kommunisten ist, jede Bewegung gegen den Imperialismus anzuleiten, in sie die Forderungen der Arbeiterklasse und deren Anspruch auf die führende Rolle in jedem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung hineinzutragen und dadurch diesen Kämpfen erst eine fortschrittliche Perspektive, die des Bündnisses mit der Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus, zu weisen.

Um untersuchen zu können, ob für diese revolutionär-demokratischen Bewegungen die Perspektive des Bündnisses überhaupt besteht, ist es notwendig, auf den Charakter der Studentenbewegung und die Klassenlage der Neuen Mittelklassen, denen der Großteil der Studenten später angehört, kurz einzugehen.

Seit dem Abschluß der Restauration des Kapitalismus in Österreich und seit der erfolgreichen Institutionalisierung der Sozialpartnerschaf ist die österreichische Studentenbewegung (obgleich in verkümmerter Form) die einzige politische Bewegung gegen den Imperialismus geblieben.

Diese Bewegung trug nie den Charakter einer Massenbewegung: sie hatte ihre einzige Ursache in dem verschärft zutagetretenden "Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie und tatsächlicher Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft" (HS-Papier, S 1), also in der allgemeinen Zuspitzung der Widersprüche des Imperialismus, sie artikulierte den Antiimperialismus und Antimilitarismus der demokratischen Studenten: "Im Verlauf des Vormarsches der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, der Militariesierung und Entdemokratisierung der westlichen Gesellschaften und des Zusammenbruchs des a l t e n Antikommunismus ("Amerikabild" der 5oer Jahre, ökonomischer Fortschritt der sozialistischen Länder, als Maßstab vgl. Ungarn 1956 und CSSR 1968), also letzlich durch die allgemeine Zuspitzung der Widersprüche im Kapitalismus, kam es zu dem obengenannten Dilemma der bürgerlichen Ideologie, zur Protesthaltung eines Teils der Intelligenz. Anders als in der BRD, wo erstens dieser Widerspruch viel stärker aufbrach, weil der westdeutsche Kapitalismus unter anderen Bedingungen restauriert wurde und daher andere Legitimationsanforderungen an die bürgerliche Ideologie stellte (tatsächlich partielle "Entnazifizierung" an den HS, "freie Marktwirtschaft" statt Korporativismus, Figl & Raab, großer verstaatlichter Sektor, Koalition, Sozialpartnerschaft...) und wo zweitens gleichzeitig durch die Einleitung der technokratischen HS-Reform ein forcierter Angriff auf die sogenannte "Autonomie" der Universität erfolgte, konnte diese Protestbewegung nie Massencharakter annehmen" (S 1).

Für das, was die deutsche Studentenbewegung auf eine Massenbasis stellte, fehlte bei uns die Voraussetzung: Das Ende der Rekonstruktionsperiode äußerte sich in der BRD als scharfer Bruch, das Nachhinken der Berufsstruktur hinter der Arbeits-

platzstruktur führte zu ernsten Schwierigkeiten,(dazu kam noch das Ende des Zustroms von qualifizierten Arbeitskräften aus der DDR). Diese Bildungskatastrophe machte eine Reform des Ausbildungssektors notwendig,die sich in einer Formierung und Verschulung des Studiums, in der endgültigen Institutionalisierung der im Monopolkapitalismus notwendig sich verändernden Funktion der Wissenschaft und des Wissenschaftsbetriebs,in einer verstärkten Unterordnung der Wissenschaft unter den Bedarf des Kapitals (Auftrags-,Kriegsforschung) äußerte.Was die Organisation der Universität betrifft,stellte sich diese Reform dar als Versuch,die Organe der verfaßten Studentenschaft (Studentenparlament,AStA) und ihr politisches Mandat zu beseitigen.Nur vor dem Hintergrund dieses Angriffs des Monopolkapitals auf die materiellen Bedingungen der Studenten,(auf ihre Ausbildungsbedingungen,ihre veränderte Funktion in ihren späteren Beruf) kann die Entwicklung der deutschen Studentenbewegung verstanden werden.

Die monopolkapitalistische Reform des Ausbildungssektors in Österreich nimmt einen anderen Verlauf: eine derartige Verschärfung der Studienanforderungen und -bedingungen,die objektiven Voraussetzungen für eine massenhafte Politisierung von Studenten schaffen würde,ist nie erfolgt und auch nicht zu erwarten.Die Struktur des österreichischen Kapitals macht eine abrupte Erhöhung des outputs an Wissenschaftlern und hochqualifizierten Arbeitskräften nicht notwendig,die Steuerung nach dem Bedarf und die Anpassung der Qualifikation erfolgen genauso "vorsichtig".Etwas anders ist die Situation bei den Lehramtskandidaten: vermittelt über den Ausbau der AHS erhöht sich der Bedarf an Lehrern rasch.Steuerungsmechanismen wie der Numerus Clausus (meist in Form von Seminaraufnahmsprüfungen o.ä.) werden immer notwendiger.Die Veränderung der Lehrinhalte (hpts. an der Philosophischen Fakultät),d.h. im großen und ganzen nur die Legalisierung dessen,was ohnehin schon lange betrieben wird,erfolgt in den sogenannten Studienkomissionen. Ihre politische Funktion besteht darin,mit Hilfe der liberalen Gremienpolitiker des VSStÖ bzw. der ÖSU in der Masse der Studenten reformistische Illusionen zu verbreiten.Die Entlarvung dieser Funktion wird einen wichtigen Bereich unseres Kampfes um die Verankerung an den Instituten ausmachen.

Konflikte an den Instituten werden also nicht durch die Verschärfung der Studienbedingungen entstehen. Genauso wie an den AHS wird es jedoch weiterhin Autoritätskonflikte geben,Bewegungen gegen "Übergriffe" der Professoren,Nichteinhaltung von Prüfungsordnungen,undemokratische Maßnahmen,Verbreitung von faschistischem Gedankengut u.ä.Das vereinzelte Entstehen von Basisgruppen,die bornierten Kampagnen gegen Professoren beweisen das. Solche Bewegungen zu diffamieren wäre schlicht und einfach massenfeindlich (etwas anderes ist es, daß sie oft von Leuten getragen werden,die sich Sozialisten nennen!) Sie sind bei einem Teil der Beteiligten Ausdruck eines realen Unbehagens am reaktionären Ausbildungssystem,an der undemokratischen Organisation des Lehrbetriebs!Es stimmt zwar,daß der Großteil dieser Konflikte gar nicht zu politisieren ist.Mit diesem Hinweis dieses Problem abzutun heißt aber nichts anderes,als die Tatsache zu vernachlässigen,daß die Schärfe der Austragung solcher Konflikte,das Bewußtsein der beteiligten Studenten wesentlich von unserer Stärke an der HS bestimmt ist-d.h.ihre derzeitige Unterentwickeltheit von unserer Schwäche.Es wäre Selbstbetrug zu behaupten,daß die MLS an der HS verankert ist.Das ist der Grund,warum es uns gar nicht möglich wäre,selbst Bewegungen gegen die reaktionäre Pädagogikausbildung der Lehramtskandidaten in den richtigen Zusammenhang zu stellen: in den Zusammenhang des Kampfes gegen die bürgerliche Wissenschaft, gegen die reaktionäre Ausbildung im Interesse des Kapitals.

Aus der richtigen Analyse der österreichischen "Studentenbewegung" haben wir in der Vergangenheit oft

die falschen Schlüsse gezogen. Aus der besonderen Form der Durchsetzungen der Interessen des Monopolkapitals am Ausbildungssektor in Österreich: daß es keine technokratische HS-Reform gibt! Aus der Tatsache, daß es keine demokratische Massenbewegung gibt: daß es überhaupt keine demokratischen Studenten gibt! Fundamentale Fragen wie die veränderte Funktion von Wissenschaft und Ausbildung im Imperialismus sind nie praktisch behandelt worden. Die Parole "Kritik der bürgerlichen Wissenschaft" findet sich nur in Diskussionspapieren, in der Propaganda ist sie kaum aufgetaucht! Richtig war es hingegen, aus dem Charakter der österreichischen Studentenbewegung auf "die nach wie vor zentrale Bedeutung" der allgemeinen Zuspitzung der Widersprüche des Imperialismus für die Politisierung von Studenten (HS-paper S. 1) zu schließen.
Daß der Protest der demokratischen Studenten "den bornierten bürgerlich-demokratischen Charakter... nicht überwunden" hat (ebd.), heißt nicht, daß er ihn nicht überwinden kann. Diese Tatsache gibt vielmehr Ausgangspunkt und Aufgabe unserer Propaganda an: die konsequent sozialistische Aufklärung der Widersprüche des Imperialismus verstärkt fortzuführen.

Warum die Aufklärungsarbeit (die Betonung liegt auf Aufklärung) derzeit noch eine relativ größere Bedeutung zukommt, (im Vergleich zur Organisation und Anleitung des demokratischen Kampfes) hat seine Ursache in der Spezifik der österreichischen Studentenbewegung: darin nämlich, daß die objektiven Bedingungen dafür fehlten, den Protest der demokratischen Studenten z.B. gegen die Aggression des US-Imperialismus in Indochina mit dem Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Land, mit dem Kampf gegen die Maßnahmen des Staates der Monopolbourgeoisie zu verbinden. Es ist uns zwar teilweise gelungen, diesen Protest zu einer moralischen Unterstützung des Kampfes, der Losungen der Befreiungsbewegung weiterzutreiben. Daß es aber bei einer moralischen Unterstützung des Kampfs gegen den Imperialismus geblieben ist, liegt daran, daß für die demokratischen Studenten die Widersprüche des Imperialismus zuerst vor allem als Brüchigwerden der bürgerlichen Ideologie, der sie ursprünglich verhaftet sind, jedoch nicht als Angriffe des Staates auf die materiellen Bedingungen ihrer Ausbildung und ihres (späteren) Berufs erfahrbar waren. In dem Maße, in dem es der Bourgeoisie nicht mehr möglich ist, den Schein von Freiheit und Gleichheit aufrechtzuerhalten, demokratische Rechte zu garantieren, wenn es ihr nicht mehr gelingt, durch ihre Handlanger das Interesse vieler demokratischer Studenten an einer gesellschaftlich (d.h. den Interessen des Monopolkapitals entgegengesetzten!) sinnvollen Berufspraxis, an einer entsprechenden Ausbildung für seine reaktionären Ziele auszunützen ("Mitbestimmungs"gremien, Durchsetzung der monopolkapitalistischen Reform), wird sie zur offenen Unterdrückung solcher Bestrebungen übergehen. (Auch die Politik der Revisionisten mit ihrer Forderung nach einer "materiell abgestützten Berufspraxis" (was natürlich ganz bestimmte, nämlich "verwertbare" Ausbildung impliziert) trägt nur dazu bei, daß die Studenten schon in der Ausbildung den "Tauschwertstandpunkt", die Gleichgültigkeit gegen die Frage, wem eine solche Ausbilbildung nützt, verinnerlichen).
Erst mit der zunehmenden Intervention des Staates, einerseits zur Durchsetzung der monopolkapitalistischen Reform, anderseits zur Unterdrückung jeder demokratischen und sozialistischen Bewegung auch an der HS, ist also die Voraussetzung dafür gegeben, daß die Studenten den Charakter des Imperialismus unmittelbar erfahren und den demokratischen Kampf aufnehmen.

Jene Widersprüche im Ausbildungssektor, von denen die Studenten nicht in ihrer Gesamtheit getroffen werden (wie z.B. durch die Maßnahmen des Staates) stehen im wesentlichen Zusammenhang mit der unterschiedlichen Berufsperspektive der Studenten.
Der Großteil der Studenten ist

später nach der Stellung im Reproduktionsprozeß den Neuen Mittelklassen (NMK) zuzurechnen. Während das traditionelle Kleinbürgertum (Handwerker, Bauern, "freie Berufe") Reste der feudalen Produktionsweise darstellt und mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise tendenziell beseitigt wird, bringt eben diese Ausdehnung der Herrschaft des Kapitals über die ganze Gesellschaft einerseits eine Übertragung von Funktionen, die für den Reproduktionsprozeß und seine Aufrechterhaltung als kapitalistischen notwendig sind, auf Lohnabhängige, anderseits eine Übernahme von Aufgaben, die vom Einzelkapital nicht profitabel wahrgenommen werden können, aber gemeinschaftliches Interesse der Kapitalistenklasse sind, durch den Staat mit sich. Diese vom Staat bzw. unproduktiven Kapitalien (Zirkulations-)lohnabhängigen Schichten sind- genauso wie der alte Mittelstand- weder dem Proletariat noch der Bourgeoisie zuzuzählen, im Gegensatz zum Mittelstand wächst ihre Zahl jedoch ständig (die Grenzen des relativen Anwachsens der Zahl der unproduktiven Arbeiter sind mit den Grenzen der relativen Mehrwertproduktion gegeben, aus der diese ja alimentiert werden). Rein ökonomisch gesehen ergibt sich bereits, daß diese Neuen Mittelklassen sowohl im Widerspruch zum Kapital als auch zum Proletariat stehen. Einerseits sind sie dem Zwang zur Minimierung der faux frais (die die Schranken der Selbstverwertung des Kapitals bilden) ausgeliefert und leisten Mehrarbeit, anderseits werden sie aus dem Wertfonds bezahlt, den die produktiven Arbeiter schaffen. Außerdem ist es ihnen, aufgrund der Tatsache, daß sie nicht das Kapital als ihren Gegenpol produzieren, also nicht ständig die Bedingungen für ihre Ausbeutung neu schaffen, gar nicht möglich, den Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit unmittelbar zu erfahren und zu durchschauen. Von ihrer Klassenlage her sind sie vielmehr der Ideologie des Marktes, der Ideologie von Freiheit und Gleichheit, naturwüchsig verfallen, von ihrem Standpunkt aus ist diese Ideologie nicht zu durchbrechen.

Auf dieser abstrakten Ebene ist der allen Angehörigen der NMK gemeinsame Gegensatz zur Bourgeoisie bzw. zum Proletariat festzustellen. Je mehr sich die Analyse zur Konkretion fortbewegt, muß jedoch innerhalb der NMK nach der Subsumtion unter das Kapital bzw. unter dem Staat, nach der "Nähe" zum Proletariat (z.B. ähnliche oder gemeinsame Lebensbedingungen), nach der Durchlässigkeit (Aufstiegschancen) und Priveligierung, nach der Notwendigkeit (für die Produktion überhaupt oder nur im Kapitalismus) der konkreten Tätigkeit, nach dem Einfluß traditionellen Bewußtseins usw. differenziert werden. Sonst wäre es z.B. nicht einmal möglich, Kapitalsagenten (wie Ideologen, Staatspolizei u.ä.) dem Lager der Bourgeoisie zuzuzählen.

Der Großteil der Intelligenz ist den NMK zuzurechnen (vor allem z. B. die Lehrer). Es wäre unmarxistisch, nur jene Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Intelligenz als reale anzusehen, die sich daraus ergeben, daß mit zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten die Angreiffe der Kapitalistenklasse sich gegen die Lebensbedingungen des ganzen Volks richten müssen. Gerade aus der Tatsache, daß die Intelligenz (damit ist im folgenden nur mehr der den NMK zuzurechnende Teil gemeint) unproduktive Arbeit leistet, also ihre Arbeitskraft nicht wegen ihrer mehrwertschaffenden Potenz, sondern wegen ihres Gebrauchswerts gekauft wird, ergibt sich, daß das feste Berufsbild vieler Intellektueller eine reale ökonomische Basis hat (vgl. dazu Schmierer, Die neuen Mittelklassen und das Proletariat, in: NRF 4/71). Ebendeshalb spielt der apologetische Charakter der bürgerlichen Wissenschaft, die undemokratische Organisation von Ausbildung und Wissenschaft und ihr volksfeindlicher, auf die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Unterdrückung des ganzen Volks ausgerichteter Inhalt eine wichtige Rolle dabei, ob sich die Intelligenz von ihrer traditionellen Bindung an die bürgerliche Ideologie lösen kann. Der sich unter den Bedingungen des

Imperialismus vollziehende Form- und Funktionswandel von Wissenschaft und Ausbildung bewirkt,daß die demokratische Intelligenz nicht nur auf ideologischer Ebene,sondern auf der Ebene der materiellen Bedingungen ihrer Tätigkeit zum Widerspruch zum Monopolkapital gerät.
Was sind also die verschiedenen Ebenen,auf denen die demokratischen Studenten die Widersprüche des Imperialismus erfahren?Die Unterdrükkung der Völker Asiens und Afrikas durch die aggressive Politik des Imperialismus ist oft die erste Ursache dafür,daß Angehörige der Intelligenz sich von der Bourgeoisie abwenden.Seinen dem Proletariat und dem ganzen Volke feindlichen Charakter offenbart es in der Unterdrückung jeder sozialistischen und demokratischen Bewegung durch Polizei und Justiz.Zu dieser Einsicht in den Charakter des Imperialismus kommt die Erfahrung des Angriffs auf die Lebensbedingungen aller Werktätigen,aber besonders der Arbeiterklasse.Auf der Ebene ihrer Ausbildung bzw. ihres Berufs erfahren viele Studenten bzw. Intellektuelle,wie sie in den Dienst des Monopolkapitals gepreßt werden, wie ihre Qualifikation dazu benutzt wird,sie zur Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, zur Unterdrückung des ganzen Volkes einzusetzen.Das äußert sich für den Lehrer z.B. darin,daß es seine Aufgabe geworden ist,nicht die allseitige Entwicklung der menschlichen Anlagen zu fördern,sondern die Produktion einseitiger, nach den Erfordernissen des Kapitals ausgerichteter Arbeitsvermögen zu betreiben und die Schüler mit der reaktionären Ideologie der Bourgeoisie zu indoktrinieren.

An den demokratischen Bestrebungen und Interessen anknüpfen heißt,nun nicht,die "Wiederherstellung" der Demokratie durch das antimonopolistische Bündnis zu propagieren oder die Illusion zu verbreiten,daß die Funktion der bürgerlichen Wissenschaft durch Mitbestimmung von Demokraten aufgehoben werden könnte. Es heißt vielmehr,den demokratie- und wissenschaftsfeindlichen Charakter des Imperialismus als notwendige Entwicklung aufzuzeigen, die einzige Perspektive im Sturz der Herrschaft des Kapitals durch das Proletariat zu vermitteln.Eigentlich kann diese sozialistische Aufklärung aller dieser Widersprüche,d.h. die theoretische Herstellung des Bezugs zum Kampf der Arbeiterklasse um die Macht,letzten Endes nur dann sein,wenn es nicht bei der Aufklärung bleibt,sondern es uns gelingt,im politischen Kampf der Studenten den Zusammenhang mit dem Kampf der Arbeiterklasse herzustellen.Dieser Kampf umfaßt einerseits den demokratischen Abwehrkampf gegen die Angriffe auf die sozialistische Bewegung und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse,anderseits den Kampf gegen eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse des Monopolkapitals (zu letzterem siehe auch noch unten ad 3).

Der demokratische Abwehrkampf kann für Kommunisten nie Sebstzweck sein, nur den Revisionisten ist die "Erweiterung der Demokratie" an sich bereits ein Bedürfnis.Der demokratische Kampf ist nicht auf das "Endziel des proletarischen Klassenkampfes:die sozialistische Revolution ausgerichtet" (HS-paper S 5), er kann aus sich heraus die bürgerlich-demokratische Borniertheit nicht überwinden.Deshalb werden demokratische Forderungen von uns nur gestellt,"wenn sie eine festumrissene Position innerhalb einer sozialistischen Politik haben"(ebd.).Nur wenn diese demokratischen Forderungen revolutionär,d.h. vom Standpunkt der revolutionären Klasse gestellt werden,kann verhindert werden,daß sie bei der Masse der Studenten reformistische Illusionen wecken.Diese Position ist bereits in der RWZ (S 5) korrekt formuliert: "In jedem Fall geht es nicht um demokratische Rechte o.ä. schlechthin, sondern um ganz konkrete Ziele":um die Verteidigung bzw. Erlangung von Möglichkeiten,Positionen für unsere politische Arbeit.Trotzdem bleiben die Aussagen über den demokratischen Kampf ungenügend:

1.klingt die Auffassung durch,daß die Kommunisten auf die "Entstehung" demokratischer Kämpfe warten,und dann eingreifen könnten.Wir werden

schon in nächster Zeit vor der unmittelbaren Aufgabe stehen, den demokratischen Abwehrkampf zu organisieren und anzuleiten: In dem Maß, in dem sich die sozialistische Bewegung konsolidiert, werden die Repressalien zunehmen. An der HS äußert sich das so, daß im neuen HOG entsprechende Bestimmungen für die "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" legalisiert werden sollen, außerdem wird darangegangen, schrittweise die Polizeikontrolle über Veranstaltungen an der HS zu institutionalisieren.

2. wird nicht betont, daß der demokratische Abwehrkampf nicht isoliert an der HS geführt werden kann. Wir müssen anstreben, in der Propaganda den Zusammenhang des Kampfs zur Verteidigung der Positionen der Kommunisten an den HS mit dem Kampf um die Verteidigung und die Verbesserung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse (solange die Arbeiterklasse diesen Kampf noch nicht selbst führt eben nur theoretisch) herzustellen. (für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung und Organisation, gegen jede Maßnahme, die einen Druck auf die Arbeiterklasse von seiten der Bourgeoisie, der Regierung oder auch der ÖGB-Spitze ermöglicht).

ad 3. Der richtig geführte Kampf gegen die Ausbildung im Interesse des Monopolkapitals ist die praktische Kritik der bürgerlichen Wissenschaft und der bürgerlichen Gesellschaft, erst dieser Kampf stellt den Zusammenhang der revolutionär-demokratischen Bewegung von Teilen der Studenten und der Intelligenz mit dem Kampf der Arbeiterklasse um die Macht praktisch her. Dieser Kampf selbst ist die einzige fortschrittliche Perspektive der demokratischen Bestrebungen von Teilen der Intelligenz, in ihm erst ist die Notwendigkeit des Bündnisses von Proletariat und Intelligenz zu vermitteln. Als Kommunisten ist es unsere Aufgabe, diese Kämpfe ausgehend von den Interessen der Arbeiterklasse, nicht von den Interessen der Intelligenz, anzuleiten. Denn von den Interessen der Intelligenz her hat dieser Kampf keine fortschrittliche Perspektive, er endet in der "gewerkschaftlichen" Interessensvertretung, bleibt also auch als politischer Kampf reformistisch, an das Kapital fixiert: tendenziell reaktionäre Interessen (z.B. gegen die Beseitigung der "Autonomie" der HS) werden zu antimonopolistischen hinauflizitiert oder bleiben (wenn sie es wircklich sind) als antimonopolistische beschränkt. Nur vom Standpunkt der revolutionären Klasse, nicht von dem der Neuen Mittelklassen, gibt es auch für den politischen Kampf dieser Klassen gegen die Unterdrückung durch das Monopolkapital die revolutionäre Perspektive des Kampfes um eine sozialistische Gesellschaftsordnung, um die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die Richtlinien dafür, wie wir Kommunisten diese Kämpfe anleiten, die Konkretisierung der Ausrichtung dieser Kämpfe und der kommunistischen Propaganda unter der demokratischen Intelligenz, können daher nur ausgehend von den Zielen der Arbeiterklasse erarbeitet werden. Nur von einem Standpunkt außerhalb der Neuen Mittelklassen kann überhaupt zwischen den rückschrittlichen und den fortschrittlichen Interessen dieser Klassen unterschieden werden. Hier liegt unsere entscheidende Differenz zur Konzeption der " Bündnispolitik " der Revisionisten : Wo sie die globale Einheit der Interessen von Intelligenz und Proletariat behaupten, ist es Aufgabe der Kommunisten, differenziert einzugreifen und alle syndikalistischen, ständischen Bestrebungen, die die Studenten von den Kämpfen der Werktätigen isolieren, in den Augen der Masse der Studenten schonungslos zu entlarven.
In der Auseinandersetzung mit diesen Auffassungen der Revisionisten haben wir im HS-paper (S 5) betont, daß "sozialistische HS-Politik .... in der gegenwärtigen Phase weder 'Arbeit im Bündnisbereich' noch Neutralisierungsstrategie " bedeutet. Diese Formulierung stellt richtig fest, daß Bündnis und Neutralisierung nur mit bzw. gegenüber den Kämpfen der Arbeiterklasse möglich ist. (Die falschen Vorstellungen über die Arbeit in

" Bereichen " des Klassenkampfes ist bereits weiter oben kritisiert worden). Damals ist jedoch überhaupt die Perspektive des Bündnisses von Proletariat und Intelligenz vernachlässigt worden. Konsequent zu Ende gedacht impliziert die Formulierung in der gegenwärtigen Phase nichts anderes als :
" Zuerst die Hauptaufgabe, dann die Politik an der HS, die politische Arbeit unter der Intelligenz !"
An die Stelle der inhaltlichen Trennung der beiden Aufgaben ist die " temporale " getreten. Gegen diesen Mechanismus müssen wir in unserer gesamten Politik von einer einheitlichen revolutionären Strategie ausgehen, die die Hauptaufgaben richtig bestimmt, aber weder die Bedeutung der HS-Politik für die Erfüllung der Hauptaufgaben noch die unbedingte Notwendigkeit für Kommunisten vernachlässigt, in jeder Bewegung gegen den Imperialismus die Führung zu übernehmen.
Was ergibt sich daraus, daß wir vom Standpunkt der Arbeiterklasse ausgehend die Kämpfe der demokratischen Intelligenz anleiten müssen?

Eine fortschrittliche Perspektive können diese Kämpfe nur dann haben, wenn in sie die Ziele der Arbeiterklasse hineingetragen werden. Solange diese Kämpfe nicht von der Kommunistischen Partei angeleitet werden können, haben die Kommunisten die Aufgabe, die richtigen Forderungen aus dem Stellenwert zu bestimmen, den der Kampf gegen die Ausbildung und Wissenschaft im Dienste des Monopolkapitals für den Kampf der Arbeiterklasse um die Macht hat. Nur wenn wir von dieser Position ausgehen, kann verhindert werden, daß die Propaganda in den Opportunismus abgleitet, die Widersprüche zwischen Intelligenz und Proletariat verwischt werden. Denn die Perspektive des Bündnisses mit der Arbeiterklasse propagieren heißt auch klarzumachen, daß diese Perspektive nur dann besteht, wenn die Intelligenz bereit ist, sich der Arbeiterklasse unterzuordnen, schließlich ihre ökonomische und ideologische Sonderstellung aufzugeben.

Mit der Entwicklung und Durchsetzung des Kapitalverhältnisses hat sich die Funktion der Ausbildung und der Wissenschaft verändert. Spezielle Wissenschaften wie Soziologie, Psychologie, Politologie, Ökonomie sind einerseits rein positivistische Techniken, anderseits Herrschaftswissenschaften geworden. So hat z.B. die Betriebspsychologie die Aufgabe übernommen, die konfliktfreie Auspressung des Mehrwerts gewährleisten, Das Ausbildungssystem dient sowohl der Indoktrination der Arbeiterklasse mit bürgerlichem Gedankengut als auch der Anpassung der Qualifikation an die jeweiligen Erfordernisse des Kapitals, es hat den Zweck, die vielfältigen menschlichen Fähigkeiten verkümmern zu lassen, bzw. sie einseitig und verzerrt zu entwickeln. Die Ausbildung spaltet die Arbeiterklasse und kettet qualifizierte Arbeiter durch Spezialisierung an den Einzelkapitalisten.

Der "moralische Verschleiß" entwertet immer wieder die Arbeitskraft, die Spezialisierung bedeutet die permanente Bedrohung durch Arbeitslosigkeit. Die Forderung nach einer einheitlichen, ausreichenden, den Interessen seiner Klasse dienenden Ausbildung hat deshalb eine zentrale Bedeutung im Kampf des Proletariats, erst die Errichtung seiner Diktatur wird die endgültige Durchsetzung dieser Forderung ermöglichen. Im Kampf für eine solche Ausbildung kann die demokratische Intelligenz eine wichtige Unterstützungsfunktion haben.

Mit der inhaltlichen Ausrichtung des Kampfes der demokratischen Intelligenz auf den Kampf der Arbeiterklasse steht und fällt die korrekte Linie in der Propaganda. Mit dieser konsequenten inhaltlichen Ausrichtung ist jeder Verselbständigung der HS-Politik ein Riegel vorgeschoben: Denn die Bereitschaft der Unterordnung unter die Ziele der Arbeiterklasse unter den demokratischen Studenten zu bewirken, impliziert notwendigerweise klarzustellen, daß ein erfolgreicher Kampf gegen die Wissenschaft und Ausbildung im Dienst des Monopolkapitals, für eine Ausbildung und Wissenschaft im Dienst des Volkes nur von der Arbeiterklasse selbst geführt und mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats siegreich beendet werden **kann.**

A.Reinold

ENTWICKLUNG DER KRITIK AN DER KPÖ

In diesem Abschnitt sind zwei Gesichtspunkte maßgebend. Einerseits wurde seit dem Mai 71, besonders aber seit dem September 71 die Revisionismuskritik ausgebaut, konkretisiert und es wurden dabei auch Fehler, die in der Kritik gemacht worden waren, ausgemerzt. Es muß die inhaltliche Entwicklung der Revisionismuskritik dargestellt werden.

I.DIE DEFINITIVE LOSLÖSUNG VON DER KPÖ

Andererseits muß die Periode seit September 71 als Periode des sukzessiven Bruches mit der KPÖ betrachtet werden. Von September bis Ende des Jahres 71 laßt sich die schrittweise Emanzipation von der Bindung und Orientierung an die KPÖ verfolgen. Der Bruch war zu Jahresbeginn 1972 bis in seine letzten Konsequenzen vollzogen. Damit war der Weg frei, um unbefangen an das Problem des Parteiaufbaus (theoretisch) heranzugehen,um unserer Betriebsarbeit eine strategische Zielrichtung zu geben, d.h. um sie in einem klaren politischen Zusammenhang zu stellen. Dies kommt einem qualitativen Wechsel des Charakters der politischen Arbeit im Proletariat gleich, der im Zusammenhang mit der Betriebsarbeitskonzeption behandelt wird.
In der Übergangsperiode war uns die Notwendigkeit des ideologischen und organisatorischen Bruchs mit den modernen Revisionisten nicht klar. Statt durch die Analyse unserer historischen Situation bestimmten wir das Verhaltnis zur KPÖ pragmatisch. Solange war auch die Revisionismuskritik an der KPÖ voller Halbheiten und Inkonsequenzen, insbesondere blieb sie was die strategische Orientierung auf neue marxistisch-leninistische Parteien betrifft unbestimmt, unser strategisches Verhältnis zur KPÖ war ganz unausgewiesen. Alles, besonders die organisatorischen Konsequenzen, verlor sich in der Weite der Zukunft.
Unsere Haltung in dieser Periode laßt sich anhand einiger Zitate aus Dokumenten rekonstruieren.
Im Mai war die Position noch die, daß die KPÖ eine revisionistische Partei sei. Da sie aber die einzige Arbeiterpartei sei, es keine Alternative zu ihr gabe, dürfe sie nicht "als Ganzes bekampft" werden. Bekampft müßten die "Rechtstendenzen" werden, dazu müsse man auch "die Linken" unterstützen. Dies geschehe am besten durch das klare Aufzeigen des revisionistischen Charakters der Partei. Ein Bruch mit der KPÖ sei schädlich, weil wir dann im Hochschulbereich isoliert würden, aber sollte uns die Revisionismuskritik verunmöglichtwerden, müsse man dennoch den Bruch mit der KPÖ in Kauf nehmen, um zumindestens die Kontinuitat einer ideologischen Alternative zum Revisionismus aufrechtzuerhalten - bis dann spater einmal irgendetwas passieren und plötzlich eine revolutionare Alter-

native zur KPÖ dasein würde, können wir heute hinzufügen. Gegen diese Position führten die Revisionisten in der MLS ins Treffen, daß man die KPÖ, wenn sie "als Ganzes revisionistisch" sei, auch"als Ganzes bekampfen" müsse. Die Antwort von unserer Seite war:

"Hier liegt ein Exempel von mechanistisch-unhistorischem Herangehen vor. Welche Stellung Marxisten-Leninisten gegenüber odre in einer revisionistischen Partei einnehmen hangt nicht allein vom Grad deren Revisionismus ab. Die Frage muß vielmehr historisch gestellt werden. Wir können unsere Aktivitat nicht voluntaristisch bestimmen, sondern wir finden vorgegebene Bedingungen vor, die berücksichtigt werden müssem. Wie sehen diese aus? Es gibt als einzige antikapitalistische Kraft von einiger Relevanz im Bereich der Arbeiterschaft, als einzige Kraft, die unmittelbare Interessen der Arbeiter wahrnehmen kann und wahrnimmt - die KPÖ. Insofern ist die KPÖ "Arbeiterpartei". Deshalb sind KPÖ und Arbeiterbewegung lange nicht identisch, wie im ersten Paper der Apologeten suggeriert wird. Weder stehen wir daher durch die Zusammenarbeit mit der KPÖ schon auf dem Standpunkt der Arbeiterklasse, denn der historische Standpunkt der Arbeiterklasse ist nicht mit dem revisionistischen Programm (etwa des XXI. Parteitags) der KPÖ identisch. Noch sind wir durch diese Zusammenarbeit "mit der Arbeiterklasse verbunden". Unsere Vorstellung "Ran an die Massen!" wurde vielmehr praktisch zu einem "Ran an einzelne KPÖ-Funktionare". Die Kooperation mit der KPÖ kann daher zum Großteil nur eine "Perspektive" sein, die nur scheinbar über den Hochschulbereich hinausweist - weil eben marxistisch-leninistische Arbeit im Hochschulbereich nicht organisches Element einer insgesamt revisionistischen Strategie sein kann.

Die KPÖ muß deshalb nicht nur nicht "als Ganzes bekampft" werden, sondern trotz alledem ist die Zusammenarbeit notwendig. Denn nichtsdestoweniger ist dies die entscheidende Möglichkeit, über den Hochschulbereich hinauszukommen.

Was dagegen permanent bekämpft werden muß, ist der Revisionismus in der KPÖ. Hier kann es keine Kompromisse geben.

Ganz anders müßten wir unsere Politik bestimmen, gäbe es eine strategische und organisatorische revolutionäre Alternative (nicht irgendein irrelevantes Grüppchen!) oder ginge es in einer revolutionaren oder unmittelbar vorrevolutionaren Situation um die Herausbildung einer solchen. Dann reicht wirklich das Merkmal, Arbeiterpartei zu sein, nicht mehr hin, um die Zusammenarbeit zu begründen. Aber dann kann dem Revisionismus einer KP nicht bloß theoretisch, sondern praktisch entgegengetreten werden, indem man ihr auf demselben Terrain politisch-organisatorisch entgegentritt. Vorher kann zwar der Revisionismus theoretisch bekämpft werden, aber "die Partei als Ganzes" zu bekampfen ware für uns - selbst wenn wir es wollten - unmöglich! Es bedeutete namlich den alternativen Aufbau von revolutionären Betriebsgruppen - und gerade das ist zur Zeit nicht möglich!

Dies ungeheuer wichtige Problem wird ausführlich diskutiert werden müssen." (aus einem nur als Manuskript vorhandenen Diskussionsbeitrag nach dem 25.5.1971, p 10 - 12).

In diesen Stellen treten die Fehler, die wir damals machten, klar zutage. Das Geschwätz, die Kooperation mit der KPÖ sei eine (noch dazu "die entscheidende"!) Möglichkeit, über den Hochschulbereich hinauszukommen, ist ein phrasenhaftes Überbleibsel, das im Satz vorher schon widerlegt wird. Wichtiger sind die letzten Zeilen. Aus der richtigen Einsicht, daß wir keine organisatorische Alternative zur KPÖ waren/sind, wird falsch gefolgert, daß man sich überhaupt nicht darauf orientieren müsse. Das wird vielmehr dem Automatismus der Geschichte in einer "revolutionaren oder unmittelbar vorrevolutionaren(?) Situation" überlassen. An "Il Manifesto" wurde damals daher nicht die Strategie und Taktik inhaltlich kritisiert, sondern sein "Voluntarismus", weil esgegen unseren Geschichtsautomatismus verstoßen hatte. Unter der

Formel "Die Partei als Ganzes bekampfen" wird hier ferner alles subsumiert: vom Aufbau einer organisatorischen Alternative, d.h. einer revolutionaren proletarischen Organisation, bis zur theoretischen Kritik des Revisionismus "als Ganzes" und nicht bloß in Form einzelner Tendenzen.
Warum sollte die Kritik an der KPÖ als Partei, "als Ganzes" nicht möglich sein? Offenbar gingen wir an die KPÖ befangen heran und daher auch an das Problem einer revolutionaren Alternative zu ihr. Diese Befangenheit der KPÖ gegnüber ist vielleicht eine Fernwirkung eines spezifischen Parteifetischismus, den die meisten Anhänger der KPÖ verbreiten und vertreten, und dem "die Partei" nicht als historisch erscheint, sondern als ewig, als "Partei" schlechthin, als Voraussetzung der Geschichte, als Apriori alles Denkens und Handelns, als Mittelpunkt der Welt.
Die Auslaufer eines solchen Parteifetischismus in den Reihen der MLS zeigten sich auch bei der Argumentation, mit der die "Wahlempfehlung" für die KPÖ im Oktober 1971 begründet wurde. In der "Roten Wandzeitung" Nr.2 wird die KPÖ zuerst schärfstens als revisionistisch kritisiert. Dann folgt:

"Allerdings ist dieser parlamentarische Kretinismus kein Grund, die KPÖ angesichts der gegenwärtigen politischen Konstellation nicht zu wahlen. Trotz des Reformismus stellt die KPÖ eine Alternative gegen die kapitalistischen Parteien dar. Ein Wahlerfolg der KPÖ auf gleich welcher Ebene ist ein Schlag gegen die politische Rechte und gegen die Sozialdemokratie." Wenn man die Fixiertheit der Arbeiter an die Sozialdemokratie bedenke, werde einem"Klar, daß der Entschluß, generell die KPÖ zu unterstützen oder auch nur sie zu wählen einen bewußtseinsmäßigen Bruch darstellt. Einen Bruch, der eine gewisse Bedeutung bei der Durchbrechung der ideologischen Borniertheit und Immobilitat hat und der die Gängelung der Arbeiter durch die SPÖ in Frage stellt. (Es wäre lächerlich, diesen Arbeitern vorzuwerfen, daß sie nicht unmittelbar von der Sozialdemokratie auf nichtrevisionistische Positionen übergehen.)... Darin, aber nur darin liegt die Bedeutung eines KPÖ - Wahlerfolges."

Der Bruch, der sich in der Stimmabgabe eines Arbeiters für die KPÖ außert, wird einfach hingestellt - natürlich ein bedeutender Schritt vorwarts. Der in Klammern stehende Satz aber ist gefahrlich, denn er suggeriert, daß der Bruch mit der Sozialdemokratie sich nicht nur faktisch meistens zur KPÖ hin vollzieht (was, da die KPÖ gegenwartig die einzige partei-und wahl-"politische Alternative" zur SPÖ nach links hin ist, stimmt, umsomehr als die brechenden Arbeiter wahrscheinlich ihre Fixierung an fertige "Parteien" mit sich herumschleppen), sondern daß er sich auch nicht anders vollziehen kann. In einem Flugblatt anlaßlich der Nationalratswahlen im Oktober 71 heißt es daher:

"Jede Schwachung der Position der Sozialdemokratie ist deshalb in der gegenwartigen Phase objektiv - unabhangig von den Wunschvorstellungen gewisser Leute(z.B. in der FÖJ) - eine Starkung der KPÖ."

Es wurde im Zusammenhang mit den Wahlen nicht klar voneinander getrennt, ob der Schritt hin zur KPÖ für die betreffenden Arbeiter aufgrund einer besonderen politischen Konstellation wahrscheinlich, oder ob er notwendig war. Im ersteren Fall ging es namlich genau darum, diese Konstellation zu ändern, auf die Entwicklung einer revolutionären Alternative zum modernen Revisionismus Kurs zu nehmen. Diese Einsicht und ein von ihr ausgehendes korrektes Herangehen an die KPÖ, auch bei den Wahlen, fehlte aber damals gerade aufgrund des mechanistischen Herangehens an das Problem des Parteiaufbaus. Die besondere politische Konstellation wurde "zur Kenntnis genommen" statt daß Propaganda für ihre Überwindung gemacht wurde.
Es handelt sich also um denselben Fehler wie schon oben. (Diese prinzipielle Kritik gilt auch, obwohl wir damals - im Oktober 71 - nicht die Möglichkeit hatten, über den Studentenbereich hinaus kontinuierliche politische Propaganda zu machen).

Diese befangene Haltung zur KPÖ war damals gekoppelt mit der Feststellung ihres revisionistischen Charakters und der Notwendigkeit, "revolutionare Kerne"in der Arbeiterklasse" zu bilden, deren organisatorisches Verhaltnis zur KPÖ aber ungeklart war. Die beiden Elemente wurden unvermittelt nebeneinandergestellt, sie wurden nicht im Rahmen einer revolutionaren Strategie als widersprechende Momente aufgehoben. Am 2.12. hieß es in einem Flugblatt: "Zur Zeit bedeutet jeder Schritt der Arbeiter weg von der Sozialdemokratie einen Schritt hin zur KPÖ, die ungeachtet ihres revisionistischen Charakters gegenwartig die unmittelbaren Tagesinterssen der Arbeiter...vertritt. Weil sie eine revisionistische Partei ist, ist die Herausbildung von revolutionaren Kernen in der Arbeiterklasse die zentrale Aufgabe."

Formulierungen in internen Materialien und Flugblattern im November und Dezember 71 kommen schon sehr nahe an die revolutionäre Lösung der Probleme heran, die Trennung von der KPÖ war bereits entschieden. Was noch fehlte, war die qualitative Umorientierung, der entscheidende Durchbruch, in der Betriebsarbeit und in der ganzen politischen Orientierung, wie sie in den "Thesen zum Parteiaufbau" zusammengefaßt ist. (Z.B. fehlte sogar noch in den "Thesen zur politischen Arbeit der MLS im proletarischen Bereich", die vom Betriebsausschuß am 11.und12.12. 1971 dem Plenum vorgelegt wurden, die klare Bestimmung des Verhaltnisses der "revolutionaren Kerne" zur KPÖ, die Einsicht in die Notwendigkeit der umfassenden Revisionismuskritik auch in der Propaganda in der Arbeiterklasse etc.)

Die letzten Auslaufer des Befangenseins gegenüber der KPÖ zeigten sich darin, daß bis zuletzt an der kindischen Behauptung festgehalten wurde, die KPÖ breche mit uns und nicht umgekehrt. In Wirklichkeit hatten wir unsere Revisionismuskritik soweit fortentwickelt, daß eine Zusammenarbeit, die über Aktionsbündnisse wie mit anderen Organisationen auch hinausging, nicht mehr politisch begründbar war. Und ebenso war eine solche für die KPÖ nicht länger tragbar. Der völlige Bruch mit dem Revisionismus war nicht ein trauriges, aber leider unvermeidbares Schicksal, sondern ein notwendiger Schritt.

II. DIE ENTWICKLUNG DER INHALTLICHEN KRITIK AN DER KPÖ

Parallel mit dem politischen Ablösungsprozeß von der KPÖ entwickelte sich die inhaltliche Revisionismuskritik, die ihm aber immer weit voraus war. Wir waren nie auf revisionistischen Positionen gestanden, wir hatten immer vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus (manchmal ein wenig von "ultralinks", ein wenig dogmatisch) den Revisionismus der KPÖ kritisiert. Der praktische Hang zum Opportunismus gegenüber der KPÖ wahrend der ersten Monate 1971 konnte daran nichts ändern. Nach dem Durchbruch im Mai 1971 (Resolution vom 24.5.71) wurde die Revisionismuskritik an der KPÖ präzisiert und von mehreren Seiten angegangen, insbesondere im Rahmen der Intensivschulung Ende September, wo in mehreren Referaten und Papieren die Politik der KPÖ untersucht wurde. Z.T. war die Kritik damals noch dogmatisch und abstrakt, sie lag in mehreren Fragen politisch falsch. Dies laßt sich besonders an einer Kritik am ökonomischen Kampf der KPÖ zeigen, wo es am Ende so herauskommt, als ob überhaupt kein sinnvoller Kampf gegen die Teuerung geführt werden könnte und im Unterschied zum Kampf gegen die Teuerung der Lohnkampf als die zentrale und letztlich einzig relevante Front im ökonomischen (!) Klassenkampf angegeben wurde. Zwar waren viele einzelne Punkte der Kritik richtig (Kritik an der "Preisstopp"-Losung; wie (!) führt die KPÖ den Kampf gegen die Teuerung? ; wie den Lohnkampf?), aber wir konnten keinerlei politische Konzeption entwickeln, wie man richtig , kommunistisch, an die Probleme herangehen sollte, an die die KPÖ reformistisch heranging. Es bestand in vielen Fallen die Tendenz, nicht nur das reformistische Herangehen der KPÖ an eine Frage zu verurteilen, sondern die Frage selbst beiseitezuschieben, sie per se als Quelle des Refor-

mismus zu betrachten. Es gab die Tendenz, anstelle des politischen ein doktrinäres Herangehen zu setzen. Das Paper, von dem eben die Rede war, zeigte diese Züge deutlicher als andere Referate etc., es wurde bereits auch damals von einigen Genossen kritisiert.
In der Septemberschulung wie in den folgenden Monaten stand die Kritik am ökonomischen Kampf der KPÖ im Vordergrund. Das hatte seinen Grund nicht darin, daß wir nur den ökonomischen, und hier wieder nur den Lohnkampf für proletarischen Klassenkampf hielten, wie es sich die GKS - Revisionisten jüngst ausgedacht haben, sondern einfach darin, daß es zu dieser Zeit nicht mehr darum ging, den reformistischen Charakter der KPÖ zu entlarven, ihren Verzicht auf die Revolution , sondern ihren elenden Ökonomismus, der sie daran hinderte, als Avantgarde anleitend in den Klassenkampf einzugreifen. Die politische Globaleinschätzung war klar, eindeutig und innerhalb der MLS nur von den Revisionisten bestritten: "... KPÖ (ist) revisionistisch....Sie revidiert die allgemeinen Lehren des Marxismus-Leninismus über den revolutionären Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und setzt an ihre Stelle eine reformistische Strategie, in der der Weg zum Sozialismus eben als Weg sich steigernder Reformen erscheint. Ausfluß der reformistischen Strategie ist ein parlamentarischer Kretinismus, in dem das Parlament, zuerst der Kampf um Sitze darin, dann der im Parlament selbst, zum Angelpunkt der Polizik wird. Der Kampf für die Vertretung im Parlament ist für die KPÖ nicht ein zweitrangiger Teil des politischen Kampfes, sondern der ganze politische Kampf wird unter den Parlamentarismus subsumiert..Die ganze Politik wird aufs Parlament ausgerichtet - und dadurch degeneriert. Ein solcher parlamentarischer Kretinismus fuhrt notwendig zur Preisgabe des klaren Klassenstandpunktes, der spezifisch proletarischen Interessen. Der Wahlkampf wird extremer Ausdruck der klassenunspezifischen Politik, deren Adressat nicht die Arbeiterklasse, sondern die Wähler, das "Volk" ist."(Rote Wandzeitung Nr.2, Sept.1971)
Erst auf dieser grundlegenden politischen Einschätzung der KPÖ als revisionistischer Partei aufbauend konnten und können Debatten über die Führung des ökonomischen Kampfes durch die KPÖ sinnvoll abgewickelt werden. Es geht nämlich nicht darum, ob die KPÖ z.B. an die Lohnsteuerfrage richtig oder falsch herangeht (in 99% aller Falle geht sie, weil revisionistisch, falsch heran, aber ein halbwegs richtiges Flugblatt ist trotzdem möglich!), sondern welchen politischen Charakter sie überhaupt hat: revolutionar oder revisionistisch. Und wenn sie revisionistisch ist, geht es nicht um die Kritik dieses oder jenes Details des ökonomischen Kampfes. Dann muß mit dem Revisionismus ideologisch und organisatorisch gebrochen werden. Die Detailkritik hat dann keinerlei politische Perspektive. Diese Einsicht, die heute noch in einigen mit uns sympathisierenden oder kontaktierenden Gruppen in den Bundeslandern fehlt, ist der entscheidende Durchbruch, der endgültige konsequente Bruch mit dem Revisionismus.
Als das zentrale Papier "KPÖ-eine reformistische Arbeiterpartei", Dezember 71, geschrieben wurde, brauchte nicht mehr der revisionistische Charakter der KPÖ bewiesen werden, sondern es mußte die reale Funktion der revisionistischen KPÖ im Klassenkampf der östrreichischen Arbeiter untersucht werden. Die entscheidenden Fragen des revisionistischen Grundcharakters der KPÖ, ihrer ganzen reformistischen politischen Strategie, ihrer Stellung in der "kommunistischen Weltbewegung" und zu außenpolitischen Fragen; alle diese Fragen wurden in dem Papier nur gestreift,
"weil in diesem Papier alles unter einem Gesichtspunkt agbehandelt werden soll: Welche Bedeutung hat die Politik der KPÖ für die beginnenden Kampfe der österreichischen Arbeiter, d.h. für die Bewegung der österreichischen Arbeiterklasse beim gegenwartigen Stand der Entwicklung? .... Deshalb wurde auf

einer sehr konkreten Ebene angesetzt. Wer bestreitet schon, daß die KPÖ keine revolutionare Partei ist? Es besagt, daß die KPÖ nicht die Funktion der Kommunisten wahrnimmt, "in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung"(Manifest) zu vertreten.
Aber es reicht einfach nicht aus. Treibt vielleicht die KPÖ durch einen richtig geführten ökonomischen Kampf dennoch die Arbeiterbewegung voran? Führt sie nur den "politischen Kampf" schlecht? Ist sie nicht doch die Avangarde der österreichischen Arbeiterklasse? Gibt es nicht doch bloß revisionistische "Tendenzen"? Entwickelt sie sich nicht doch nach links, wie Gen.Wimmer behauptet? Wird nicht ohnedies gegen den Revisionismus gekampft? Ist unsere Kritik nicht doch bloß akademisch?
Das sind heute die entscheidenden Fragen, die beantwortet werden müssen. Und deshalb versuchen wir gar nicht, eine globale Revisionismuskritik zu machen, sondern untersuchten die elementaren Forderungen und Kampfe. Nur so konnte geklart werden, daß die KPÖ den ökonomischen Kampf bloß ökonomistisch und daher falsch, jedenfalls ohne revolutionare Perspektive führt. Daß eine revolutionare Strategie oder auch bloß Perspektive überhaupt fehlt. Daß die KPÖ daher die österreichische Arbeiterklasse nicht anleiten und führen kann, keine revolutionare Partei ist. Daß es nicht tausend revisionistische "Tendenzen" gibt, sondern eine <u>von Grund auf</u> revisionistische Politik. Daß der Revisionismus nun keineswegs überwunden wurde oder wird, sondern bloß eine andere, "militantere" Spielart des Revisionismus eingeführt wird. Gerade weil es sich nicht um einzelne revisionistische Tendenzen handelt, können sie auch nicht "überwunden" werden, wenn nicht mit der <u>ganzen</u> reformistischen Politik <u>gebrochen</u> wird."(Seite 19)

Diese Orientierung pragt das ganze Papier. Von ihr ausgehend wird zuerst der ökonomische Kampf der KPÖ untersucht: das Herangehen an die drohende wirtschaftliche Rezession, der Lohnkampf und die revisionistische Lohntheorie der KPÖ, der Kampf gegen die Teuerung seitens der KPÖ, die "Preistopp"losung. Die Analyse führte den Nachweis, daß der Kampf in diesen zentralen Fragen nur ökonomistisch geführt wurde, ohne revolutionare Perspektive.

"Die KPÖ ist eine Arbeiterpartei, weil sie die unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiter aufgreift und vertritt. Aber was sie vertritt geht nicht über die Forderungen hinaus, die die Arbeiter spontan stellen, eben weil es die Forderungen sind, die ihnen ihre Lage unmittelbar aufzwingt. Die KPÖ hat dabei allerdings die Funktion, diese Forderungen zu artikulieren, früher und deutlicher als die Masse der Arbeiter, sie qua Zeitungen den anderen Arbeitern bekanntzumachen, also eine gewisse Kommunikationsfunktion, sie stellt insofern auch einen organisierenden Faktordar. ... Der ökonomische Kampf der KPÖ bleibt dabei rein ökonomistisch, er organisiert zwar bei dem geringen Stand der Kampfe noch, aber er treibt ihr Niveau nicht weiter. Die KPÖ ist in dieser Hinsicht zwar Sprachrohr der elementaren Arbeiterinteressen, aber sie hat keine weitertreibende Funktion. Weil die kommunistischen Arbeiter die unmittelbaren Interessen der Klasse i.a. am entschiedensten vertreten werden, können sie die Initiatoren von Arbeitskampfen sein, die auch unter revisionistischen Losungen losgehen können. Aber die KPÖ treibt den Klassenkampf und das Klassenbewußtsein nicht voran, sondern repräsentiert jeweils den erreichten Stand des Klassenbewußtseins, sie kann in den Arbeiterkämpfen keine revolutionäre Perspektive entwickeln. Sie vertritt zwar (als einzige Arbeiterorganisation von Relevanz) die unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiter, aber sie bleibt im Ökonomismus stecken. Eine grobe Analyse der 3o größeren und kleineren Streiks seit Jänner 197o bestatigt, daß die spontanen Forderungen der Arbeiter dort um keinen Deut geringer waren als die der KPÖ. Die KPÖ mag daher den Arbeitern dieses oder jenes Betriebes voraus sein, sie ist der Arbeiterbewegung nicht den notwendigen Schritt voraus,

um die Kämpfe anleiten und weitertreiben zu können. Sie ist nicht die Avantgarde der Klasse." (S.1)
So selbstverständlich es sei, daß der spontane Kampf der Arbeiter sich zuerst in unentwickelten, illusionären Formen abspiele, von falschen Bewußtsein durchsetzt sei etc., "so selbstverständlich ist es auch, daß Kommunisten nicht einfach das Sprachrohr davon sein dürfen, sondern eine Schritt weiter sein müssen. Sie dürfen nicht in ihrer Agitation und Propaganda die Illusionen und Beschränktheiten der sich erstmals seit langem wieder spontan äußernden Arbeiterforderungen wiederholen und sogar zur "Theorie" verfestigen wie das die KPÖ macht."(Seite 1/2)
"Weil die KPÖ nicht fähig ist, den Klassenkampf voranzutreiben, muß sie dem Ökonomismus, in dem sie steckenbleibt, abstrakte, von außen dem Kampf aufgepropfte Konstruktionen und Losungen hinzufügen. Was über den ökonomistischen Kampf hinauszugehen scheint, bleibt ihm rein äußerlich: "Mitbestimmung", Kritik der SP, technokratische Reformkonzepte der österreichischen Wirtschaft. Es handelt sich nicht um den immer besser geführten politischen Kampf, dondern um reformistische Konstruktionen und Illusionen, die dem Ökonomismus aufgepappt werden."(Seite 12)
Untersucht werden in diesem Zusammenhang dann der "technokratische Reformismus"(Industriepolitikvorschläge, Sanierungsvorschläge f.d. verstaatlichte Industrie,..), der Mitbestimmungsreformismus als Ausdruck gewisser klassenversöhnlerischer Tendenzen:"Auch die 'Mitbestimmung' der KPÖ kann nur die Keimform der Sozialpartnerschaft sein, sie ist ein faktisches Akzeptieren gewisser Grundlagen der Sozialpartnerschaft. Natürlich nicht der Sozialpartnerschaft mit all ihren reaktionären Konsequenzen, sondern gewisser Grundlagen der Klassenversöhnung: reformistische Illusionen, (schrittweise Einschränkung des Profitprinzips!), Gremienpolitik, etc. Die KPÖ wendet sich zwar einerseits scharf gegen die Sozialpartnerschaft, anderseits akzeptiert sie gewisse politische Elemente, auf denen die Sozialpartnerschaft beruht."
(Seite 15)
Das Papier war von wesentlicher Bedeutung für die Vorantreibung der Revisionismuskritik, v.a. auch weil eine korrekte Kritik am Revisionismus auch dort formuliert wurde, wo die Kritik im September noch fehler- oder mangelhaft war. Es wurde nicht nur allgemein der revisionistische Charakter der KPÖ analysiert, sondern es wurde die Wirkung der wichtigsten Parolen, Argumentationsmuster, Vorstellungen der KPÖ auf den aktuellen Verlauf des Klassenkampfs dargestellt, es wurden in Umrissen Gegenkonzeptionen entwickelt (z.B. wie der Kampf gegen die Teuerung richtig zu führen wäre!). Dennoch hatte das Papier zwei Mängel, die allerdings sekundär waren für die damals verfolgten Ziele: Erstens wurde nicht scharf zwischen reformistisch-politischem und revolutionärem politischem Kampf unterschieden und daher das Verhältnis von ökonomischem und politischen Kampf zwar nicht falsch, aber verzerrt dargestellt, was sich auch in der Gliederung des Papiers äußerte. Zweitens gingen wir damals noch immer davon aus, daß zwar die KPÖ revisionistisch sei, aber <u>das allein</u> nicht hinreiche, um sich für den politischen Bruch mit ihr zu entscheiden. Daher mußte ganz besonders die tatsächliche Rolle des Revisionismus im <u>aktuellen</u> Klassenkampf untersucht werden. Das war einerseits notwendig und gerade ein Vorzug des Papiers, andererseits lenkte es Diskussionen mit solchen Genossen (v.a. in anderen Städten), die sich über den revisionistischen Charakter der KPÖ noch nicht im klaren waren, gerade auf falsche Probleme, nämlich: ob dieses oder jenes Detail im Lohnkampf der KPÖ richtig oder falsch sei etc. Das Papier erfüllte daher <u>eine</u> Funktion

nicht: die Debatten gerade von der pragmatischen Ebene wegzuführen auf die prinzipielle Ebene. Allerdings besagt das nichts anderes, als daß eine KPÖ-Kritik sich nicht in den Fragestellungen dieses Papiers erschöpfen kann, daß das Papier keine umfassende, politisch-strategisch richtig gerichtete Revisionismuskritik ist.

W.Lindner

Zur Frage des Parteiaufbaus

EINLEITUNG: PARTEIAUFBAU UND BETRIEBSARBEIT

Die Klarstellung unserer Auffassungen zum Parteiaufbau ist unumgänglich notwendig geworden. Von politischen Gegnern wie von den Revisionisten wird das, was hier geklärt werden soll, verwirrt; jedes Differenzierungsvermögen geht in dem hysterischen Geschrei übem "Parteiinitiativen" usw. unter, historische und Tagesaufgaben werden nicht unter schieden. Verständliche Vorbehalte vieler Linker gegen den lächerlichen Parteigründungsboom in der BRD versuchen sie demagogisch gegen uns zu richten. Was damit aber wirklich verschleiert werden soll ist die Notwendigkeit auch organisatorisch mit dem Revisionismus, mit der KPO, zu brechen. Daher wird von ihnen auch nie die inhaltliche Politik der "Parteiinitiativen" und "Parteien" kritisiert, sondern ihre blosse organisatorische Existenz. Dem Chor der Revisionisten schliessen sich alle möglichen Liberalen an, die nichts anderes wollen, als an ein paar Universitätsinstituten "beunruhigend" wirken und die jede revolutionäre politische Arbeit, theoretisch und praktisch, für dogmatisch und "voluntaristisch" halten. Von solchen antileninistischen organisatorischen Sammelpunkten zu unterscheiden ist die Masse der linken Studenten, denen wir unsere Auffassungen erklären müssen. Unter ihnen gibt es auch Genossen, die uns durchaus sympathisierend gegenüberstehen und die falsche Vorstellungen über unsere Ziele haben, indem sie uns für einen "Parteikeim" halten, der sich bloss zu entfalten braucht, um zur "Partei des Proletariats" zu werden. Auch solche Illusionen und Missverständnisse müssen ausgeräumt werden; Manche glauben den Parteiaufbau - Vorwurf dadurch steigern zu müssen, dass sie "maoistisch" davor setzen - was aber nur die Demagogie "bereichert" ohne inhaltlich irgendetwas hinzuzufügen.

Zur Entwicklung unserer Konzeption von Betriebsarbeit ab November 1971

Ein korrekter und konkreter Zugang zum Problem des Parteiaufbaus ist uns erst seit dem völligen Bruch mit der KPO möglich, der bis in alle Konsequenzen erst Ende 1971 vollzogen wurde. Damit war der Weg frei, um an eine Reihe von Problemen richtig heranzugehen und Halbheiten auszuschalten. In zwie Punkten äusserte sich das gravierend: in der Orientierung der Betriebsarbeit, in den Vorstellungen über die Ziele unserer Arbeit in der Arbeiterklasse - und in der Anlage unserer Kritik an der KPO.

Damals entwickelten wir nicht völlig selbständig unsere politischen Positionen, ohne jede Rücksicht auf die KPO (auch zu einer Zeit als sich niemand mehr Illusionen über eine ideologische Intervention in die KPO machte), sondern wir orientierten uns zunächst auf die Ausarbeitung einer "umfassenden KPO-Kritik", von der ausgehend wir unsere politischen Positionen entwickeln wollten. Zwar war das auch durch die Notwendigkeit des Bruchs mit der KPO und der "Fraktions"auseinandersetzungen in der

MLS bedingt, aber darin drückte sich auch aus, dass wir uns noch immer in gewisser Weise an die KPO anlehnten. Heute geht es uns darum, nach den eigenen strategischen Erfordernissen unsere politischen Positionen auszuarbeiten und die KPO dort zu kritisieren, wo sie uns politisch wirklich in die Quere kommt, allerdings durchaus "umfassend" in dem Sinn, dass die Kritik nicht einzelne "Fehler", sondern den revisionistischen Charakter der KPO zum Ziel hat.

Die Betriebsarbeit begann faktisch erst mit der Trennung von der KPO. Solange das Verhältnis zur KPO nicht geklärt war, war Betriebsarbeit entweder überhaupt unmöglich, weil sie nicht politisch begründet werden konnte, oder die Orientierung der Betriebsarbeit war schief, es herrschte Unklarheit über die langfristigen Ziele etc. Daran unter anderem scheiterten auch die bisherigen Ansätze von Studenten getragener Betriebsarbeit in Wien. Ohne grundsätzliche Klarheit über den Charakter der KPO, über das Problem des Parteiaufbaus, ohne klare allgemeine politische Linie kann der Versuch von Betriebsarbeit nur scheitern. Die sinnvolle Inangriffnahme der Betriebsarbeit setzt schon ziemlich weitgehende politisch-ideologische Fortgeschrittenheit und Vereinheitlichung voraus. Dies an die Adresse vieler Genossen, die eben "das Proletariat entdeckt" haben, aber noch immer staunend davor stehen.

Die Entwicklung unserer Betriebsarbeit-Konzeption entspricht der fortschreitenden Emanzipation von der KPO. Im November 1971 wurde in der MLS-Wien der Betriebsausschuss eingerichtet. Voraussetzungen und Ziele waren soweit geklärt, als wir 1. die Nur-Betriebsarbeitshandwerkelei (wodurch die bisherigen Ansätze von Studenten getragener Betriebsarbeit gekennzeichnet waren) ablehnten und im Gegenteil die Betriebsarbeit als integralen Teil unserer Gesamtpolitik begriffen; 2. eine "über die KPO vermittelte Betriebsarbeit", d.h. die Mitarbeit in eventuellen Betriebsgruppen der KPO, für uns zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr interessant war, weil wir eine solche Mitarbeit mit der prinzipiellen Kritik des Revisionismus nicht vereinbaren hätten können. Das "Argument" der Revisionisten von der GKS, wir hätten die von der KPO angebotene Zusammenarbeit abgelehnt, ohne diese Möglichkeiten zu prüfen, sieht genau vom bereits erfolgten politischen Bruch mit der KPO ab; 3. Wir hatten kein neurotisches Theorie-Praxis-Verständnis, wie es ein typisches Kennzeichen der Proletariatsentdecker ist. Wir waren nicht der Meinung, dass man leichter eine richtige politische Linie entwickeln könnte, wenn man ein paar Mal pro Woche um 5 Uhr früh aufsteht und sich vor Fabriktoren herumtreibt. Wenn in der Roten-Wandzeitung NR.2 (September 71) dennoch der Satz zu lesen war: "Erst durch die Konfrontation mit den betrieblichen Problemen der Arbeiter überhaupt (?), erst durch Zusammenarbeit mit den Arbeitern können uns die relevanten Fragestellungen bewusst werden. Die praktische Betriebsarbeit ist ständiges Korrektiv der theoretischen und politischen Arbeit.", dann entsprang dies nicht einer spontaneistischen Konzeption, sondern sollte wahrscheinlich eher den banalen Sachverhalt ausdrücken, dass man keine sozialistische Politik machen kann, wenn man Arbeiterprobleme ignoriert, und gar nicht als Probleme begreift, wie das vorher manchmal der Fall war. Dass aus der Banalität eine allgemeine Aussage gemacht wurde, ist, das zeigt ja der ganze Artikel (MLS-Politik an den Hochschulen"), ein Zugeständnis an die Proletariatsentdeckungsmentalität. Es waren also von Anfang an Minimalvoraussetzungen da, um die typischen Fehler studentischer Betriebsarbeit zu vermeiden. Aber solange wir uns noch nicht vollständig von der KPO gelöst hatten, uns in der oder jener Form anlehnten und den völligen konsequenten auch organisatorischen

Brüch in die Zukunft verlegten (bis zu der Zeit, wo eine neue Partei aufgebaut werden könnte, wurde auf eine organisatorische Alternative zur KPO in Form eigener Betriebszellen nicht prinzipiell Kurs genommen. Wir schlossen diese Möglichkeit bloss nicht aus.), konnten wir die politischen Ziele der ganzen Betriebsarbeit nicht klar formulieren. Die Ziele waren ziemlich vage, verschwommen.
Diese verschwommenheit wurde dadurch überdeckt, dass wir "zunächst" die "Selbstqualifikation" und nicht den realen Eingriff in den proletarischen Klassenkampf zum vorrangigen Ziel erklärten. Diese mechanische Trennung von in Wirklichkeit untrennbar miteinander verbundenen Zielen war bloss eine Phrase und konnte schon beim ersten praktischen Schritt im November-Dezember in Kapfenberg keinen Leitfaden mehr bilden. Inhaltlich waren unsre Stellung zur Sozialdemokratie, zum OGB völlig unausgereift, undifferenziert. Diese Fragen werden im Artikel "Lohnrunde I972" behandelt. Die ganze Betriebsarbeit hing ein wenig in der Luft, solange wir sie nicht als Theorie und Praxis in bezug auf den Parteibildungsprozess des Proletariats betrachteten und daher auch die organisatorischen Konsequenzen zogen, kurz: solange wir das, was wir "Schaffung von revolutionären Kernen in der Arbeiterklasse" nannten, nicht strategisch und organisatorisch präzisierten. Dieser Schritt erfolgte Ende I97I, und zwar aufgrund der politischen Entwicklung der MLS und nicht etwa als Einsicht des Betriebsausschuss oder gar aufgrund "praktischer Erfahrunen" durch die paar Flugblätter, die wir verteilt hatten.
Unsere Betriebsarbeit ist Bestandteil der ganzen politischen Arbeit der MLS, die Orientierung in der Betriebsarbeit resultiert aus der allgemeinen politischen Strategie. In der gegenwärtigen Situation ist die zentrale Aufgabe der MLS die Fortentwicklung zu einer marxistisch-leninistischen Organisation, wie sie in Punkt 4 und 5 der "Thesen zum Parteiaufbau" dargestellt wird. Innerhalb dieser Aufgabe hat die Betriebsarbeit ihren Platz. Aus diesem inhaltlichen Verhältnis von Betriebsarbeit zu gesamter MLS-Politik bestimmt sich auch das organisatorische Verhältnis des Betriebsausschusses zur MLS: als integraler Bestandteil, als Ausschuss eben, dessen Verselbständigungstendenzen (aufgrund des besonderen Arbeitsbereiches) ständig entgegengewirkt werden muss. Letzteres ist allerdings selbst nicht ein organisatorisches Problem, sondern eines der richtigen politischen Linie in der Betriebsarbeit und in der Hochschularbeit. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass irgendwann in Zukunft eine organisatorische Trennung zwischen proletarischer Organisation und Hochschulorganisation notwendig wird. Dazu sind Voraussetzungen notwendig, die jetzt noch keinesfalls gegeben sind. Unter unseren Verhältnissen einer solchen Trennung das Wort zu reden, würde auf eine ziemliche Eineingung des politischen Horizontes beider Organisationen, im proletarischen Bereich auf Handwerkelei (siehe Punkt 5 der "Thesen zum Parteiaufbau") hinauslaufen und liquidatorisch sein, weil beide Organisationen zumindest enorm geschwächt würden.

Vorbemerkung zu den drei Artikeln

Die kurze Darstellung der Entwicklung unserer Betriebsarbeitskonzeption zeigt die ungeheure Bedeutung, die die Klärung des Problems des Parteiaufbaus für das Verständnis unserer Politik hat. Deshalb werden ihm drei Artikel gewidmet, die insofern eine Einheit bilden, als sie alle drei zum Verständnis des Problems beitragen und sich gegenseitig ergänzen.

Der erste Artikel behandelt einige Fragen, die dann vorausgesetzt werden: die Dialektik von ökonomischem, reformistisch-politischem

und revolutionär-politischem Kampf; das Verhältnis von Spontaneität und Bewusstsein; schliesslich die Notwendigkeit der proletarischen Avantgardepartei bolschewistischen Typs für den Klassenkampf und das Prinzip des demokratischen Zentralismus.

Der zweite Artikel weist die historische Notwendigkeit des Aufbaus revolutionärer Parteien des Proletariats auf und zugleich unsre aktuellen Aufgaben im Rahmen einer solchen Orientierung. Er setzt sich mit falschen Konzeptionen und mit Anwürfen gegen uns auseinander.

Der dritte Artikel ist ein Abdruck aus dem "Roten Forum" 2/70, dem damaligen Organ des SDS Heidelberg. Er behandelt den Parteibildungsprozess des russischen Proletariats und die Politik Lenins. Wie für die russische revolutionäre Bewegung stellt sich auch heute die Aufgabe der Bildung revolutionärer Avantgardeparteien des Proletariats - allerdings unter gänzlich geänderten Bedingungen. Die gänzlich geäbderten Bedingungen bestehen in der Geschichte, die die Arbeiterbewegung hinter sich hat; oder - von der "objektiven" Seite her - darin, dass wir uns heute auf einer anderen Entwicklungsstufe des Kapitalismus befinden. In Russland ging es um die erstmalige Bildung einer proletarischen Partei. Heute haben wir nicht nur gegen das Erbe der Sozialdemokratie im Arbeiterbewusstsein zu kämpfen, sondern wir stehen auch mehr oder weniger starken Arbeiterparteien gegenüber, den revisionistischen kommunistischen Parteien. Der Kampf gegen deren Revisionismus und die Überwindung des Revisionismus gehören von Anfang an zu den zentralen und schwierigsten Problemen im Kampf um die Herausbildung einer revolutionären proletarischen Avantgarde. Was in Russland zu Beginn bloss Auseinandersetzungen <u>in</u> der mehr oder weniger "sozialistisch" orientierten Intelligenz waren, sind heute von Anfang an <u>auch</u> Auseinandersetzungen zwischen zunächst noch hauptsächlich von der sozialistischen Intelligenz getragenen marxistisch-leninistischen Zirkeln und den revisionistischen Parteien. Dadurch wird der Parteibildungsprozess ideologisch und organisatorisch modifiziert. Wo es keine revisionistischen Massenparteien gibt, hat er analog zur Bildung der bolschewistischen Partei den Charakter der Vereinheitlichung des Zirkelwesens - aber eben nur analog, nicht gleich. Ganz anders aber stellt sich das Problem in Ländern wie Frankreich oder Italien. Das Studium der Bildung der bolschewistischen Partei muss überhaupt ergänzt werden durch das Studium der Bildung der kommunistischen Internationale und der kommunistischen Parteien.

Zugleich ist das Arbeiterbewusstsein durch eine ganze Reihe von Niederlagen geprägt, die Geschichte der Arbeiterbewegung durch den Faschismus unterbrochen.

Dass aber die Parteibildung des Proletariats unter geänderten Bedingungen erfolgt, heisst noch lange nicht, dass wir aus dem Studium der Herausbildung der bolschewistischen Partei nichts lernen können. Was man aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lernen kann, sind ohnehin nie Rezepte, allgemein abstrakte "Prinzipien", sondern ausser den inhaltlichen <u>Erfahrungen</u> die <u>Art und Weise, wie Marx, Engels und Lenin an die "konkrete Analyse der konkreten Situation" herangingen</u>. Es wäre ganz verfehlt, wollte man an dem Artikel bezw. an Lenins Schriften nur die formelle Ähnlichkeit von Einzelproblemen herauslesen. Dies ist vielmehr die "Studier"- und Zitiermethode der Revisionisten.

Richtig verstanden ist das Studium der Herausbildung der bolschewistischen Partei von grundlegender Bedeutungund absolut unumgänglich, wenn wir heute eine politische Strategie auf der Basis des wissenschaftlichen Sozialismus formulieren wollen.

Damit demonstriert der Artikel auch, dass wissenschaftlicher Sozialismus heute nur der Marxismus-Leninismus sein kann. "Heute" heisst : unter den Bedingungen desnImperialismus überhaupt, insbesondere aber nach der Errichtung und Aushöhlung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion und unter den Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus in der VR China. Wer heute "zurück zu Marx!" schreit und damit "hinter Lenin zurück !" meint, wer heute glaubt, 5o Jahre Erfahrungen der Arbeiterbewegung, die überhaupt nur vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus begreifbar sind, ignorieren zu können, ist in Wahrheit kein revolutionärer Marxist, sondern ein mit einem unverstandenen "Marxismus" liebäugelnder Intelligenzler. Wer heute als "Marxist" kein Marxist-Leninist ist, ist bestenfalls inkonsequent, schlimmstenfalls ein antimarxistischer Doktrinär. Um das auch praktisch-politisch zu sehen, braucht man sich nur die Rolle von dem Leninismus ablehnend, "kritisch" etc.gegenüberstehenden "Marxisten", "Antidogmatikern" etc. anzuschauen - in der BRD wie in Österreich.

ÖKONOMISCHER UND POLITISCHER KAMPF

I. Verhältnis von ökonomischem und politischem Kampf

Die Frage, ob zu einem bestimmten Zeitpunkt der ökonomische oder der politische Kampf der Arbeiter vorrangig sei,stellt sich in den Praktiken verschiedener Organisationen und in deren Veröffentlichungen mehr oder weniger explizit. Diese falsche Trennung jedoch in einerseits ökonomische Interessen, d.h. in den Kampf der Arbeiterklasse, der die materielle Lage des Proletariats sichern soll und der die Kosten der Lebenserhaltung der Arbeiter und ihrer Familien und vor allem die Ausbeutung in der Fabrik selbst zum Gegenstand hat, und in andererseits politische Interessen, welche die Zerstörung des kapitalistischen Systems und den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie zum Inhalt haben, stellt immer wieder die stabile Grundlage dar, auf der revisionistische Politik basiert. Es gibt keinen ökonomischen Kampf, der in seinem Verlauf nicht auf politische Ebenen übergreift, daher trifft die Annahme, Reformisten betreiben keine politischen Kämpfe, nicht zu; richtig ist jedoch, daß ihr Kampf notwendigerweise ein revisionistischer politischer Kampf ist.
Viel wichtiger als die Frage, politischer oder ökonomischer

Kampf, stellt sich die Aufgabe, den politischen Kampf zum revolutionären Kampf zu entwikkeln, bzw. sozialistische Politik von bürgerlicher Politik unterscheiden zu lernen.
Um eine Annäherung an die bürgerliche Politik zu vermeiden, damit aus dem "politischen" Kampf nicht nur Kompromisse und Reformen im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise entstehen, um keine Zugeständnisse an die Macht der Bourgeoisie machen zu müssen, ist es notwendig, die Arbeiter zu schulen, kontinuierlich gegen die Politik der herrschenden Klassen zu agitieren.
Immerzu lediglich auf unmittelbare Tagesinteressen des Proletariats zu "reagieren" bedeutet, daß man sich blind an irgendwelche plötzlich auftretende Probleme anhängt, ohne sie in ihren politischen Kontext zu stellen und das Proletariat über diesen aufzuklären, bedeutet, eine opportunistische Nachtrabpolitik zu betreiben. Eine solche Politik bringt die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse um keinen Schritt weiter.
Der Klassenkampf also, der letztlich zur Diktatur des Proletariats führen soll, wird ökonomische und politische Kampfinhalte zugleich in sich tragen, in sich vereinigen und in seinem Verlauf wird die Notwendigkeit, den politischen Kampf in den Vordergrund zu stellen, aus der immer deutlicher werdenden Unterdrückung der politischen Handlungsfreiheit der Arbeiter resultieren.
Nicht die Identität, sondern die Einheit von ökonomischem und politischem Kampf gehören zu den grundlegenden Erkenntnissen des Marxismus - Leninismus.
Sobald die Arbeiterklasse z.B. Forderungen an das Gesamtkapital, also an den Staat als den Agent des Kapitals richtet, ist diese Maßnahme eine Erscheinung des politischen Kampfes, der Kampf gegen das Einzelkapital kann ökonomischer und/oder politischer Natur sein.
Lenin zitiert in "Was tun?" eine Äußerung der Ökonomisten aus deren Programm: "In Rußland ist der ökonomische Kampf mehr als in irgendeinem anderen Lande mit dem politischen untrennbar verbunden." und stellt fest, daß diese Behauptung unzutreffend ist, "wenn man unter Politik sozialdemokratische Politik versteht." (WT 398)
In unseren Tagen sind es die Vertreter der Theorie des "staatsmonopolistischen Kapitalismus", die von der wachsenden und zwangsläufigen Verflechtung von politischem und ökonomischem Kampf sprechen; sie schließen nicht nur von den Einflüssen sozialistischer Länder und dem Anwachsen der Widersprüchlichkeit im Wesen des Imperialismus auf die Möglichkeit, und auf Grund der anwachsenden Macht des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Möglichkeit und Notwendigkeit, durch ein breites antimonopolistisches Bündnis diese Macht zu durchbrechen, sondern stellen auch die These eines völlig neuen, "komplexeren" Kampfes auf:
"(Zweitens) ergibt sich aus der Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates eine Verflechtung zwischen ökonomischem und politischem Kampf. Zugleich sehen sich immer mehr Menschen über Lohn und Arbeitszeitprobleme hinaus zunehmend mit neuen Problemen konfrontiert, wie Ausblidung, Wohnung, Infrastruktur, Sicherheit nicht nur des Arbeitsplatzes, sondern auch des Berufs, mit Problemen der Umweltgefährdung sowie mit Fragen, die immer weniger über den individuellen Konsum gelöst werden können, die mehr und mehr nach gesellschaftlichen Maßnahmen drängen und damit beginnen, das System des Kapitalismus in Frage zu stellen."(Der Imp. i.d. BRD, S.611)
die These der DKP - Revisionisten, von der sie dann ihre berühmte Taktik ableiten, besagt also, daß heute auf Grund des beherrschenden Staatseinflusses der ökonomische mit dem politischen Kampf verschmilzt, wobei man aber unter Politik eben nur eine trade - unionistische Politik verstehen kann.

Die grundlegende Unterscheidung ist also nicht die zwischen politischer oder aber ökonomischer Interessensvertretung, sondern das Auseinanderhalten von revolutionärer Politik, d.h. einer Politik, die zur Diktatur des Proletariats strebt, und tradeunionistischer, reformerischer Politik.

Die Arbeiter eines Landes sind von sich aus lediglich zu tradeunionistischer Politik fähig, woraus jedoch nicht folgt, daß sie lediglich den ökonomischen Kampf - in den Fabriken, an ihrem Arbeitsplatz, um ihre Arbeitsbedingungen, um ihren Arbeitsentgelt - führen sollen. (Über die Aufgaben der sozialistischen Intelligenz, der Arbeiterklasse politisches Bewußtsein zu vermitteln und sie zu aktiven Teilen ihrer eigenen, auch politischen Befreiung zu machen, wird noch gesprochen.)

Der Arbeiterklasse ist es also nicht möglich, durch Verallgemeinerung ihrer unmittelbaren Erfahrungen mit dem Kapitalismus sein Wesen zu durchschauen und eine revolutionäre Strategie zu entwickeln, die österreichische Arbeiterklasse ist also nicht imstande, die Sozialdemokratie von sich aus insofern zu überwinden, daß sie aus den Erfahrungen mit ihr eine revolutionäre Politik betreiben könnte. Die revolutionäre Perspektive muß "von außen" hineingetragen werden und muß mehr enthalten als lediglich die Aufklärung über die Rolle des Arbeiters im Kapitalismus.

Lenin schreibt im Zusammenhang mit diesem "Hineintragen" der revolutionären Perspektive von den sogenannten Ökonomisten, die im Gegensatz dazu sich den Anspruch stellten, "ökonomischen Kampfforderungen politischen Inhalt zu verleihen."

Er schreibt, daß solche Forderungen lediglich "die Durchsetzung der(selben) gewerkschaftlichen Forderungen, der(selben) gewerkschaftlichen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durch "gesetzgebende und administrative Maßnahmen" anstreben. Das eben tun alle gewerkschaftlichen Arbeiterverbände und haben es stets getan. Man werfe einen Blick in die Werke des gründlich gelehrten (und "gründlich" opportunistischen) Ehepaares Webb, und man wird sehen, daß die englischen Arbeiterverbände schon seit langem die Aufgabe, "dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen", erkannt haben und verwirklichen, daß sie schon seit langem für Streikfreiheit, für die Beseitigung aller rechtlichen Behinderungen der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Bewegung, für Gesetze zum Schutz der Frauen und Kinder, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mittels der Hygiene- und Fabriksgesetzgebung usw. kämpfen."(WT417)

Die Vorstellungen der Ökonomisten gingen dahin, daß die Arbeiter als ersten Schritt den Kampf gegen ihre Arbeitgeber und die Regierung führen müßten, und dann "zur sozialdemokratischen Aktivität übergehen!" (WT 448)

Ziel oder zumindest Ergebnis solcher Vorstellungen ist es, revolutionären politischen Kampf zum Trade - Unionismus zu degradieren.

Für "Il Manifesto" ist der Grad der Verschmelzung von politischem und ökonomischem Kampf abhängig vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte, d.h.,
"im fortgeschrittenen Kapitalismus verschwindet tendenziell diese Unterscheidung zwischen ökonomischem und politischem Kampf."(NRF5/71, S.5)

Nicht der Stand der kapitalistischen Entwicklung bestimmt das Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf, sondern die Qualität der aus dem Entwicklunsstand des Kapitalismus resultierenden Bewegungen, d.h., nur im Laufe von Klassenkämpfen, die ihren Ausdruck finden in diversen Aufständen und Zusammenstößen, macht sich eine tendenzielle Aufhebung des Unterschieds von politischem und ökonomischem Kampf bemerkbar, bzw. die Irrelevanz der Unterscheidung.

"Ob der Kampf der Arbeiterklasse bloß ökonomisch - gewerkschaft-

lich bleibt und bestenfalls reformerische politische Ziele hervorbringt oder ob er zum Kampf der Klasse für die Vernichtung des Feindes wird, ist eine historisch konkrete Frage und nicht einfach Funktion der Entwicklung der Produktivkräfte, wie die Thesen (von "Il Manifesto", Anm.) glauben machen wollen."
(NRF 5/71, S.7)

II. Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit

Lenin sagt, daß das spontane Element eigentlich nichts anderes darstellt als "die Keimform der Bewußtheit".(WT 385)
Der Grad an Bewußtheit einer Kampfhandlung der Arbeiter wird zwar mit der Zahl der Kampfhandlungen steigen, Streiks werden mehr und mehr systematisch geführt; um zu einer sozialistischen Politik zu kommen, ist jedoch der Einfluß von außen,unter den gegebenen politischen Bedingungen bei uns, von der sozialistischen Intelligenz nötig.
Einzelwidersprüche, d.h. einzelne Erscheinungsformen des Klassenwiderspruchs werden zwar im Laufe eines Streiks etwa aufgezeigt oder sind Ursache eines Kampfes, damit sich aber das gesamte Proletariat als Klasse um den unüberwindbaren Gegensatz seiner Interessen zum politischen und sozialen System im Klaren ist, fehlt es an fundiertem Wissen und/also sozialistischem Bewußtsein.
Diese Aufgabe, die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse zu schulen, sie in ihren Kämpfen voranzutreiben, ihrer Bewegung stets einen Schritt voraus zu sein, haben weder die Ökonomisten in Rußland erfüllt noch erfüllt die revisionistische Partei sie heute.
Im Gegenteil - der trade - unionistische Kampf der Arbeiter wird unterstützt durch wiederum tradeunionistische Politik; eine derartige Haltung führt unmittelbar zur Stärkung der bürgerlichen Ideologie, bewegt sich im Rahmen der bürgerlichen Politik.
Die Relevanz der Frage, sozialistische oder bürgerliche Ideologie liegt in der unumstößlichen Tatsache, daß kein Mittelweg möglich ist. Mit jeder Handlung, mit jeder Aussage, die nicht einer revolutionären Politik und Ideologie entspringt, wird die Bourgeoisie gestärkt und der Arbeiterklasse geschadet, mit jeder derartigen Handlung auch die Bildung eines Klassenbewußtseins der Arbeiter untergraben.
Gleichzeitig heißt das,"daß jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des "bewußten Elements", der Rolle der Sozialdemokratie, zugleich die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet." (WT 394)
Die Lehre des Sozialismus ist - im Gegensatz zu der Entstehung von Arbeiterverbänden auf Grund ökonomischer Kämpfe - aus "den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intellegenz, ausgearbeitet wurden." (WT 402)
Die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus zu verbreiten,sie dem Arbeiter nahezubringen ist primäre Aufgabe der heutigen revolutionären Intelligenz.
Seltsamerweise herrscht gerade in Intellektuellenkreisen die Meinung, das Interesse der Arbeiter beschränke sich wesentlich und notwendigerweise auf ihre eigenen Lebens- bzw. Arbeitsbedingungen; daraus resultiert dann die beschränkte Aktivität etlicher Gruppen, welche den Arbeitern immer wieder mit den gleichen Problemstellungen gegenübertreten und dabei vergessen, daß sie selbst nur über etliche Vermittlungsschritte zur Einsicht in diese Probleme gelangten, um schließlich Schritt für Schritt in die Theorie hineinzuwachsen, zu eigener Aktivität bzw. zu einer eigegen revolutionärem Strategie zu kommen, daß es unmöglich ist, revolutio-

näre Arbeit zu leisten, ohne z.B. die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung kennenzulernen und in die Theorie mitzuverarbeiten.
Der Arbeiter begnüge sich jedoch mit den Resultaten solcher Entwicklungen, zumal ihm je neben der Arbeit kaum Zeit bleibt, sich "auch noch für andere Dinge zu interessieren."
Ähnlich der ökonomischen Enthüllungsliteratur in Rußland kommt es dann zu Betriebszeitungen einer politischen Organisation, welche mehr und mehr die Funktion eines Motzblattes erhält, welches dem Arbeiter lediglich zur Fredde des "Sich-geschrieben-Sehens" dient.
Nicht ein Sich-Anhängen an Tagesereignisse in den Fabriken, an spontane Aufstände unter den Arbeitern genügt, um eine zielführende revolutionäre Tätigkeit in der Arbeiterklasse zu erfüllen, und nicht genügt es, die Arbeiter lediglich "über ihr elendes Dasein , ihre unerträglich schwere Arbeit und ihre rechtlose Lage" aufzuklären.
Aufgabe ist es nicht, die Arbeiterklasse nur in ihrem Verhältnis zu einer bestimmten Unternehmergruppe zu unterstützen, sondern " in ihrem Verhältnis zu allen Klassen der modernen Gesellschaft und zum Staat als der organisierten politischen Macht." (WT 413)
Und so wenig, wie der politische Kampf dem ökonomischen folgt, so wenig folgt der ökonomischen Agitation die politische, sondern als Aufgabe stellt sich einerseits die Einbeziehung einer ökonomischen Erscheinung in den politischen Rahmen, andererseits das Aufzeigen aller möglichen Erscheinungen der politischen Unterdrückung und Willkür, die nur mittelbar mit dem ökonomischen Kampf in Zusammenhang stehen.
Lenin stellt unmißverständlich die Identität von Klassenbewußtsein und politischem Bewußtsein fest und den Charakter, den eine Arbeit zur Bewußtseinsbildung des Proletariats haben muß:
"Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf alle und jegliche Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren, welche Klassen diese Fälle auch betreffen mögen, und eben vom sozialdemokratischen und nicht von irgendeinem anderen Standpunkt aus zu reagieren. Das Bweußtsein der Arbeitermassen kann kein wahrhaftes Klassenbewußtsein sein, wenn die Arbeiter es nicht an konkreten und dazu unbedingt an brennenden (aktuellen) politischen Tatsachen und Ereignissen lernen, jede andere Klasse der Gesellschaft in allen Erscheinungsformen des geistigen, moralischen und politischen Lebens dieser Klasse zu beobachten; wenn sie es nicht lernen, die materialistische Analyse und materialistische Beurteilung aller Seiten der Tätigkeit und des Lebens aller Klassen, Schichten und Gruppen der Bevölkerung in der Praxis anzuwenden. Wer die Aufmerksamkeit, die Beobachtungsgabe und das Bewußtsein der Arbeiterklasse ausschließlich oder auch nur vorwiegend auf sie selber lenkt, der ist kein Sozialdemokrat, denn die Selbsterkenntnis der Arbeiterklasse ist unternnbar verbunden mit der absoluten Klarheit nicht nur der theoretischen....., sogar richtiger gesagt: nicht so sehr der theoretischen, als vielmehr der durch die Erfahrung des politischen Lebens erarbeiteten Vorstellungen von den Wechselbeziehungen aller Klassen der modernen Gesellschaft." (WT 426)
Die Notwendigkeit der Parteibildung wird also immer klarer; Das Proletariat braucht eine Avantgarde, die es verhindert, daß die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung zu einer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie führt, braucht eine Führung, die durch ihre revolutionäre Theorie und die richtige politische Linie der Arbeiterbewegung zum Bewußtsein ihrer selbst verhilft und dann die Entwicklung ihrer trade - unionistischer Spontaneität zu

politischem Klassenbewußtsein unterstützt.
Die Notwendigkeit demokratisch - zentralistischer Strukturen wird bereits beim Parteiaufbauprozeß einsichtig; das Prinzip des demokratischen Zentralismus ist Voraussetzung für eine starke Bindung zwischen Klassenbewegung und Partei, d.h., der demokratische Zentralismus ermöglicht die Zusammenfassung der Erfahrungen der Klassen in der Partei, ermöglicht also auch die Führerrolle der Partei im Klassenkampf.
Die Negation demokratisch - zentralistischer Strukturen würde unweigerlich eine Trennung der Partei von den Massen nach sich ziehen, infolgedessen eine falsche Linie in die Kämpfe hineintragen.
"Der demokratische Zentralismus wie Lenin und Mao-Tse-tung ihn bestimmten, ergibt sich aus der Notwendigkeit der richtigen Massenlinie, ohne die der kommunistische Kern der Klasse nicht zur Parteibildung des Proletariats und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats beitragen kann." (NRF 5/71, S.9)

Susi Böhm

THESEN ZUM PARTEIAUFBAU

1.,
Wenn der proletarische Klassenkampf nicht automatisch in den revolutionären Kampf gegen das ganze kapitalistische System übergeht, muß dieses Ziel und dieses Bewußtsein "von außen", von der Avantgarde (ganz gleich ob es sich dabei um Arbeiter oder Intellektuelle handelt) in den Kampf hineingetragen werden. Und das ist nicht ein einmaliger Akt, sondern ein ständiger Kampf gegen falsche Strategien, gegen die ideologische Unterordnung des Proletariats unter die Bourgeoisie vermittels des Opportunismus. Dieser Kampf, der das Proletariat erst als Klasse revolutionär handlungsfähig macht, geht nicht spontan vor sich. Er ist nichts anderes als der Parteibildungsprozeß des Proletariats. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung lehren, daß das Proletariat eine revolutionäre Avantgarde, eine kommunistische Partei herausbilden muß, um im Kampf gegen die Bourgeoisie bestehen und siegen zu können.

2.,
Weder in Österreich noch im übrigen Europa existiert eine revolutionäre Partei des Proletariats. Die KPs haben sich in revisionistische Parteien verwandelt, seit dem XX. Parteitag der KPdSU in verstärktem Maß, und sind drauf und dran, vollends in das kapitalistische System integriert zu werden. Speerspitzen dieser Entwicklung sind die PCF und die PCI, die ihre ganze Politik auf den Eintritt in (ihrem wesentlichen Inhalt und ihren Aufgaben nach) reaktionäre Regierungen orientieren. Die KPs sind sozialdemokratisiert. Das Beispiel Italien oder Frankreich zeigt, daß sie nicht die Avantgarde, sondern ein Bremsklotz der proletarischen Bewegung sind. Unter solchen Bedingungen besteht die zentrale historische Aufgabe der Revolutionäre darin, revolutionäre Parteien des Proletariats auf zu bauen.
Mit der Integration der KPs ist bei hohem Niveau der Kämpfe verbunden eine innere Krise dieser Parteien, wie man es deutlich bei der PCF und der PCI sieht. Die innere Krise geht bis zur Verselbständigung von Basisorganisationen, bis zu Zersetzungs-und Absplitterungstendenzen. Zugleich bilden sich nichtrevisionistische Gruppen, die zunächst nur allzu oft großteils an Kinderkrankheiten leiden (Spontaneismus, Attentismus, Sektierertum, Ökonomismus, Terrorismus,...). Aber wie verworren und vielleicht scheinbar aussichtslos das Entstehen einer neuen internationalen Bewegung erscheinen mag, sie ist historisch unumgänglich, an dieser Tatsache kann es keine Zweifel geben.

rische Tendenz handelt, so versteht sich dabei von selbst, daß diese sich nicht "rein" und ohne Widersprüche durchsetzt. Man darf sich nicht den Blick für den historischen Prozeß verdekken, indem man sich durch bestimmte Besonderheiten der österreichischen Entwicklung, die ihn überlagern, täuschen läßt: Die KPÖ befindet sich nicht nur nicht in einer absoluten Krise, sondern macht zur Zeit eine Phase der relativen Stabilisierung durch. Und die FÖJ, gemeinsam mit WTB die einzige Absplitterung von der KPÖ, ist keineswegs Ausdruck dieses eben skizzierten Prozesses, sondern eine rechte Abspaltung, eine neue Form des KP-Revisionismus.

3.,
Der Parteiaufbau wird sich nicht in allen europäischen kapitalistischen Ländern gleich vollziehen. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob es (wie in Italien und Frankreich) starke revisionistische Massenparteien gibt (KPF und PCI), oder ob nicht. Dort können sich revolutionäre proletarische Avantgardeparteien nicht "neben" den revisionistischen Massenparteien wirklich entwikkeln. Wenn es den Parteikernen nicht gelingt, Teile der PC-Basis auch zum organisatorischen Bruch mit dem Revisionismus zu bringen, haben sie keine Entwicklungsperspektive. Jede revolutionäre historische Perspektive setzt in diesen Ländern voraus, daß die Masse der PC-Basis mit dem Revisionismus bricht. Ganz anders in Deutschland und in Österreich, wo die revisionistischen Parteien (DKP, KPÖ) keine Massenbasis haben, und auch keine Entwiklungsperspektive. Mag auch die DKP heute "Unzufriedene" aus allen Klassen und Schichten einsammeln, weil sie sich an deren rückständigem Bewußtsein anhängt, so hat sie dennoch keine Entwicklungsperspektive, zumal der Revisionismus in anderen Ländern in einer sich ständig verschärfenden Krise ist. Italien wird auch nach Deutschland und Österreich wirken. Es gibt auch praktische Beispiele dafür, daß der DKP-Revisionismus keine Perspektive hat, wenn Gruppen dort eine korrekte Politik betreiben (Mannheim z.B.). Unter solchen Bedingungen wird der Parteiaufbau im Prinzip "neben" den revisionistischen Parteien erfolgen, ungeachtete dessen, daß durchaus jetzt in der KPÖ organisierte Genossen zu den Kadern der reevolutionären Partei zählen werden.

Insofern sind manche Probleme der Parteibildung bei uns eher mit den Problemen der Bildung der bolschewistischen Partei in Rußland analog als etwa die Parteibildung in Italien es ist (über das Zirkelwesen hinausgehend zur Partei zu gelangen));allerdings auch bei uns nie mehr als analog, denn an den Bedingungen des Klassenkampfes hat sich Grundlegendes geändert.
Die folgenden Punkte beziehen sich nur auf die in Österreich und Westdeutschland vorliegenden Bedingungen.

4.,
Die proletarische Partei bildet sich im Verlauf der Klassenkämpfe. Ihre demokratisch-zentralistische Struktur drückt die enge Verbindung zwischen der Avantgarde und den Massen aus. Es nützt der Arbeiterklasse nicht, wenn ein paar Leute sich zur "Partei" erklären, im Gegenteil:es schadet ihr, wenn sich mehrere "Parteien" als "Partei des Proletariats" anpreisen. "Partei" ist nicht ein Name, auch nicht eine bestimmte Organisationsstruktur, sondern ein Inhalt: die Partei ist die tatsächliche Avantgarde der Klasse. Der Parteibildungsprozeß ist ein historischer Prozeß und kann nicht durch voluntaristische "Erklärungen" ersetzt werden.Es handelt sich dabei nicht um scholastische Definitionen des "Wesens der Partei",sondern darum, daß man weder sich selbst (mit falschen Ansprüchen) noch die Arbeiterklasse täuschen soll und dabei zugleich die Notwendigkeit der Parteibildung diskreditiert und dadurch das apolitische Bewußtsein der Massen stärkt.

Die Partei steht nicht am Anfang der Herausbildung von kommunistischen Zirkeln, sondern am Ende. Sie ist Resultat der Vereinigung der Zirkel.Dazu muß erst etwas da sein, was vereinigt werden kann. Die Gründung einer kommunistischen Partei ist dann eine unmittelbare Tagesfrage, wenn die Herausbildung einer "sozialistischen Arbeiterintelligenz" gelungen und die Verschmelzung dieser fortgeschrittensten Arbeiterkader mit den konsequent sozialistischen Teilen der Intelligenz vollzogen ist, wenn die Avantgarde in den Zentren der Produktion, an den Schlüsselstellen im kapitalistischen Getriebe verankert ist, eine reale Basis im Proletariat hat und in dessen Kämpfe real eingreifen kann; wenn eine hinreichend präzise Strategie formuliert ist, so daß von einer wirklichen und dauerhaften ideologischen Vereinheitlichung die Rede sein kann. Das bedeutet auch, daß der Parteiaufbau nicht Angelenheit eines lokalen Zirkels sein kann, wie es in der BRD oft der Fall war.
In Österreich ist bei all dem allerdings zu berücksichtigen, daß Wien in jeder Hinsicht das politische Zentrum war und ist und der Entwicklung in Wien daher besondere Bedeutung zukommt.
Damit sind die elementaren Voraussetzungen einer Parteigründung genannt. Man darf aber an das Problem nicht schematisch herangehen und den wirklichen Stand der Bewegung immer nur mit abstrakt vorformulierten Bedingungen vergleichen. Die Partei entsteht im Verlauf der Kämpfe und wir sind an diesen Kämpfen beteiligt, wir sind keine außerhalb stehenden "vergleichenden" Betrachter. Fix und fertig ist noch keine kommunistische Partei aus dem Gründungsparteitag hervorgegangen. Es kommt nicht darauf an, den "Parteibegriff" zu "definieren" und dann die wirkliche Bewegung dem Begriff einzupassen. Es kommt vielmehr darauf an, sich Rechenschaft darüber abzulegen, was Zirkel sind, welche Stadien des Zirkelwesens es gibt, was schließlich die Partei ist; d.h. sich Rechenschaft darüber abzulegen, daß die Parteibildung des Proletariats verschiedene Stadien durchläuft und in welchem Stadium wir uns befinden.Sonst bezeichneten wir uns nur fälschlich als "Partei", sondern machten dementsprechend auch eine falsche Politik.

Die elementaren Bedingungen müssen erfüllt sein, wenn die Partei gegründet wird. Diese

Entscheidung selbst ist und bleibt eine Frage der richtigen Politik und kann nicht im vorhinein durch sophistische Abhandlungen darüber ersetzt werden, "wie groß genau" die Verankerung im Proletariat sein muß etc.Schematisch wäre es jedenfalls, als proletarische Partei nur eine Massenpartei(im Sinn von massenhaften Einfluß auf die Klassenkämpfe) anzusehen. Dies abstrahiert gerade von der Entwicklung der Partei zur wirklichen Massenpartei, zur wirklichen Avantgarde des ganzen Proletariats und läuft in der Praxis auf Attentismus hinaus.

Bevor der Parteiaufbau unmittelbar in Angriff genommen werden kann, müssen diese elementaren Voraussetzungen geschaffen werden: eine Strategie muß ausgearbeitet, in den Kämpfen überprüft, korrigiert und in die Arbeiterklasse getragen werden. Die konsequent sozialistischen Intellektuellen müssen sich gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern in proletarischen Organisationen organisieren, diese Organisationen müssen sich im Proletariat verankern usw.
Wenn man nur die unmittelbare Vorbereitung der Parteigründung als Parteiaufbau bezeichnet, ist dieser sicher keine Tagesaufgabe für uns. Jede Orientierung auf die historische Notwendigkeit des Parteiaufbaus und jeden Schritt in Hinblick auf diese Orientierung aber als "Parteiaufbau" zu bezeichnen, ist eher irreführend, weil durch diese Formulierung dann die spezifischen Unterschiede zwischen verschiedenen Etappen im Prozeß der Parteibildung verwischt werden.Was für manche Genossen irreführend ist, erheben andere als demagogischen Vorwurf: die Revisionisten, um die Vorbehalte vieler Linker gegen die voluntaristischen "Parteigründungen" in der BRD auch gegen uns zu mobilisieren.Für sie ist der bloße Gedanke an eine auch organisatorische Alternative zur KPÖ ein Sakrileg. Die Liberalen und Genossen wie die "Aktion", weil sie überhaupt einen Horror vor dem Proletariat und einer proletarischen Organisation haben.
Gegenüber diesen böswilligen Anwürfen wie auch gegenüber gutgemeinten Mißverständnissen betonen wir einerseits die historische Notwendigkeit des Parteiaufbaus, die Orientierung auf ihn,und die Notwendigkeit, die Weichen dorthin richtig zu stellen; andrerseits weisen wir die Vorstellung ab, der Parteiaufbau sei eine Tagesfrage, wir (die MLS) seien ein "Parteikeim", der durch seine bloße Entfaltungzur "Partei des Proletariats" werden könnte.
Außer einer ganz falschen Einschätzung, in welcher Etappe wir uns im Moment befinden, liegt hier auch eine Vorstellung aus der niedergehenden Studentenbewegung zugrunde, nämlich: man könnte von der Studentenbewegung aus in die Arbeiterklasse wirken, unseren Aktionsradius über die Hochschulen hinaus "ausweiten". In Wirklichkeit ist die Arbeit im proletarischen Bereich nicht eine solche"Ausweitung", sondern setzt einen prinzipiellen Terrainwechsel voraus.

5.,
Voluntaristische" Parteigründungen" von dieser Warte aus zurückzuweisen bedeutet aber gerade nicht die Preisgabe der einzig richtigen historischen Perspektive, der Notwendigkeit, eineneue revolutionäre Partei aufzubauen. Der Fehler liegt oft darin, daß diese historische Perspektive für eine Tagesaufgabe gehalten wird, nicht aber in der Perspektive selbst. Diese Perspektive ist bestimmender Faktor auch bei der Bestimmung unserer aktuellen Aufgaben.
Unsere zentrale Tagesaufgabe besteht darin, eine starke marxistisch-leninistische Organisation aufzubauen, eine Organisation,die sich nicht mit dieser und jener, sondern mit <u>allen</u> wichtigen Fragen des Klassenkampfes befaßt; die eine umfassende <u>ideologische</u> Alternative zum Revisionismus entwickelt; die umfassendes politisches Bewußtsein erzeugt und zur Voraussetzung hat, eine Organi-

sation, die nicht nur unter Studenten, sondern auch und vor allem in der Arbeiterklasse Propaganda macht. Was wir nicht tun dürfen ist, uns zur "Partei" zu erklären oder auf die Perspektive der ideologischen und organisatorischen Überwindung des Revisionismus überhaupt zu verzichten, sondern wir müssen die jetzige Etappe im Prozeß der Parteibildung korrekt bestimmen und die notwendigen Schritte zum Aufbau einer marxistisch-leninistischen Organisation setzen, die vollständig von einem Standpunkt außerhalb der Hochschulen aus operiert.

Natürlich beziehen wir dem theoretischen Anspruch nach schon immer eine Position außerhalb der Hochschulen, den "Standpunkt des Proletariats". An den Hochschulen bedeutet das dann, sich auf den Boden des Marxismus-Leninismus zu stellen und eine sozialistische (und keine syndikalistische, "antimonoplistische" etc.) Hochschulpolitik zu machen. Aber es ist eine Sache, vom Standpunkt des Proletariats aus an den Hochschulen Politik zu machen, und eine andere, im proletarischen Bereich Politik zu machen. Das erstere war unsere ausschließliche Praxis 1971, jetzt sind wir darangegangen, das politische Terrain teilweise zu wechseln.

Die Orientierung auf den Aufbau einer solchen politischen Organisation, d.h. die qualitative Fortentwicklung der MLS, steht in prinzipiellem Gegensatz zur Orientierung vieler Gruppen in der BRD auf Nur-Betriebsarbeit. Diese letztere Orientierung geht Hand und Hand mit Ökonomismus und Handwerkelei, sie können der Arbeiterklasse prinzipiell keine revolutionäre Perspektive weisen und hängen sich vielmehr an sie an. Sie ist meist mit spontaneistischen Konzepten verbrämt. Eine solche Orientierung muß letztlich zur politischen Krise und Desorganisation der Gruppen führen. Unsere Orientierung ist davon prinzipiell verschieden: Unsere Politik besteht nicht aus der "Summe" von Betriebsarbeit und Hochschularbeit, sondern im Zentrum steht der Aufbau und die Weiterentwicklung der revolutionären Organisation selbst wie auch die Ausarbeitung einer revolutionären Strategie.

Die spontaneistischen Nur-Betriebsarbeit Gruppen lehnen es ebenfalls ab, als "Parteiinitiativen" zu gelten - aber aus ganz anderen Gründen als wir. Wir sagen, daß wir uns jetzt in einer anderen, vorherigen Etappe befinden, aber wir gehen vom Marxismus-Leninismus, seinen taktischen Prinzipien, seinen Lehren über den Parteibildungsprozeß des Proletariats aus. Jene lehnen den Marxismus-Leninismus in dieser oder jener Art und Weise ab. Die Notwendigkeit der proletarischen Partei fehlt in ihrer Orientierung völlig.

Der Gegensatz zwischen diesen beiden Orientierungen muß ganz scharf herausgearbeitet werden, weil damit zugleich ausgedrückt wird, welche Bedeutung die Betriebsarbeit im Rahmen unserer ganzen politischen Arbeit hat. Gerade diejenigen Linken, die den Verfaulungsprozeß ihrer "politischen Praxis" überspielen wollen durch den Wunsch, ins Proletariat zu gehen, denen "die Betriebsarbeit" an und für sich "imponiert", geraten dagegen in die Nähe der spontaneistischen Nur-Betriebsarbeit-Gruppen. Bloß ist, was bei diesen eine spontaneistische Konzeption ist, bei jenen mangelndes politisches Bewußtsein. Diese Leute sind vielleicht "Freunde der Arbeiterklasse", aber keine Marxisten-Leninisten.

6.,

Sowohl die historische Perspektive der Parteibildung des Proletariats wie auch die Bestimmung und Inangriffnahme der jetzt notwendigen politischen Aufgaben, wurde durch die Orientierung auf die KPÖ zwischen November 70 und Mai 71 verdrängt. Die Folgen dieser Verdrängung wirkten noch viel länger nach. Dies war die Ursache für eine Reihe von Fehlern. Zwei grobe Fehlertypen seien hier genannt: Zwar wurde abstrakt an der Not-

wendigkeit neuer revolutionärer Parteien festgehalten, aber die Parteibildung wurde nicht als historischer Prozeß unter aktiver Mitwirkung der Revolutionäre betrachtet, sondern ganz mechanistisch: An den Parteiaufbau sei erst im Gefolge einer großen internationalen Krise zu denken (ähnlich wie die Bildung der KPs nach 1918), aus der sich dann die Partei irgendwie ergäbe. Kein Wort, wie man sich für diesen Zeitpunkt vorbereiten sollte etc.- also außer dem Mechanismus noch die Passivität, der Attentismus. Ferner kann eine solche Konzeption zwar ihre mechanistische Abstraktheit angesichts der Unentwickeltheit des Klassenkampfes in Österreich noch verbergen, auf die Fragen, vor denen die italienischen Revolutionäre z.B.stehen, kann sie keine Antwort mehr geben.(In unserem damaligen Schema wurden die Unterschiede zwischen z.B. Italien und Österreich gerade ignoriert.Vgl. dazu Punkt 3.)
Zweitens wurden Aufgaben, die aktuelle Aufgaben sind, unter "Parteiaufbau" subsumiert und daher abgelehnt bzw. nicht in Angriff genommen:z.B.die Notwendigkeit, eine umfassende ideologische Alternative zum Revisionismus zu entwickeln. Zwischen der Suspendierung der Aufgabe, eine umfassende ideologische Alternative zum Revisionismus zu entwickeln, dem Anlehnen an die KPÖ (wenn schon nicht positiv, so negativ, als Kritik: in beiden Fällen wird keine selbständige politische Stellungnahme formuliert) und unserer qualitativen und quantitativen Beschränktheit bestanden natürlich enge Zusammenhänge. Insofern hatte der Verzicht auf die oben formulierte Aufgabe einen realistischen Kern. Aber aus der Not wurde eine allgemeine Ausrichtung gemacht.

Unser Verhältnis zur KPÖ wurde viel zu sehr pragmatisch bestimmt, die prinzipielle Notwendigkeit des nicht nur ideologischen, sondern auch organisatorischen Bruchs mit dem modernen Revisionismus war uns noch nicht klar. Daß unter solchen Umständen die Hauptaufgaben der Revolutionäre in der gegenwärtigen Etappe nicht richtig bestimmt werden konnten und wir zu dem zentralen Problem der Parteibildung des Proletariats überhaupt keinen Zugang hatten, liegt auf der Hand.

7.,
In Punkt 4 wurden die Hauptaufgaben genannt, die sich aus der zentralen historischen Aufgabe des Parteiaufbaus ergeben.In Punkt 5 wurden diese Hauptaufgaben zusammengefaßt als "Aufbau einer marxistisch-leninistischen Organisation, die vollständig von einem Standpunkt außerhalb der Hochschulen aus operiert".Es geht jetzt darum, an diesen Hauptaufgaben wiederum die unmittelbaren aktuellen Aufgaben abzuleiten.

Es ist dies erstens die Ausarbeitung einer revolutionären Strategie und eines revolutionären Programms. Das ist für die ideologische Vereinheitlichung unerlässlich und überhaupt die Grundvoraussetzung einer kontinuierlichen zielstrebigen politischen Arbeit. Wir haben schon längst den Punkt erreicht, wo aufgrund von Quantität, Ausstrahlung (auch über Wien hinaus!) und aufgrund der organisierten Arbeitsteilung innerhalb der MLS die ideologische Vereinheitlichung nur mehr mittels eines Programms hergestellt werden kann. Noch schärfer stellt sich das Problem bei der Betriebsarbeit, weil hier unsere politische Position viel umfassender, präziser und viel tiefer dargestellt werden muß. (Ein Teil eines solchen Programms müßte eine hochschulpolitische Grundsatzerklärung sein, die aus der theoretischen Weiterentwicklung des Hochschulpapiers vom November 71 und aus der Entwicklung unserer hochschulpolitischen Praxis an einigen Instituten hervorgehen müßte. Ersteres wird im Hochschulausschuß bereits vorbereitet.)

Was im Vorwort zum "Stikl" Nr.5 gesagt wurde (bezüglich"Programm" und "Strategie") drückte zwar die berechtigte Ablehnung einer eventuellen dogmatischen "Programm"-schmiererei aus, könnte aber an-

drerseits in dieser schematischen Form die theoretische Handwerkelei rationalisieren. Das Zustandekommen eines revolutionären Programms ist ein langwieriger Prozeß ideologischer Differenzierung und Vereinheitlichung und nicht eine Frage, daß man sich hinsetzt und es schreibt.
Die zweite aktuelle Aufgabe ist die Aufnahme der Arbeit im proletarischen Bereich. Dabei ist vorr allem hervorzuheben, daß die politische Arbeit in der Arbeiterklasse viel mehr umfaßt, als gemeinhin (!) unter "Betriebsarbeit" subsumiert wird. Alles nötige wurde in Punkt 5 gesagt, wo der prinzipielle Gegensatz zwischen Nur-Betriebsarbeit und unserer Orientierung herausgearbeitet wurde.

8.,
Eine revolutionäre Strategie kann nur internationalistisch sein. Nicht nur, daß die proletarische Strategie dem Inhalt (und mit der zunehmenden Entwicklung des Kapitalismus teilweise auch der Form) nach international ist; Wir könnten von einem bornierten Nurösterreichischen Standpunkt aus weder unsere historische Situation noch unsere Aufgaben richtig einschätzen. Die ideologische und organisatorische Überwindung des Revisionismus ist eininternationaler Prozeß. Wir müssen daher unsere Position international definieren. Hier zeigt sich, daß der Internationalismus konstitutiv ist für die Entwicklung eines marxistisch-leninistischen Programms.
Wir müssen uns mit den Klassenkämpfen in den anderen kapitalistischen Staaten und insbesondere mit Strategie und Taktik der relevanten nicht-revisionistischen Organisationen im Ausland auseinandersetzen. In diesem Zusammenhang ist auch der angestrebte und eingeleitete Aufbau stabiler Beziehungen zu kommunistischen Organisationen in der BRD zu sehen.
Diese Bedeutung der internationalistischen Orientierung determiniert <u>auch</u> die Arbeit des Internationalismus-Ausschusses bzw. seiner Untergliederungen.

W. Lindner

INDOCHINAKAMPAGNE 1972

DEMONSTRATION

FREITAG 5. MAI

TREFFPUNKT: 17 UHR
LIEBENBERGDENKMAL, UNI-WIEN

Revolutionäre Intelligenz und Arbeiterbewegung in der Frühphase der Parteibildung.

Ein Grundproblem des Marxismus-Leninismus.

I. Einleitung

Die theoretische Einsicht des Marxismus, dass die Arbeiterklasse die einzige revolutionäre Klasse im Kapitalismus darstellt, ist der tatsächlichen Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD voraus. Die marxistischen Studenten und Intellektuellen, die den bürgerlichen Standpunkt verlassen haben"um sich auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen" (Kommunistisches Manifest, Berlin 1967, S. 55) können sich nicht einfach in das Proletariat und seine Organisation einreihen, sondern haben selbst an deren Aufbau teilzunehmen. Diese Situation stellt die theoretische Aufgabe, die Klassenanalyse des bundesrepublikanischen Imperialismus durchzuführen, seinen Ausbeutungscharakter konkret aufzuweisen, dessen Ursachen bloßzulegen und in propagandistischerund agitatorischer Praxis in die Arbeiterklasse zu tragen. Unter ganz veränderten Bedingungen stellt sich damit das Problem der Verbindung von marxistischer Theorie und Proletariat, das die Frühphase der Herausbildung jeder proletarischen Partei kennzeichnet, und sozial die Verbindung der sozialistischen Intellektuellen mit der Arbeiterbewegung beinhaltet. DiesesProblem ist historisch und theoretisch ein Zentralproblem der Parteibildung des Proletariats, das nicht abstrakt gelöst werden kann, sondern sich in politischen Richtungskämpfen entscheidet, wobei inhaltlich die Frage der Selbständigkeit des Proletariats und seiner Theorie auf dem Spiel steht, die nicht diesseits der Verbindung von sozialistischen Intellektuellen und Proletariat sich herstellen kann, sondern im Prozess dieser Verbindung selbst erkämpft werden muss. Nicht das abstrakte Problem der Verbindung von sozialistischen Intellektuellen- und Arbeiterbewegung ist für die Frage der Parteibildung des Proletariats heute in Westeuropa kennzeichnend, sondern die historischen Bedingungen unter denen diese Verbindung zustandegebracht werden muß: nicht in einer frühen Phase des Kapitalismus, wie für Marx und Engels oder Lenin und die Bolschewiki, sondern im imperialistischen Kapitalismus, dessen Existenz auf einer ganzen Serie von Niederlagen der Arbeiterbewegung und auf einer vorübergehenden Vernichtung des politischen Klassenbewusstseins beruht.

In einer Phase, in der sowohl die Geschichte der Arbeiterbewegung erst wieder mühsam ins Bewusstsein der Arbeiterklasse gehoben werden muss, was bloß durch die Erfahrung eigener und neuer Kämpfe der Arbeiterklasse möglich sein wird und die revolutionäre Intelligenz, die sich zum Marxismus hinaufgearbeitet hat, ebenfalls kaum auf eine eigene revolutionäre Vergangenheit sich beziehen kann, wie dies sowohl in der Epoche von Marx und Engels (1) als auch in der Lenins der Fall war, müssen wir durch das systematische Studium früherer Phasen der proletarischen Revolution und ihrer Theorie ein Bewusstsein entwickeln, das den objektiven Bedingungen des revolutionären Kampfes heute gerecht wird. Der folgende Artikel untersucht Lenins Einschätzung des Verhältnisses von revolutionärer Intelligenz und Arbeiterbewegung in der Frühphase der Parteibildung des Proletariats in Russland. Er möchte die beschränkte Rezeption von Lenins Schriften als Anweisung für die Technik der Organisation überwinden. Lenins Schriften, in denen sich

(1)
Den Frühschriften von Marx liegt das Problem der Verbindung von revolutionärer Theorie und Proletariat zugrunde, in dessen Entfaltung die Theorie des Proletariats wissenschaftlich erst herausgebildet wurde. "Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie a d h o m i n e m demonstriert, und sie demonstriert a d h o m i n e m , sobald sie radikal wird. Radikal sein →

die gewaltige Entwicklung der russischen Revolution widerspiegelt, sind zuletzt zum dogmatischen Zitat geeignet, das immer wieder die konkrete Anwendung organisatorischer und taktischer Prinzipien mit den Prinzipien selbst verwechselt. Der Artikel verzichtet darauf aus der Analyse von Lenins frühen Schriften unmittelbare Schlussfolgerungen für die Frage der Parteibildung in der BRD zu ziehen, sondern versucht lediglich Lenins Eingriff in die Parteibildung des russischen Proletariats historisch darzustellen. Aber schon die historisch konkrete Rezeption der Klassiker des Marxismus-Leninismus hilft uns die schlechte Abstraktheit der gegenwärtigen Diskussion um die Parteibildung zu überwinden und festzustellen, wo wir uns befinden und wohin wir gehen müssen. (1a)

II. Das Problem der Verschmelzung von marxistischer Theorie und Arbeiterbewegung.

Lenin schreibt in "Was tun?": "Wir haben gesagt, dass die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewusstsein (d.i. "die Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System") gar nicht haben konnten. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, dass die Arbeiterklasse ausschliesslich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewusstsein hervorzubringen vermag, d.h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschliessen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen und anderes mehr. (Der Trade-Unionismus schliesst keineswegs, wie man manchmal glaubt, jede "Politik" aus. Die Trade-Unions haben stets eine gewisse, aber nicht sozialdemokratische, politische Agitation und einen gewissen politischen Kampf geführt...). Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an. Ebenso entstand auch in Russland die theoretische Lehre der Sozialdemokratie ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung, entstand als natürliches und unvermeidliches Ergebnis der ideologischen Entwicklung der revolutionären sozialistischen Intelligenz. Zu der Zeit, von der wir sprechen, d.h. um die Mitte der 90er Jahre, war diese Lehre nicht nur das bereits völlig ausgereifte Programm der Gruppe "Befreiung der Arbeit", sondern sie hatte auch die Mehrheit der revolutionären

---

Anm. 1 →

ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. (Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Marx, Werke, I, S. 497). "Eine radikale Revolution kann nur die Revolution radikaler Bedürfnisse sein, deren Voraussetzungen und Geburtsstätten eben zu fehlen scheinen." (a.a. O. S. 499). Die "Voraussetzungen und Geburtsstätten" der radikalen Revolution liegen in der "Bildung einer Klasse mit radikalen Ketten": "Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, und sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehen." ..."Das gründliche Deutschland kann nicht revolutionieren, ohne von Grund aus zu revolutionieren. Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen. Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat." (504 f). Die Fragestellung des frühen Marx ergab sich offensichtlich aus der isolierten Entwicklung der Intelligenz im reaktionären Deutschland, die die Grenzen der bloßen Theorie ebenso aufgewiesen hatte wie die Unfähigkeit des "Menschen" sein "Wesen" zu verwirklichen, wenn dieses Befürfnis nicht in bestimmten Menschen einer bestimmten Klasse verkörpert ist. Die Lösung dieser Fragestellung lag zunächst abstrakt in dem Bündnis der "Theorie" mit dem Proletariat, wobei der Begriff des Proletariats nicht aus seiner Stellung im Produktionsprozess und gegenüber den Produktionsmitteln entwickelt wurde, sondern aus seiner Stellung gegenüber dem Privateigentum überhaupt, aus der Tatsache, dass es nichts sein eigen nannte, statt aus der Tatsache, dass es alles produzierte. Dies ist historisch erklärbar, da z.Z. der Niederschrift der "Kritik der Rechtsphilosophie" die "hereinbrechende industrielle Bewegung" (a.a.O., S. 504) sich vorwiegend in der Pauperisierung und in der "Auflösung des Mittelstandes" zeigte, so dass dieses Epiphänomen des Kapitalisierungsprozesses mehr in die Augen sprang als dessen Grundlage, die Lohnarbeit. Marx hat diesen abstrakten Standpunkt des Bündnisses der Theorie mit dem Proletariat sehr schnell konkretisiert, und zwar theoretisch und praktisch, indem er die Theorie zur Theorie des Proletariats weiterentwickelte, die Herrschaft des Kapitalverhältnisses zu untersuchen begann und in die revolutionären Kämpfe 1848/49 eingriff, um den selbständigen Standpunkt des Proletariats in der bürgerlichen Revolution zur Geltung zu bringen. Marxens Entwicklung zum Theoretiker des Proletariats war mit einer scharfen Polemik gegen die Herrschende Ideologie des Kleinbürgertums ("kritische Kritik", vgl. "Heilige Familie" und "Deutsche Ideologie") ebenso verbunden, wie mit einer Auseinandersetzung mit den "wahren Sozialisten", die diese Ideologie ins Proletariat tragen wollten.

1a) Der Artikel behandelt auch nicht das Verhältnis Lenins zu anderen linken Positionen in der II. Internationalen (vor allem zu Rosa Luxemburg) und verzichtet auf eine Diskussion der verschiedenen "linken" Kritiken an Lenins Position (vor allem der "Rätekommunisten", wie Pannekoek, Gorter und Paul Mattick). Die Auseinandersetzung mit diesen Positionen, die die Ideologie der Studentenbewegung stark beeinflussten, wird in den weiteren Heften geführt werden, vor allem im Zusammenhang einer Kritik der Publikationen, die anläßlich von Lenins 100. Geburtstag erschienen sind.

Jugend in Russland für sich gewonnen.
Es gab also ein spontanes Erwachen der Arbeitermassen, ein Erwachen zu bewusstem Leben und bewusstem Kampf, als auch eine mit der sozialdemokratischen Theorie gewappnete revolutionäre Jugend, die es stürmisch zu den Arbeitern hinzog."
(Was tun?, AWI, S. 167; vgl. Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie, 1899, W IV, S.251 ff.) Die Verbindung von revolutionärer Theorie und Arbeiterbewegung, von sozialistischer Intelligenz und Arbeiterklasse, ist für Lenin das entscheidende historisch-taktische Problem (1b), das die Entstehungsgeschichte der sozialdemokratischen Partei bestimmt und aus dem heraus Lenins erbitterter Kampf gegen den Opportunismus und den kleinbürgerlichen Revolutionismus zu verstehen ist. Es gab grundsätzlich zwei alternative Perspektiven, die P.B. Axelrod 1898 folgendermaßen skizziert hatte, und die von Lenin zustimmend zitiert werden. Die eine Perspektive: "Die Arbeiterbewegung verlässt nicht das enge Flussbett rein wirtschaftlicher Zusammenstöße der Arbeiter mit den Unternehmern, und an und für sich, in ihrer Gesamtheit fehlt ihr der politische Charakter; im Kampf für die politische Freiheit aber folgen die fortgeschrittenen Schichten des Proletariats den revolutionären Zirkeln und Fraktionen der Intelligenz." Die andere Perspektive: "Die Sozialdemokratie organisiert das russische Proletariat zu einer selbständigen politischen Partei, die für die Freiheit kämpft, zum Teil in einer Reihe und im Bunde mit den bürgerlichen revolutionären Fraktionen (insofern solche vorhanden sein werden), zum anderen Teil aber, indem sie die Elemente aus der Intelligenz, die dem Volke am meisten ergeben und am revolutionärsten sind, direkt in ihre Reihen zieht oder an sich reisst."
(Zit. Lenin, Protest russischer Sozialdemokraten, 1899, W IV, S. 172).

Die Frage stellte sich also so: Gelingt es der Arbeiterklasse mit Hilfe der sozialdemokratischen Intellektuellen sich zur selbständigen politischen Partei zu organisieren, oder beschränkt sie sich auf den ökonomischen Kampf und gerät damit politisch ins Schlepptau der "revolutionären Zirkel und Fraktionen der Intelligenz". Das bedeutete in der historischen Situation den ideologischen Kampf verschiedener Richtungen in der revolutionären Intelligenz um den Einfluss auf das Proletariat, nicht aber die Alternative zwischen "reiner Arbeiterbewegung" oder Führung der Arbeiterklasse durch die Intellektuellen, unter der dieser Kampf von den russischen Ökonomisten demagogisch geführt wurde. Das Primat der marxistischen Theorie in der Arbeiterbewegung und damit die Konstituierung des Proletariats als selbständiger revolutionärer Kraft, setzte voraus, dass sich die "Elemente aus der Intelligenz, die dem Volke am meisten ergeben und am revolutionärsten sind", zur Arbeiterklasse übergingen; daß das "spontane Erwachen der Arbeitermassen" sich mit einer "mit der sozialdemokratischen Theorie gewappneten Jugend, die es stürmisch zu den Arbeitern hinzog", traf. Diese Verbindung musste auf dem Boden des revolutinären Marxismus hergestellt werden, um der Arbeiterklasse gerade durch sie ihre Selbständigkeit zu ermöglichen. Diese Selbständigkeit mußte gerade "im Kindesalter" der Arbeiterbewegung gegen die viel mächtigere bürgerliche Ideologie, die auf Grund ihrer Tradition und ihrer vielseitigen Entwicklung in der Arbeiterklasse immer schon verbreitet ist, ständig erkämpft werden. Wer die spontane Arbeiterbewegung sich selbst überliess, überliess sie in Wahrheit der bürgerlichen Ideologie.
"Die Sozialdemokratie ist die Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus, ihre Aufgabe besteht nicht darin, der Arbeiterbewegung in jedem einzelnen Stadium passiv zu dienen, sondern darin, die Interessen der Gesamtbewegung als ganzes zu vertreten, dieser Bewegung ihr Endziel, ihre politischen Aufgaben zu weisen, ihre politische und ideologische Selbständigkeit zu wahren. Von der Sozialdemokratie losgerissen, verflacht die Arbeiterbewegung und verfällt unweigerlich in Bürgerlichkeit: Führt die Arbeiterbewegung bloss den ökonomischen Kampf, so verliert sie ihre politische Selbständigkeit, wird sie zum Anhängsel anderer Parteien und übt Verrat an dem großen Vermächtnis: 'Die Befreiung der Arbeiter muss das Werk der Arbeiter selbst sein'."
(Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung, "Iskra", Nr. 1, Dez. 1900, W IV, S. 367). Sozial bedeutete die Verschmelzung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung die Verbindung der sozialistischen Intelligenz mit den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterbewegung unter Führung der marxistischen Theorie. Sie setzte eine weitgehende Ausbildung der marxistischen Theorie unter der Intelligenz voraus und eine bestimmte Entwicklung des spontanen Kampfes der Arbeiterbewegung. In Russland "stand der Sozialismus sehr lange abseits vom Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten, von Arbeiterstreiks usw. Einerseits verstanden die Sozialisten nicht die Theorie von Marx, von der sie meinten, dass sie auf Russland nicht anwendbar sei; andererseits steckte die russische Arbeiterbewegung noch ganz in ihrer Keimform. Als 1875 der "Südrussische Arbeiterbund" und 1878 der "Nordrussische Arbeiterbund" gegründet wurden, da standen diese Arbeiterorganisationen der Richtung der russischen Sozialisten fern; diese Arbeiterorganisationen forderten für das Volk politische Rechte, sie wollten für diese Rechte kämpfen, die russischen Sozialisten aber hielten damals irrigerweise den politischen Kampf für eine Abweichung vom Sozialismus. Doch die russischen Sozialisten blieben bei ihrer unterentwickelten falschen Theorie nicht stehen. Sie schritten vorwärts, sie machten sich die Theorie von Marx zu eigen, sie entwickelten in Anwendung auf Russland die Theorie des Arbeitersozialismus, die Theorie der russischen Sozialdemokraten. Die Gründung der russischen Sozialdemokratie ist das Hauptverdienst der Gruppe "Befreiung der Arbeit" Plechanows, Axelrod und ihrer Freunde. Seit Gründung der russischen Sozialdemokratie (1883) hat sich die russische Arbeiterbewegung jedesmal, wenn sie auf breiter Front hervortrat, den russischen Sozialdemokraten unmittelbar genähert und das Bestreben gezeigt, sich mit ihnen zu verschmelzen. Die Gründung der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands" (im Frühjahr 1898) bedeutete einen gewaltigen Schritt vorwärts auf dem Wege zu dieser Verschmelzung. Heute ist die Hauptaufgabe aller russischen Sozialisten und aller klassenbewussten russischen Arbeiter, diese Verschmelzung dauerhaft zu machen, die "Sozialdemokratische

Arbeiterpartei" zu festigen und zu organisieren. Wer von dieser Verschmelzung nichts wissen will, wer künstlich eine Trennung zwischen der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie in Russland herbeizuführen sucht, der bringt der Sache des Arbeitersozialismus und der Arbeiterbewegung in Russland nicht Nutzen sondern S c h a d e n." (Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie, 1899, W IV, S. 252). Die Verschmelzung der Sozialdemokratie mit der Arbeiterbewegung setzte den entschiedensten Kampf gegen jene Ideologien voraus, die die Arbeiterbewegung direkt der Bourgeoisie untertan machen wollten und gegen jene Ideologeien, die die Arbeiterbewegung ihrer eigenen spontanen Entwicklung überlassen und sie mittelbar der Bourgeoisie ausliefern wollten: den Kampf gegen die Volkstümler einerseits und gegen die Ökonomisten andererseits. Beide Ideologien und ihr Einfluss auf die Arbeiterklasse mussten zur Verwirklichung der ersten der beiden Axelrodschen Perspektiven führen.

Wir haben zunächst gezeigt, wie sich Lenin das Problem der Bildung einer selbständigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei stellte, deren Voraussetzungen er in der Entstehung einer marxistischen Intelligenz und einer spontanen Arbeiterbewegung und deren Verwirklichung er in der bewussten Verschmelzung dieser beiden von einander unabhängigen Entwicklungen sah. Die Parteibildung vollzog sich in Russland in verschiedenen Phasen mit jeweils verschiedenen Feinden dieser Verschmelzung, im Kampf gegen die Volkstümler, die diese Verschmelzung g r u n d s ä t z l i c h sabotierten und die revolutionäre Funktion des Proletariats leugneten, im Kampf gegen die Ökonomisten und Terroristen, die sie t a t s ä c h l i c h sabotierten, indem sie das Primat des politischen Kampfes leugneten, und im Kampf gegen die Menschewiki, die die Verschmelzung in Worten anerkannten, aber ihre organisatorischen Konsequenzen zu ziehen nicht bereit waren. Die erste Phase war durch die Auseinandersetzung weniger marxistischer Theoretiker gegen die etablierte Ideologie der kleinbürgerlichen Intelligenz, die zweite Phase durch die Auseinandersetzung innerhalb und zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Zirkeln bestimmt. Die dritte Phase war der Kampf um die Überwindung des Zirkelwesens durch die sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sie waren notwendige Phasen in der Parteibildung des Proletariats, das als Produkt der bürgerlichen Produktionsverhältnisse sich nur mühsam von der bürgerlichen Ideologie befreien kann und zu dieser Befreiung der abgefallenen Bourgeoisideologen bedarf. Aber gerade die abgefallenen Bourgeoisideologen, die sich selbst bloß mühsam von der Bourgeoisie lösen, gefährden diese Befreiung ständig. Das Verhältnis von revolutionärer Intelligenz und Arbeiterbewegung ist ein Zentralproblem auf dem Weg des Proletariats zu seiner eigenen Befreiung. Seine richtige Behandlung, die bloß politisch-inhaltlich sein kann und nicht formal-soziologisch, kann in den Werken Lenins studiert werden.

III. Die Herausbildung der revolutionären Theorie: der Embryonalzustand der Partei.

Kampf gegen die Volkstümler.

Die Rezeption und Herausbildung der marxistischen Theorie in Russland und damit der theoretischen Möglichkeit ihrer Verschmelzung mit der Arbeiterbewegung vollzog sich im Kampf gegen die Volkstümler. Es war die Auseinandersetzung zwischen sozialdemokratischer Intelligenz und bürgerlich/kleinbürgerlicher Intelligenz um die ideologische Vorherrschaft i n n e r h a l b jenes Teils der Intelligenz, der auf dem Boden diffuser "sozialistischer" Anschauungen in Opposition zur Selbstherrschaft stand. Die Aufgabe der Marxisten war es, den Klassenstandpunkt der verschiedenen"Strömungen" aufzuzeigen und den Standpunkt des Proletariats herauszuarbeiten. Diese Auseinandersetzung innerhalb der Intelligenz war das Vorzeichen auf die Verschärfung der Klassenkämpfe, denn die Intelligenz "heisst gerade darum Intelligenz, weil sie die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierungen in der ganzen Gesellschaft am bewusstesten, am entschiedensten und am genauesten widerspiegelt." (Die Aufgaben der revolutionären Jugend, 1903, W VII, S. 32). In dieser Auseinandersetzung zerstörte Lenin den Mythos von der ständelosen Intelligenz gründlich, indem er ihn "mit d e r L a g e und den Interessen der gegebenen Klassen der russischen Gesellschaft" verglich. Den schwankenden kleinbürgerlichen Teilen der Intelligenz, die sich nach der früheren Einheit der Intelligenz im Kampf gegen den Feudalismus zurücksehnten, hielt er entgegen: gerade die Beseitigung des Feudalismus liess den ökonomischen Antagonismus hervortreten, der sich in der Zerstörung der Einheit der Intelligenz bloß widerspiegelte: "Wie sehr muss man sich doch in süßen Träumen wiegen, um diesen Antagonismus, der eine so gewaltige Entwicklung erfahren hat, bis heute nicht zu sehen, um die Rückkehr der Zeiten der Solidarität herbeizuwünschen, während die Wirklichkeit Kampf erheischt und verlangt, dass jeder, der nicht FREIWILLIGER oder UNFREIWILLIGER Handlanger der Bourgeoisie sein will, auf die Seite des Proletariats treten muss." (Was sind die "Volksfreunde", 1894, W I, S. 299).

In Auseinandersetzung mit den Volkstümlern, die die Entwicklung des Kapitalismus in Russland leugneten und deshalb den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat vertuschten, stellte Lenin die Aufgabe der theoretischen Analyse entgegen, die die wirklichen Tendenzen der Gesellschaft aufwies und zur Grundlage der klassenspezifischen Propaganda und Agitation machte: Nur der Teil der revolutionären Intelligenz, der sich dieser Aufgabe stellt, und damit den ideologischen Kampf gegen Selbstherrschaft u n d Bourgeoisie aufnimmt, kann die Verschmelzung von Sozialismus und Arbeiterbewegung einleiten, die in der gesellschaftlichen Entwicklung angelegt ist und bewusst in Angriff genommen werden muß. Weil die marxistische Theorie die wissenschaftlich korrekte Antwort auf die praktischen Fragen des Proletariats gibt, muss das erwachende Proletariat sich diese Theorie "unvermeidlich" aneignen.

"Die sozialistische Intelligenz kann nur dann auf eine fruchtbringende Arbeit rechnen, wenn sie mit den Illusionen Schluss macht und daran geht, ihre Stütze in der wirklichen, nicht aber in der erwünschten Entwicklung Russlands, in den wirklichen, nicht aber in den möglichen sozialökonomischen Verhältnissen zu suchen. Ihre THEORETISCHE Arbeit wird dabei in der konkreten Untersuchung aller Formen des wirtschäftlichen Antagonismus in Russland, in der Untersuchung ihres Zusammenhanges und ihrer folgerichtigen Entwicklung bestehen müssen; sie muss diesen Antagonismus überall bloßlegen, wo er durch die politische Geschichte, durch die Besonderheiten der Rechtsverhältnisse und durch eingewurzelte theoretische Vorurteile verhüllt wird. Sie muss ein in sich geschlossenes Bild unserer Wirklichkeit als eines bestimmten Systems von Produktionsverhältnissen geben, die Notwendigkeit der Exploitation und Expropriation der Werktätigen unter diesem System zeigen, sie muss den Ausweg aus diesen Zuständen zeigen, auf den die wirtschaftliche Entwicklung hinweist.
Auf der detaillierten und eingehenden Untersuchung der russischen Geschichte und Gegenwart fußend, muß diese Theorie auf die Fragen Antwort geben, die das Proletariat stellt, und wenn sie den wissenschaftlichen Anforderungen genügt, so wird jeder erwachende Protest im Proletariat den Gedanken unvermeidlich in die Bahn des Sozialsdemokratismus leiten. Je weiter die Ausarbeitung dieser Theorie fortschreitet, um so schneller wird der Sozialdemokratismus an Boden gewinnen, da auch die schlauesten Hüter der Ordnung nicht imstande sind, das Erwachen der proletarischen Ideen zu verhindern, und zwar deshalb nicht, weil diese Ordnung selbst notwendigerweise und unvermeidlich eine stets zunehmende Expropriation der Produzenten, ein immer stärkeres Anwachsen des Proletariats und seiner Reservearmee mit sich bringt - und dies parallel mit dem Wachsen des gesellschaftlichen Reichtums, mit dem gewaltigen Wachstum der Produktivkräfte und der Vergesellschaftung der Arbeit durch den Kapitalismus. " (a.a.O. S. 301)

Lenin sieht in der richtigen theoretischen Arbeit und der konkreten Untersuchung aller Formen des wirtschaftlichen Antagonismus die entscheidende Gewähr für "die Verschmelzung" zwischen Sozialismus und Arbeiterbewegung, wobei Theorie und Praxis, weil die Theorie die realen Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung anspricht und fördert, zur Einheit werden: "Wenn man freilich die Aufgabe der Sozialisten darin sieht, 'andere' (als die tatsächlichen) 'Entwicklungswege' des Landes zu suchen, dann wird die praktische Arbeit natürlich erst dann möglich sein, wenn geniale Philosophen diese 'anderen Wege' gefunden und gewiesen haben; und umgekehrt, sind einmal diese Wege gefunden und gewiesen, dann hört die theoretische Arbeit auf, und die Arbeit derer beginnt, die das 'Vaterland' auf den 'neuentdeckten' 'anderen Weg' führen sollen. Ganz anders ist es, wenn man die Aufgabe der Sozialisten darin sieht, die ideologischen Führer des Proletariats in seinem wirklichen Kampf gegen die tatsächlichen, die echten Feinde zu sein, die ein Hindernis auf dem wirklichen Weg der gegebenen sozialökonomischen Entwicklung sind. Unter dieser Bedingung verschmelzen theoretische und praktische Arbeit zu einer einzigen Arbeit, die der Veteran der deutschen Sozialdemokratie, Liebknecht, so treffend mit den Worten gekennzeichnet hat:

Studieren, Propagandieren, Organisieren.

Ohne die oben erwähnte theoretische Arbeit kann man kein ideologischer Führer sein, wie man es auch nicht sein kann, ohne diese Arbeit den Erfordernissen der Sache anzupassen, ohne die Resultate dieser Theorie unter den Arbeitern zu propagieren und ihnen zu helfen, sich zu organisieren. Diese Aufgabenstellung bewahrt die Sozialdemokratie vor den Mangeln, an denen sozialistische Gruppen so oft leiden - vor Dogmatismus und Sektierertum.

Wo die Übereinstimmung mit dem wirklichen Prozess der sozialökonomischen Entwicklung zum obersten und einzigen Kriterium einer Doktrin gemacht wird, da kann es keinen Dogmatismus geben; wenn die Aufgabe darin besteht, die Organisierung des Proletariats zu fördern, wenn folglich die Rolle der 'Intelligenz' darin besteht, besondere, intellektuelle Führer überflüssig zu machen, kann es kein Sektierertum geben." (a.a.O., S.301 f.)

Lenin beschränkt sich 1894 auf die Skizzierung der allgemeinen Aufgaben der Sozialdemokratie, wobei der Schwerpunkt auf die theoretische Arbeit und die Propaganda gelegt wird. Zu organisieren war zunächst diese theoretische Arbeit und die Propaganda der sozialdemokratischen Intellektuellen. Diese Propaganda musste sich vor allem an das Fabrikproletariat richten, weil zwar die "Ausbeutung der Werktätigen in Russland ihrem Wesen nach überall kapitalistisch" war, aber bloß die "Ausbeutung des Fabrikproletariats im großen Masstab, vergesellschaftet und konzentriert", erfolgte (S. 303): "Dem Arbeiter kann schon nicht mehr verborgen bleiben, dass ihn das Kapital unterdrückt und daß es die Klasse der Bourgeoisie ist, gegen die der Kampf geführt werden muss. Dieser Kampf nun, der auf die Behebung der unmittelbarsten wirtschaftlichen Nöte, auf die Verbesserung seiner materiellen Lage gerichtet ist, verlangt von den Arbeitern unabweisbar, dass sie sich organisieren, er wird unvermeidlich zu einem Kampf gegen eine Klasse, gegen diejenige Klasse, die nicht bloß in den Fabriken und Werken, sondern überall die Werktätigen unterdrückt und unterjocht. Eben deshalb ist der Fabrikarbeiter nichts anderes als der fortgeschrittene Repräsentant der gesamten ausgebeuteten Bevölkerung, und damit er diese seine Aufgabe in einem organisierten, beharrlichen Kampf verwirkliche, ist es keineswegs erforderlich, ihn durch irgendwelche Perspektiven" mitzureissen - dazu ist nur erforderlich, dass man ihn über seine Stellung aufklärt, über die politisch ökonomische Struktur des ihn unterdrückenden Systems und über die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des Klassenantagonismus in diesem System...
Die zersplitterte, vereinzelte Ausbeutung in kleinem Maßstab fesselt die Werktätigen an den Ort, isoliert sie

voneinander, und hindert sie daran, sich ihrer Klassensolidarität bewusst zu werden, hindert sie daran sich zu vereinigen, auch wenn sie erkannt haben, daß die Ursache der Unterdrückung nicht diese oder jene Person, sondern das ganze Wirtschaftssystem ist. Der Großkapitalismus dagegen sprengt unvermeidlich jede Bindung der Arbeiter an die alte Gesellschaft, an einen bestimmten Ort und einen bestimmten Ausbeuter; er vereinigt sie, zwingt sie zum Denken und versetzt sie in Verhältnisse, die ihnen die Möglichkeit geben, zum organisierten Kampf überzugehen. Gerade der Arbeiterklasse wenden die Sozialdemokraten daher ihre Aufmerksamkeit zu, auf sie richten sie ihre ganze Tätigkeit aus. Wenn die fortgeschrittenen Repräsentanten der Arbeiterklasse sich den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus zu eigen gemacht haben, wenn sie sich der historischen Rolle bewusst geworden sind, wenn diese Ideen weite Verbreitung erlangt, die Arbeiter feste Organisationen gegründet und diese den heute zersplitterten ökonomischen Kampf der Arbeiter in bewusst geführten Klassenkampf verwandelt haben - dann wird sich der russische ARBEITER erheben, sich an die Spitze aller demokratischen Elemente stellen, den Absolutismus stürzen und das RUSSISCHE PROLETARIAT (Schulter an Schulter mit dem Proletariat ALLER LÄNDER) a u f d e m d i r e k t e n W e g e d e s o f f e n e n p o l i t i s c h e n K a m p f e s der SIEGREICHEN KOMMUNISTISCHEN REVOLUTION entgegenführen." (a.a.O. S. 303 f).

Wir haben so ausführlich aus Lenins früher Schrift von 1894 zitiert, um jenen entgegenzutreten, die behaupten, Lenin habe deshalb den politischen Kampf und die politische Organisation vereinseitigt, weil er in dem spezifisch unterentwickelten Russland halt nicht anders gekonnt hätte. Lenin ging aber tatsächlich immer vom großindustriellen Fabrikproletariat aus, das in seinem spontanen ökonomischen Kampf erst die Bedingungen schafft unter denen der Sozialismus seine Massenbasis finden kann. Überhaupt ist die pauschale Auffassung, Russland sei vor der russischen Revolution ein weithin vorkapitalistischer und vorindustrieller Staat gewesen, völlig falsch. Was die vorkapitalistischen Verhältnisse betrifft, so machte Lenin den Volkstümlern schon 1894 in dieser Hinsicht die Rechnung auf und überführte sie der schlichten Ignoranz. (Siehe vor allem auch "Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland, 1899, W III, pass.). Die formelle Subsumption der Arbeit unter das Kapital war zu dieser Zeit schon weitgehend abgeschlossen und die reele Subsumption der Arbeit unter das große Industriekapital machte rasche Fortschritte. Schließlich lieferten gerade die Massenstreiks der Revolution von 1905 der bedeutendsten westeuropäischen Theoretikerin des Sozialismus, Rosa Luxemburg, das Material für ihr Buch "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften". Das Kennzeichen des vorrevolutionären Russland sind gerade die ungeheuren Widersprüche zwischen großindustrieller Produktion, noch nicht ganz abgeschlossener Kapitalisierung der Landwirtschaft innerhalb einer vorbürgerlichen politischen Verfassung.

Die leninistischen P r i n z i p i e n kommunistischer Taktik und Organisation sind eine Konkretion des Marxismus und zwar nicht bloß für die spezifisch russischen Verhältnisse, sondern für den entwickelten Klassenkampf generell. 1894, als die großindustrielle Produktion noch gering entwickelt war und die Klassenkämpfe sich erst in vereinzelten ökonomischen Streiks äußerten, beschränkte sich Lenin auf die marxsche abstrakte Auffassung des Verhältnisses von ökonomischem und politischem Kampf, wie sie dieser im Kommunistischen Manifest entwickelt hatte, und wie sie von Rosa Luxemburg übernommen und auf derselben Abstraktionsstufe beibehalten wurde. Der Klassenkampf und die Organisation des Proletariats wird als Konsequenz der Konzentration der Produktion und als Zusammenfassung der vereinzelten ökonomischen Streiks begriffen. Auf dieser Abstraktionsstufe stehen, entsprechend der geringen Entwicklung des Klassenkampfes, auch Lenins zitierte Auffassungen, die später nicht umgestoßen, sondern entsprechend der Entfaltung der Klassenkämpfe konkretisiert wurden.

Im Mittelpunkt der revolutionären Propaganda und Agitation stehen die Fabrikarbeiter, deren Arbeit schon reel dem Kapital subsummiert ist und die als Produkt des fortgeschrittenen kapitalistischen Produktionsprozesses Repräsentant des gesamten Proletariats sind. Ihre Lage treibt sie von selbst über den Kampf gegen den vereinzelten Untenehmer hinaus; wird zum Klassenkampf. Der Produktionsprozess "vereinigt sie, zwingt sie zum Denken und versetzt sie in Verhältnisse, die ihnen die Möglichkeit geben, zum organisierten Kampf überzugehen". Damit der Fabrikarbeiter seine revolutionäre Aufgabe erfüllt" - dazu ist nur erforderlich, dass man i h n ü b e r s e i n e S t e l l u n g a u f k l ä r t, über die politisch-ökonomische Struktur des ihn unterdrückenden Systems und über die Notwendigkeit und die Unvermeidlichkeit des Klassenantagonismus in diesem System". W e l c h e Organisationsformen notwendig sind, um den vereinzelten ökonomischen Kampf zum politischen Klassenkampf zu entwickeln, w i e die Verbindung von marxistischer Theorie und Arbeiterbewegung, das politische Klassenbewußtsein hergestellt werden kann, - diese Frage stellte sich konkret erst durch die Massenkämpfe selbst, die seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre Russland zunehmend erschütterten und in der Revolution von 1905 ihren vorläufigen Höhepunkt fanden. Lenin fasste die Phase bis 1894, die eine Beantwortung dieser konkreten Fragen der Parteibildung noch gar nicht zuliessen im Schlusskapitel von "Was tun?" folgendermaßen zusammen: "Das war die Periode, in der die Theorie und das Programm der Sozialdemokratie entstanden und sich konsolidierten. Die Zahl der Anhänger konnte an den Fingern abgezählt werden. Die Sozialdemokratie existierte ohne Arbeiterbewegung und machte als Partei einen embryonalen Prozess durch." (AW I, S.303)

IV. Der Kampf gegen die Anbeter der Spontaneität und der Aufbau der Organisation der Revolutionäre. Kampf gegen Ökonomismus und Terrorismus.

Die Phase der Auseinandersetzung mit den Volkstümlern war vor allem durch die Erarbeitung der marxistischen Theorie, der marxistischen Analyse des Kapitalisierungs-

prozesses in Russland und die Verbreitung ihrer Ergebnisse innerhalb der revolutionären Intelligenz bestimmt, um die Propaganda und Agitation in der Arbeiterklasse einzuleiten. Erst die Massenkämpfe des Petersburger Proletariats machten die Verschmelzung von Sozialismus und Arbeiterbewegung zur unmittelbaren Aufgabe: "Gegenwärtig (Ende 1897) ist, von unserem Standpunkt aus gesehen, die praktische Tätigkeit der Sozialdemokraten die brennendste Frage. Wir heben die praktische Seite des Sozialdemokratismus hervor, weil seine theoretische Seite allem Anschein nach schon über die Periode der schärfsten Auseinandersetzungen hinaus ist, in der einerseits die Gegner ihr mit hartnäckigem Unverständnis begegneten und die größten Anstrengungen gemacht wurden, die neue Richtung gleich in ihren Anfängen zu ersticken, und andererseits die Prinzipien des Sozialdemokratismus leidenschaftlich verteidigt wurden. Die theoretischen Anschauungen der Sozialdemokraten scheinen jetzt in ihren Haupt- und Grundzügen genügend geklärt zu sein. Von der praktischen Seite des Sozialdemokratismus, von seinem politischen Programm, von seinen Arbeitsmethoden und seiner Taktik lässt sich das nicht behaupten." (Die Aufgaben der russischen Sozialdemokratie, 1902, W II, S.329f). Die Frage der Notwendigkeit der Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterklasse, die in der Auseinandersetzung mit den kleinbürgerlichen Intellektuellen, den Volkstümlern, im Mittelpunkt gestanden hatte, und theoretisch gelöst war und damit den Marxismus als eigenständige Richtung in der revolutionären Intelligenz konstituiert hatte, mußte jetzt als Frage, wie diese Verschmelzung durchgeführt werden sollte, praktisch gelöst werden. Die theoretische Auseinandersetzung zwischen marxistischen Intellektuellen und Volkstümlern, zwischen bürgerlicher und sozialistischer Intelligenz, spitzte sich als Auseinandersetzung innerhalb der sozialdemokratischen Intelligenz selbst zu. Dass sich hier die Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher Ideologie und proletarischer Ideologie innerhalb der Sozialdemokratie fortsetzte, hat Lenin immer wieder herausgearbeitet, aber er hat sie selbstverständlich nicht auf eine Frage der Herkunft reduziert, sondern in der Analyse des Klasseninhalts der jeweiligen Ideologien ihre prinzipielle Bedeutung aufgewiesen. Der sozialdemokratischen Intelligenz war es noch keineswegs gelungen, sich fest mit der Arbeiterklasse zu verbinden; die Auseinandersetzung entzündete sich an dem Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf. In ihrem Mittelpunkt stand die Frage des Aufbaus der Sozialdemokratie als selbständiger Partei des Proletariats. Ihre Schärfe erklärt sich gerade aus ihrem Stellenwert in der Frühphase der Parteibildung, wo die taktischen Prinzipien unter denen diese stehen sollte, erst noch entwickelt werden mußten, wo die Einheitlichkeit der Partei durch Abstoßung aller bürgerlichen Elemente erkämpft werden mußte.

In dem Artikel "Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten" (a.a.O. S.348/50) heisst es: "Die russische Sozialdemokratie ist noch sehr jung. Sie tritt eben erst aus jenem Stadium heraus, in dem die theoretischen Fragen den dominierenden Platz einnahmen. Sie beginnt erst, ihre praktische Tätigkeit zu entfalten (...) Den russischen Sozialdemokraten steht noch sehr viel Arbeit bevor, um die Bedürfnisse des Proletariats zu befriedigen, die Arbeiterbewegung zu organisieren, die revolutionären Gruppen und die Verbindung zwischen ihnen zu festigen, die Arbeiter mit Propaganda- und Agitationsliteratur zu versehen, die über ganz Russland verstreuten Arbeiterzirkel und sozialdemokratischen Gruppen zu einer einheitlichen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu vereinigen!"

1898 wurde die SDAPR formell gegründet. Dieser erste Versuch der Parteigründung hatte jedoch keine praktische Bedeutung. Weder wurde ein Programm und ein Statut verabschiedet, noch eine zentrale Leitung eingesetzt. Das Zirkelwesen blieb weiterhin bestehen. Die Bedingungen für die ideologische Einheit als Grundvoraussetzung der festen Organisation wurden erst im Kampf der "Iskra" gegen die Ökonomisten geschaffen. In dem "Entwurf einer Ankündigung der Redaktion der 'Iskra' und der 'Sarja' " (1900, W IV, S. 316) schreibt Lenin: "Wir leben in einem äusserst bedeutungsvollen Zeitpunkt der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung und der russischen Sozialdemokratie; alles scheint darauf hinzuweisen, dass sich unsere Bewegung in einem kritischen Stadium befindet: Sie hat sich so weit ausgebreitet und in den verschiedensten Ecken Russlands so viele gesunde Triebe hervorgebracht, dass sich jetzt mit unaufhaltsamer Kraft ihr Bestreben geltend gemacht, sich zu festigen, eine höhere Form anzunehmen, ein bestimmtes Gesicht und eine bestimmte Organisation herauszuarbeiten. In der Tat, die letzten Jahre sind durch eine erstaunlich rasche Verbreitung der Ideen des Sozialdemokratismus in unserer Intelligenz gekennzeichnet, und dieser Strömung des gesellschaftlichen Denkens kommt die völlig selbständige, spontane Bewegung des Industrieproletariats entgegen, das sich zu vereinigen und gegen seine Unterdrücker zu kämpfen beginnt und dabei ein leidenschaftliches Streben zum Sozialismus offenbart. Überall entstehen Zirkel von Arbeitern und sozialdemokratischen Intellektuellen, es erscheinen lokale, der Agitation dienende Flugblätter, die Nachfrage nach sozialdemokratischen Schriften wächst, das Angebot bei weitem überholend - und auch die verstärkten Repressalien der Regierung sind nicht im Stande, diese Bewegung aufzuhalten." (W IV, S. 317). Der Breite der Bewegung entspricht ihre "Zersplitterung", ihr "handwerklicher Charakter" und ihr "ideologisches Schwanken" (Ankündigung der Redaktion der Iskra, 1900, W IV, S. 349): "Das unter den russischen Sozialdemokraten ein derartiges ideologisches Schwanken zu beobachten ist, dass ein enger Praktizismus, losgerissen von der theoretischen Beleuchtung der Bewegung in ihrer Gesamtheit, die Bewegung in eine falsche Bahn zu lenken droht, das ist eine Tatsache; daran kann niemand zweifeln, der die Sachlage in den meisten unserer Organisation unmittelbar kennt." (a.a.O., S.349). "Ein enger Praktizismus, losgerissen von der theoretischen Beleuchtung der Bewegung in ihrer Gesamtheit kann die Verbindung zwischen dem Sozialismus und der revolutionären Bewegung in Russland einerseits und der spontanen Arbeiterbewegung andererseits zerstören." (S.318) Diese Verbindung kann bloß die Partei sein: "Wir russischen Sozialdemokraten müssen uns vereinigen und alle Anstrengungen auf die Bindung einer starken, unter dem Banner der einheitlichen Sozialdemokratie kämpfenden Partei

richten. Eben diese Aufgabe wurde auch schon auf dem Parteitag von 1898 festgelegt, der die sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands gründete und deren 'Manifest' veröffentlichte. Wir bekennen uns als Mitglieder dieser Partei, teilen voll und ganz die Grundideen des 'Manifestes' und messen ihm, als der offenen Deklaration der Parteiziele, große Bedeutung bei. Darum lautet für uns, als Mitglieder der Partei, die Frage nach unserer nächsten und unmittelbaren Aufgabe folgendermaßen: Welchen Aktionsplan müssen wir haben, um eine Wiederherstellung der Partei zu erreichen, die von Bestand ist?" (a.a.O., S.351) Der Weg, einfach einen Parteitag einzuberufen, eine zentrale Parteiinstitution zu wählen, und das Organ der Partei wieder herauszugeben, sei unzweckmäßig:

"Die Partei schaffen und festigen heißt die Vereinigung aller russischen Sozialdemokraten schaffen und festigen, aus den oben aufgezeigten Gründen (der "Zerfahrenheit" und "Anarchie") läßt sich eine solche Vereinigung nicht dekretieren; sie kann nicht durch den bloßen Beschluss irgendeiner, sagen wir, Versammlung von Delegierten herbeigeführt, sondern muß allmählich entwickelt werden." (a.a.O., S.351). Hergestellt werden müsse erstens die "feste ideologische Vereinigung, die das Durcheinander und die Verwirrung beseitigt"; "und diese ideologische Vereinigung muß verankert werden durch ein Parteiprogramm." Zweitens müsse eine "russische sozialistische Post" entwickelt werden, die eine allseitige Verbindung herstelle. "Erst wenn eine solche Organisation geschaffen ist, wenn eine russische sozialistische Post besteht, wird die Partei festen Bestand haben und zu einer realen Tatsache, also auch zu einer mächtigen politischen Kraft." Um die ideologische Vereinigung zu erreichen, war eine "offene und allseitige Erörterung der wichtigsten prinzipiellen und taktischen Fragen notwendig", "die von den heutigen 'Ökonomisten', Bernsteinianern und 'Kritikern' aufgeworfen sind. Bevor wir uns vereinigen, müssen wir uns zuerst entschieden und bestimmt voneinander absetzen. Sonst wäre unsere Einigung lediglich eine Fiktion, die die vorhandene Zerfahrenheit verhüllt und ihre radikale Beseitigung verhindert."(S.351f) Die Auseinandersetzung mit dem Ökonomismus wurde in der "Iskra" in den nächsten beiden Jahren geführt. Sie ist in "Was tun" zusammengefaßt und systematisiert. Sie verband sich mit der Bekämpfung des "Terrorismus", der von Lenin als die Kehrseite des Ökonomismus erkannt wurde, weil er wie diese die Trennung der revolutionären Intelligenz von der Arbeiterbewegung zur Grundlage hatte, die revolutionäre Theorie nicht in der Masse zu verankern suchte. Während der Ökonomismus die Arbeiterklasse auf den ökonomischen Kampf beschränken und den politischen Kampf an die Intelligenz delegieren wollte, versuchte der "Terrorismus", den politischen Kampf zu führen, ohne sich auf die Arbeiterbewegung zu stützen. Beide zogen nicht die Konsequenz aus den Lehren der russischen Geschichte, die gezeigt hatte, "daß in Russland das sozialistische Denken viel stärker von den fortgeschrittenen Vertretern der werktätigen Klassen getrennt ist als in den anderen Ländern und daß bei einer solchen Trennung die russische revolutionäre Bewegung zur Ohnmacht verurteilt ist. Hieraus ergibt sich ganz von selbst die Aufgabe, die die russische Sozialdemokratie zu verwirklichen berufen ist: Sozialistische Ideen und politisches Bewußtsein in die Massen des Proletariats zu tragen und eine revolutionäre Partei zu organisieren, die mit der spontanen Arbeiterbewegung verbunden ist." ("Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung", 1900, W.4, S.367f.)

Diese Partei mußte "die sozialistischen Kenntnisse und die revolutionären Erfahrungen, die sich die russische revolutionäre Intelligenz aus den Lehren vieler Jahrzehnte erarbeitet hat, vereinigen mit der Kenntnis des Arbeitermilieus und mit der den fortgeschrittenen Arbeitern eigenen Fähigkeit, unter den Massen zu agitieren und sie zu führen. Was wir vor allem und in erster Linie anstreben müssen, ist nicht, eine künstliche Scheidewand zwischen Intellektuellen und Arbeitern zu errichten, nicht, eine "reine Arbeiter"-Organisation zu schaffen, sondern eben die erwähnte Vereinigung." (Vorwort zu der Broschüre "Die Maitage in Charkow", 1901, W.4, S.359).

Die Propaganda der Sozialdemokratie mußte sich auf die bewußten Arbeiter beziehen und ihnen die Ausbildung zu sozialistischen Arbeiterführern ermöglichen: "Die Geschichte der Arbeiterbewegung aller Länder zeigt, daß die Ideen des Sozialismus am frühesten und am leichtesten von den am besten gestellten Arbeiterschichten aufgenommen werden. Aus ihrer Mitte hauptsächlich stammen jene führenden Arbeiter, die jede Arbeiterbewegung hervorbringt, Arbeiter, die es verstehen, das volle Vertrauen der Arbeitermassen zu gewinnen, Arbeiter, die sich ganz und gar der Aufklärung und Organisierung des Proletariats widmen, Arbeiter, die den Sozialismus ganz bewußt aufnehmen und die sogar selbständig sozialistische Theorien ausgearbeitet haben.(...) In Russland gibt es diese "Arbeiterintelligenz" schon, und wir müssen alle Kräfte aufbieten, damit sich ihre Reihen ständig erweitern, damit ihre großen geistigen Ansprüche voll befriedigt werden, damit aus ihren Reihen Führer der Sozialdemokratie hervorgehen. Die Zeitung, die zum Organ aller russischen Sozialdemokraten werden will, muß deshalb auf dem Niveau der fortgeschrittenen Arbeiter stehen; sie darf ihr Niveau nicht künstlich senken, sondern muß es im Gegenteil ständig heben, sie muß alle faktischen, politischen und theoretischen Fragen der internationalen Sozialdemokratie verfolgen. Nur dann werden die Ansprüche der Arbeiterintelligenz befriedigt werden, nur dann wird sie die russische Arbeitersache und folglich auch die russische revolutionäre Sache in ihre Hand nehmen." (Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie, 1899, W.4, S.275).

Lenins Grundproblem bei der Schaffung der Partei war die Vereinigung der sozialdemokratischen Intellektuellen, die sich durch die Erfahrungen und Niederlagen des russischen revolutionären Kampfes zur Theorie des Marxismus hochgearbeitet hatten und der Arbeiterintelligenz als dem bewußten Kern der spontanen Arbeiterbewegung und die feste Verankerung der so geschaffenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, wobei der Name eben diese Vereinigung zum Ausdruck bringen sollte, in der Arbeiterklasse. Bis zum II. Parteitag, der diese Vereinigung vollziehen sollte, galt der Hauptkampf deshalb jenen ideologischen Richtungen, die diese Verein-

gung sabotieren wollten, dem Ökonomismus und dem Terrorismus als Kehrseiten ein und desselben Versuchs, den politischen und den ökonomischen Kampf, die sozialdemokratische Intelligenz und die Arbeiterbewegung zu trennen:

"Die Ökonomisten und die Terroristen sind Anbeter verschiedener Pole der spontanen Richtung: die Ökonomisten - der Spontaneität der "reinen Arbeiterbewegung", die Terroristen - der Spontaneität der leidenschaftlichsten Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verloren oder nie besessen hat, dem fällt es tatsächlich schwer, für seine Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror. So ist die Anbetung der Spontaneität bei beiden von uns genannten Richtungen nichts anderes, als der Anfang zur Verwirklichung des berühmten Programms des "Credo". Die Arbeiter führen ihren "ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" (...) - die Intellektuellen aber führen den politischen Kampf aus eigenen Kräften, natürlich mit Hilfe des Terrors!"("Was tun?", AW I, S.208)

Den "Anhängern der 'reinen Arbeiterbewegung'", den "Gegnern jeder nichtproletarischen Intelligenz (selbst wenn es sich um die sozialdemokratische Intelligenz handelt)" (a.a.O., S.173), stellt Lenin die "Organisation der Revolutionäre" gegenüber:

"Der politische Kampf der Sozialdemokratie ist viel umfassender und komplizierter als der ökonomische Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung. Genauso (und infolgedessen) muß die Organisation der revolutionären sozialdemokratischen Partei unvermeidlich anderer Art sein als die Organisation der Arbeiter für diesen Kampf. Die Organisation der Arbeiter muß erstens eine gewerkschaftliche sein; zweitens muß sie möglichst umfassend sein; drittens muß sie möglichst wenig konspirativ sein (ich spreche natürlich hier und weiter unten nur vom autokratischen Russland). Die Organisation der Revolutionäre dagegen muß vor allem und hauptsächlich Leute erfassen, deren Beruf die revolutionäre Tätigkeit ist (darum spreche ich von der Organisation der Revolutionäre, wobei ich die revolutionären Sozialdemokraten im Auge habe). Hinter dieses allgemeine Merkmal der Mitglieder einer solchen Organisation muß jeder Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen, von den beruflichen Unterschieden der einen und der andern ganz zu schweigen, völlig zurückzutreten." (a.a.O., S.241)

Lenins Ausgangspunkt bei der Schaffung dieser Organisation war, "daß die Stärke der heutigen Bewegung im Erwachen der Massen (und vor allem des Industrieproletariats) besteht, ihre Schwäche aber in mangelnder Bewußtheit und Initiative bei den revolutionären Führern." Die zentrale Aufgabe dieser Phase bestand also darin, die Führer des Proletariats zu schulen, ihre Initiative zu steigern und zu organisieren, und die Verbindung dieser Organisation der Berufsrevolutionäre mit den spontanen Kämpfen der Massen herbeizuführen. Aus dieser Aufgabe ergibt sich die Notwendigkeit der Bekämpfung der Ökonomisten und ihrer "Anbetung der Spontaneität, d.h. dessen, was 'im gegebenen Moment' da ist".(AW I, S.159). Die Ökonomisten werden von Lenin nicht etwa bekämpft, weil er die Bedeutung der Spontaneität unterschätzte, sondern weil er einen historischen Begriff der Spontaneität hatte, der ihn Spontaneität nicht als etwas Anbetungswürdiges, sondern als "Keimform der Bewußtheit" (S.166) begreifen ließ. Spontaneität ist Voraussetzung des Bewußtseins und muß zum Bewußtsein weiterentwickelt werden. Das so entwickelte Bewußtsein hebt die Spontaneität auf eine höhere Stufe. Genausowenig wie Spontaneität und Bewußtheit abstrakte Gegensätze sind, sind dies die Klasse, die Organisation der Arbeiter und die Organisation der Revolutionäre. Wird aber der Unterschied zwischen Spontaneität und Bewußtsein verwischt, dann wird darauf verzichtet, die "Keimformen des Klassenkampfes" (ebenda) zum revolutionären Klassenkampf fortzuentwickeln, was gerade die Aufgabe der revolutionären Organisation ist. Die Notwendigkeit der Organisation der Revolutionäre ergibt sich aus der historischen Tatsache, daß eben die Arbeiterklasse erst spontan handelt und noch kein revolutionäres Klassenbewußtsein entwickelt hat. Wie sich die Differenz von Avantgarde und Klasse aus dem Unterschied von Spontaneität und Bewußtsein ergibt, so ist im Begriff der Spontaneität als Keimform der Bewußtheit schon die Möglichkeit der Aufhebung dieser Differenz gezeichnet. Der Verzicht auf die Organisation der Revolutionäre bedeutet den Verzicht, diese Möglichkeit zu aktualisieren, bedeutet praktisch die Hinnahme des Kapitalismus, bedeutet den Verrat der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie. Das Verhältnis von Spontaneität und Bewusstheit ist also historisch bestimmt und entsprechend das Verhältnis von Klasse und Avantgarde. Aus der Einschätzung dieses Verhältnisses leitet Lenin sowohl seine spezifischen Vorschläge für die Organisation der Revolutionäre ab, als auch die Aufgaben dieser Organisation. Dieses Verhältnis ist in der Zeit der Niederschrift von "Was tun?" für Lenin bestimmt durch die Entstehung einer Massenbewegung der Arbeiter und den vor allem ökonomischen Charakter dieser Massenbewegung. Die Aufgaben, die sich aus dieser Situation für die Sozialdemokratie ergeben, können "in zweifacher Weise aufgefasst werden: entweder im Sinne der Anbetung der Spontaneität dieser Bewegung, d.h. der Reduzierung der Rolle der Sozialdemokratie auf die einer einfachen Dienerin der Arbeiterbewegung als solcher (Auffassung der "Rabotschaja Mysl", der "Gruppe der Selbstbefreiung" und der übrigen Ökonomisten); oder aber in dem Sinne, dass die Massenbewegung uns vor neue theoretische, politische, organisatorische Aufgaben stellt, die viel komplizierter sind als diejenigen, mit denen man sich in der Periode vor der Entstehung der Massenbewegung begnügen konnte" (S.180 f) (2). Der Aufschwung der Massenbewegung stellt der Sozialdemokratie praktisch das Problem der Führung:

"Je stärker der spontane Aufschwung der Massen ist, je breiter die Bewegung wird, desto schneller, unvergleich-

lich schneller wächst das Bedürfnis nach einer Masse von Bewußtheit sowohl in der theoretischen als auch in der politischen und organisatorischen Arbeit der Sozialdemokratie.
Der spontane Aufschwung der Massen in Rußland ist mit einer solchen Schnelligkeit vor sich gegangen (und geht auch jetzt noch so vor sich), daß die sozialdemokratische Jugend für die Erfüllung dieser gewaltigen Aufgaben nicht genügend geschult war. Diese mangelnde Schulung ist unser allgemeines Unglück, das Unglück aller russischen Sozialdemokraten. Der Aufschwung der Massen ist unaufhörlich und kontinuierlich vorwärts und in die Breite gegangen, wobei er dort, wo er begonnen hat, nicht nur nicht aufhört, sondern immer neue Gegenden und neue Bevölkerungsschichten erfaßt (unter dem Einfluß der Arbeiterbeweung ist die Gärung in der studierenden Jugend, in der Intelligenz überhaupt und sogar in der Bauernschaft stärker geworden). Die Revolutionäre aber sind hinter diesem Aufschwung sowohl in ihren "Theorien" als auch in ihrem Wirken zurückgeblieben, und es ist ihnen nicht gelungen, eine stetige und kontinuierliche Organisation zu schaffen, die fähig wäre, die ganze Bewegung zu leiten" (S.187).
Diese Leitung ist dringend nötig, denn die "spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie", "denn spontane Arbeiterbewegung ist Trade-Unionismus, ist Nur-Gewerkschaftlerei, Trade-Unionismus aber bedeutet eben ideologische Versklavung der Arbeiter durch die Bourgeoisie. Darum besteht unsere Aufgabe, die Aufgabe der Sozialdemokratie, im Kampf gegen die Spontaneität, sie besteht darin, die Arbeiterbewegung von dem spontanen Streben des Trade-Unionismus, sich unter die Fittiche der Bourgeoisie zu begeben, abzubringen und sie unter die Fittiche der revolutionären Sozialdemokratie zu bringen" (S.175; vgl.S.177, Anm.1).
Kampf gegen die Spontaneität heißt Aufklärung über die wirklichen Interessen der Arbeiterklasse, die nicht durch den ökonomischen Kampf innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft befriedigt werden können, sondern nur durch die politische Zerschlagung des kapitalistischen Staates: "Aus dem Umstand, daß die wirtschaftlichen Interessen eine entscheidende Rolle spielen, ist keineswegs zu folgern, daß der wirtschaftliche (=gewerkschaftliche) Kampf von ausschlaggebender Bedeutung sei, denn die wesentlichsten, "entscheidenden" Interessen der Klassen können nur durch radikale politische Umgestaltungen befriedigt werden; insbesondere kann das grundlegende wirtschaftliche Interesse des Proletariats nur durch eine politische Revolution befriedigt werden, die die Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats ersetzt" (S.181, Anm.1). Daraus folgt die "Organisierung allseitiger politischer Enthüllungen" als eine der "wichtigsten Funktionen der gesamten internationalen Sozialdemokratie, denn auch die politische Freiheit beseitigt keineswegs die Sphäre, auf die diese Enthüllungen gerichtet sind, sondern verschiebt sie nur" (S.202). Die Anbeter der Spontaneität verzichten auf diese Aufgabe und zeigen damit, auf was ihre Politik letztlich hinausläuft: die Reduktion der revolutionären Organisation auf wirtschaftliche Interessenvertretung, der Möglichkeiten des Klassenbewußtseins auf seinen augenblicklichen Stand:
"Wer die Aufmerksamkeit, die Beobachtungsgabe und das Bewußtsein der Arbeiterklasse ausschließlich oder auch nur vorwiegend auf sie selber lenkt, der ist kein Sozialdemokrat, denn die Selbsterkenntnis der Arbeiterklasse ist untrennbar verbunden mit der absoluten Klarheit nicht nur der theoretischen ... sogar richtiger gesagt: nicht so sehr der theoretischen als vielmehr der durch die Erfahrung despolitischen Lebens erarbeiteten Vorstellungen von den Wechselbeziehungen aller Klassen der modernen Gesellschaft" (S.203).
Genausowenig wie die revolutionäre Organisation die Agitation in der Arbeiterklasse auf ökonomische Fragen oder auf den Versuch ökonomische Konflikte zu politisieren reduzieren darf, genausowenig darf sie ihre Agitation auf die Arbeiterklasse beschränken: "das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen. Deshalb darf man auf die Frage: Was ist zu tun, um den Arbeitern politisches Wissen zu vermitteln? - nicht allein die Antwort geben, mit der sich in den meisten Fällen die Praktiker begnügen - von den Praktikern, die zum Ökonomismus neigen, ganz zu schweigen -, nämlich die Antwort: 'Zu den Arbeitern gehen'. Um den Arbeitern politisches Wissen zu vermitteln, müssen die Sozialdemokraten in alle Klassen der Bevölkerung gehen, müssen sie die Abteilungen ihrer Armee in alle Richtungen aussenden" (S.211 f.).
Damit ist auch geklärt, was Lenin meint, wenn er sagt, das politische Klassenbewußtsein könne den Arbeitern bloß von außen gebracht werden: das politische Klassenbewußtsein ist Totalitätsbewußtsein und entwickelt sich nicht spontan aus den ökonomischen Kämpfen, sondern wird zunächst von revolutionären Intellektuellen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, entwickelt. Die Arbeiter müssen ihre spontane Ansicht der Gesellschaft auf die Stufe dieses Bewußtseins heben. Wenn Lenin sagt: "Die spontane Arbeiterbewegung ist an und für sich nur fähig, Trade-Unionionismus hervorzubringen (und bringt ihn auch unvermeidlich hervor), die trade-unionistische Politik der Arbeiterklasse ist aber eben bürgerliche Politik der Arbeiterklasse", dann meint er, daß die Arbeiterbewegung einer Führung bedarf, die unabhängig von ihrer Herkunft, durch die revolutionäre Theorie und die richtige politische Linie, der Arbeiterbewegung zum Bewußtsein ihrer selbst verhilft und damit ihre trade-unionistische Spontaneität in politisches Klassenbewußtsein verwandelt. Dieser Bewußtwerdungsprozeß der Arbeiterbewegung bedeutet zwar soziologisch die Verbindung der revolutionären Intelligenz mit der Arbei-

terklasse, inhaltlich aber die Aneignung der proletarischen Ideologie durch das Proletariat. Organisatorisch verlangt dieser Prozeß die Schaffung der revolutionären Avantgarde, die nicht herkunftsmäßig sondern inhaltlich durch die Ausarbeitung der richtigen Theorie und der richtigen politischen Linie bestimmt ist, und die Anerkennung dieser Avantgarde durch das Proletariat aufgrund eigener Erfahrung. Dieser Prozeß hat die Aufhebung der Differenz zwischen Avantgarde und Klasse zum Ziel, deren Fortschritt in der Verankerung der Avantgarde in den Massen bemessen werden kann. In dem Maße wie die Organisation der Berufsrevolutionäre tatsächlich die Führung der Klassenkämpfe zu übernehmen in der Lage ist, verändert sich ihr Verhältnis zur Klasse, allerdings nicht in dem sie auf deren Spontaneität heruntersteigt, sondern indem sie diese Spontaneität zunehmend in das politische Klassenbewußtsein des Proletariats verwandelt. Der erste Schritt in dieser Richtung ist die Verwandlung der Organisation der Berufsrevolutionäre in die "demokratische Organisation der Arbeiterpartei", die die Bolschewiki im November 1905 ankündigten. Die Organisation der Berufsrevolutionäre, die Lenin in "Was tun" vertrat, war deren Voraussetzung nicht ihre Verwirklichung. Die "Organisation der Berufsrevolutionäre" ist eine historisch bestimmte Form der Partei des Proletariats. Lenin hat sie später ausdrücklich als "Entwicklungsabschnitt unserer Partei" bezeichnet, ihre historische Notwendigkeit betont, und jene Kritiker abgewiesen, die von dieser historischen Bedingtheit abstrahierten. 1907 schreibt er in dem Vorwort zum Sammelband "Zwölf Jahre": "Der Grundfehler jener, die heute gegen 'Was tun?' polemisieren, ist der, daß sie dieses Werk aus dem Zusammenhang eines bestimmten historischen Milieus, einer bestimmten, jetzt schon längst vergangenen Entwicklungsperiode unserer Partei völlig herausreißen. Diesen Fehler offenbarte anschaulich zum Beispiel Parvus (ich spreche schon gar nicht von den zahlreichen Menschewiki), der viele Jahre nach Erscheinen der Broschüre ihre Gedanken über die Organisation von Berufsrevolutionären als falsch oder übertrieben bezeichnete. Gegenwärtig machen solche Behauptungen einen direkt komischen Eindruck: als wollten die Menschen einen ganzen Entwicklungsabschnitt unserer Partei ignorieren, all die Errungenschaften, die zu ihrer Zeit Kämpfe kosteten, jetzt aber längst gesichert sind und ihren Zweck erfüllt haben" (Gegen den Revisionismus, S. 95).

Lenin nimmt den Gedanken der Organisation der Berunfsrevolutionäre nicht zurück, sondern konstatiert, "daß heute die Idee der Organisation von Berufsrevolutionären bereits einen vollen Sieg errungen hat" (ebd. S. 95 f.). Nur die Grundlagen, die 1902 ff. gelegt worden seien, hätten die "Geschlossenheit, Festigkeit und Widerstandsfähigkeit" der Partei ermöglicht:

"Die Grundvoraussetzung für diesen Erfolg war natürlich der Umstand, daß die Arbeiterklasse, von deren Elite die Sozialdemokratie geschaffen wurde, kraft objektiver wirtschaftlicher Ursachen sich unter allen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft durch die größte Fähigkeit zur Organisation auszeichnet. Ohne diese Vorbedingung wäre die Organisation von Berufsrevolutionären eine Spielerei, ein Abenteuer, ein bloßes Aushängeschild gewesen, und die Broschüre "Was tun?" betont immer wieder, daß die von ihr befürwortete Organisation nur Sinn hat im Zusammenhang mit der 'wirklich revolutionären und elementar sich zum Kampf erhebenden Klasse'. Doch das objektiv im Proletariat vorhandene Maximum an Fähigkeit, sich als Klasse zusammenzuschließen, wird durch lebendige Menschen, und zwar nicht anders als in bestimmten Formen der Organisation verwirklicht. Keine andere Organisation außer der 'Iskra' wäre unter unseren historischen Verhältnissen, im Rußland der Jahre 1900-1905, imstande gewesen, eine solche sozialdemokratische Arbeiterpartei zu schaffen wie die jetzt tatsächlich geschaffene. Der Berufsrevolutionär hat seine Aufgabe in der Geschichte des russischen proletarischen Sozialismus erfüllt. Und keine Kraft kann heute mehr diese Arbeit zerstören, die längst über den engen Rahmen der 'Zirkel' der Jahre 1902-1905 hinausgewachsen ist; keine verspäteten Klagen darüber, daß die Kampfaufgaben von denen übertrieben wurden, die seinerzeit nur durch Kampf den richtigen Weg zur Erfüllung dieser Aufgaben sichern konnten, werden die Bedeutung der schon gemachten Eroberungen erschüttern" (a.a.O. S. 97 f.).

Die Organisation der Berufsrevolutionäre war die spezifische Antwort auf eine Situation, in der es sich erwiesen hatte, "daß wir unserer Aufgabe nicht gewachsen waren, daß die Aktivität der Arbeitermassen größer war als unsere Aktivität, daß wir nicht über genügend geschulte revolutionäre Führer und Organisatoren verfügten, die die Stimmung in allen oppositionellen Schichten gut gekannt und es verstanden hätten, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen ..." (Was tun?, AW I, S. 227). Es kam also gerade nicht darauf an, die Spontaneität der Arbeiterklasse anzubeten, "ehrfurchtsvoll (nach einem Ausdruck Plechanows) das 'Hinterteil' des Proletariats" zu betrachten, sondern die Handwerkelei in der Organisationsarbeit, die die Kehrseite der Anbetung der Spontaneität war, in der Organisation der Berufsrevolutionäre zu überwinden und die proletarische Partei zu ermöglichen, "weil diese spontan erwachende Masse auch aus ihrer Mitte in immer größerer Zahl "Berufsrevolutionäre" hervorbringen wird (wenn wir uns nicht darauf versteifen, den Arbeiter in allen Tonarten zu predigen, daß sie auf der Stelle treten müssen)". Die selbständige Organisation der Avantgarde war nötig, um zwischen den revolutionären Zielen des Kommunismus und der Spontaneität der Arbeiterklasse zu vermitteln, statt diese dem Einfluß der Bourgeoisie auszuliefern und damit die Ausbildung des politischen Klassenbewußtseins zu sabotieren. Diese Organisation der Revolutionäre setzte die Überwindung des "Zirkelwesens" voraus, das die russische Sozialdemokratie damals bestimmte und die Bekämpfung der Ökonomisten. Zierkelwesen und Richtungskampf bedingten die Schärfe der Leninschen Polemik: "Wie mir erinnerlich, machte Parvus später der alten 'Iskra' den Vernichtungskampf gegen die Zirkel zum Vorwurf und

predigte nachträglich eine Versöhnungspolitik. Doch so etwas ist hinterher leicht zu sagen, und wer das tut, zeigt, daß er die damalige Situation nicht versteht. Erstens gab es kein Kriterium für die Kraft und für die Bedeutung dieser oder jener Zirkel. Viele Zirkel waren Bluff; heute sind sie längst vergessen; zu ihrer Zeit aber wollten sie durch den Kampf ihre Existenzberechtigung erweisen. Zweitens bezogen sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Zirkeln darauf, welche Richtung der damals noch neuen Arbeit gegeben werden sollte. Ich hob auch damals schon (in 'Was tun?') hervor, daß die Meinungsverschiedenheiten zwar klein schienen, in Wirklichkeit aber eine ungeheure Bedeutung hätten, denn zu Beginn der neuen Arbeit, zu Beginn der sozialdemokratischen Bewegung werde sich die Bestimmung des allgemeinen Charakters dieser Arbeit und dieser Bewegung ganz wesentlich in der Propaganda, Agitation und Organisation auswirken. Alle späteren Streitigkeiten zwischen den Sozialdemokraten galten der Frage, welche Richtung die politische Tätigkeit der Arbeiterpartei in diesem und jenem Einzelfall einschlagen sollte. Damals aber handelte es sich darum, die allgemeinsten Grundlagen und die grundlegenden Aufgaben jeder sozialdemokratischen Politik überhaupt zu bestimmen" (Gegen den Revisionismus, S. 99f).

Gerade der Versuch die Organisation der Revolutionäre zu schaffen, führte dann zur Spaltung in Menschewisten und Bolschewisten, wobei sich die Spaltung zunächst aus den Differenzen in Organisationsfragen ergab.

V. Organisatorischer Opportunismus und Intellektuellen - Individualismus

Der 2. Parteitag hatte durch die Vereinigung der sozialdemokratischen Intelligenz mit den bewußtesten Teilen der Arbeiterbewegung den festen Kern einer Partei bilden sollen, die um eine gesamtrussische Zeitung organisiert, sich durch allseitige Propaganda und Agitation fest mit der Arbeiterklasse verbünden sollte. Die ideologische Vereinigung, die im Kampf gegen jene Richtungen, die diese Vereinigung sabotierten, den Ökonomismus und den Terrorismus, durch die dreijährige Arbeit der Iskra herzustellen versucht worden war, erwies sich jedoch als nicht ausreichend, um diese Organisation als Organisation aller Sozialdemokraten praktisch herzustellen. Ein Teil der Iskristen schlug sich (vor allem) in der Frage des Statuts auf die Seite der ökonomistischen Minderheit. Dieser Fraktion gelang es nach dem Parteitag mit Hilfe Plechanows das ZO in die Hand zu bekommen. Die ideologische Trennung, die die ideologische Vereinheitlichung herstellen sollte, wurde zur organisatorischen Trennung der Menschewiki und der Bolschewiki. Es hatte sich herausgestellt, daß ein Teil jener sozialdemokratischen Intellektuellen, die fest auf dem Boden der Vereinigung von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung zu stehen schienen, in dem Augenblick ausscherten und auf den Boden des "Intellektuellen-Individualismus" (Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, AW I, S. 458) zurückkehrten, als es galt diese Vereinigung organisatorisch zu fixieren. Lenin, der bisher kompromißlos gegen die ökonomistischen und terroristischen Saboteure dieser Vereinigung gekämpft hatte, sah, daß auch unter jenen sozialdemokratischen Intellektuellen, die ideologisch seinen Standpunkt zu teilen schienen, in dem Moment opportunistische Tendenzen sich zeigten, als aus diesem Standpunkt die organisatorischen Konsequenzen gezogen werden sollten. Der Schritt von der ideologischen Propaganda der Vereinigung der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung zur organisatorischen Verwirklichung dieser Vereinigung, erwies sich als der entscheidende Prüfstein dafür, inwieweit sich die sozialdemokratischen Intellektuellen tatsächlich von ihrer Herkunft getrennt hatten, inwieweit sie nicht bloß Marxisten in Worten, sondern Marxisten der Tat waren. Gegenüber dem bürgerlichen "Intellektuellen-Individualismus" appellierte Lenin an die proletarische Disziplin, ohne in jene grundsätzliche Intellektuellenfeindlichkeit zu verfallen, hinter der der Ökonomismus seine bürgerlichen Ziele verbarg: "Hier kann und muß der Proletarier, der durch die Schule der 'Fabrik' gegangen ist, dem anarchistischen Individualismus eine Lehre erteilen. Der klassenbewußte Arbeiter hat längst jene Säuglingszeit überwunden, in welcher er den Intellektuellen als solchen mied. Der klassenbewußte Arbeiter weiß jenen reicheren Wissensschatz, jenen weiteren politischen Gesichtskreis, den er bei sozialdemokratischen Intellektuellen findet, zu schätzen. Aber in dem Maße, wie sich bei uns eine wirkliche Partei herausbildet, muß der klassenbewußte Arbeiter lernen, die Mentalität eines Soldaten der proletarischen Armee von der Mentalität eines bürgerlichen Intellektuellen zu unterscheiden, der mit anarchistischen Phrasen prunkt, er muß lernen die Pflichten eines Parteimitgliedes nicht nur von den einfachen Mitgliedern, sondern auch von den 'Leuten an der Spitze' zu fordern, er muß lernen, der Nachtrabpolitik in organisatorischen Fragen mit derselben Verachtung zu begegnen, mit der er in vergangenen Jahren der Nachtrabpolitik in taktischen Fragen begegnet ist!" (a.a.O. S.493 f.).
Aus der Erfahrung des "Intellektuellen-Individualismus" als letztem Ausdruck der Klassenherkunft auch jener sozialistischen Intellektuellen, die sich völlig von der bürgerlichen Ideologie befreit zu haben schienen, zog Lenin folgende Konsequenz: bewußte Abspaltung der Elemente, die sich der proletarischen Disziplin nicht beugen wollten und deren mangelnde Bereitschaft zur Disziplin zwangsläufig der ganzen bürgerlichen Ideologie wieder Tor und Tür öffnen mußte, obwohl sie sich zunächst "nur" als organisatorischer Opportunismus äußerte, nachdem der Ökonomismus als Erscheinungsform des Opportunismus in der Taktik durch den Kampf der 'Iskra' völlig diskreditiert war. In der Polemik gegen Martow nach dem Parteitag schreibt Lenin:
"Das Proletariat fürchtet die Organisation und die Disziplin nicht (...) Das Proletariat wird keinen Finger dafür rühren, daß die Herren Professoren und Gymnasiasten, die keiner Organisation beitreten wollen (und denen Martow dennoch die Parteimitgliedschaft zu-

gestehen wollte, Anm.d. Verf.), als Parteimitglieder anerkannt werden, nur weil sie unter der Kontrolle einer Organisation arbeiten (...) Nicht dem Proletariat, sondern manchen Intellektuellen in unserer Partei mangelt es an Selbsterziehung im Geiste der Organisation und der Disziplin." (zit. AW I, S.488).

Die Partei, die gerade durch die Verschmelzung von marxistischer Theorie und Arbeiterbewegung, von sozialistischer Intelligenz und Arbeiterintelligenz geschaffen wurde, mußte vor den Fehlern der Intelligenz bewahrt werden, die "als besondere Schicht der modernen kapitalistischen Gesellschaft im großen und ganzen gerade durch den Individualismus und die Unfähigkeit zur Disziplin und Organisation gekennzeichnet ist." (zit. AW I. S.376).

In der Partei mußte deshalb ein Übergewicht der Intellektuellen verhindert werden. Die Intellektuellen und Arbeiter wurden in einheitlichen Komitees organisiert, die Arbeiter aber mußten zunehmend zu Führungsaufgaben herangezogen werden: "Es darf nur ein Komitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands geben, und ihm müssen politisch vollauf bewußte Sozialdemokraten angehören, die sich ganz der sozialdemokratischen Tätigkeit widmen. Man soll sich besonders darum bemühen, daß möglichst viele Arbeiter zu politisch vollauf bewußten Berufsrevolutionären werden und ins Komitee kommen (...) Dem Komitee (d.i. die örtliche Leitung) müssen daher nach Möglichkeit alle bedeutenden Führer der Arbeiterbewegung aus der Mitte der Arbeiterschaft selbst angehören ..." (Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben, 1904, W 6, S.229). Auf dem 3. Parteitag der SDAPR 1905 trat Lenin für ein Verhältnis von 8 Arbeitern auf 2 Intellektuelle ein und legte in einer Resolution den Vorschlag vor, der "noch einmal an die Aufgaben der bewußten Anhänger der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" erinnern sollte; "mit allen Kräften die Verbindung der Partei mit der Klasse der Arbeiter zu festigen, immer breitere Schichten von Proletariern und Halbproletariern zu vollem sozialdemokratischen Bewußtsein emporzuheben, ihre revolutionäre Selbsttätigkeit zu entwickeln und dafür zu sorgen, daß die Arbeiterklasse eine möglichst große Zahl von Arbeitern hervorbringt, die befähigt sind, die Bewegung und die Organisationen der Partei zu leiten, sowohl als Mitglieder der lokalen Zentralstellen als auch der Zentralleitung der gesamten Partei; möglichst viele unserer Partei angehörenden Arbeiterorganisationen zu schaffen; danach zu streben, daß die Arbeiterorganisationen, die der Partei nicht beitreten wollen oder keine Möglichkeit dazu haben, sich wenigstens an die Partei anschließen."(W8, S.4o7) Kurze Zeit später nach dem neuen Aufschwung spontaner Massenstreiks, stellt er fest: "Ich habe auf dem III. Pateitag den Wunsch ausgesprochen, daß in den Parteikomitees auf etwa acht Arbeiter zwei Intelllektuelle kommen sollen. Wie veraltet ist dieser Wunsch! Jetzt wäre es zu wünschen, daß in den neuen Parteiorganisationen auf ein Parteimitglied der sozialdemokratischen Intelligenz einige hundert Arbeiter kommen." (Über die Reorganisation der Partei, 1905, W 10, S. 20, Anm.) Gegen die Gegner einer Öffnung der Partei, die von dem Massenzustrom eine Gefährdung der politischen Linie befürchteten, argumentierte er: "Die Arbeiterklasse ist instinktiv und spontan sozialdemokratisch, und die mehr als 10-jährige Arbeit der Sozialdemokratie hat schon sehr, sehr viel dazu beigetragen, diese spontane in eine bewusste Einstellung zu verwandeln." (3) Lenin sah die Hauptaufgabe darin, diese neu politisierten proletarischen Elemente an die Partei heranzuziehen und sie in ihre Organisationen einzugliedern. Der Massenzustrom aus der Arbeiterklasse änderte die bisherigen Bedingungen der Organisation selbst: " Die früheren formellen Prärogativen verlieren jetzt unvermeidlich ihre Bedeutung, und es ist oft notwendig, wieder von Anfang an zu beginnen und den breiten Schichten der Parteigenossen die große Wichtigkeit eines konsequenten sozialdemokratischen Programms, einer konsequenten Taktik und Organisation zu beweisen. Man darf nicht vergessen, dass wir es bisher allzuoft mit Revolutionären zu tun hatten, die nur aus einer bestimmten sozialen Schicht hervorgingen, während wir es jetzt mit typischen Vertretern der Massen zu tun haben werden. Diese Veränderung erfordert eine Änderung unserer Methoden nicht nur der Propaganda und Agitation (...) Die neue Form der Organisation oder, richtiger gesagt, die neue Form der grundlegenden Organisationszelle der Arbeiterpartei muss im Vergleich zu den Zirkeln unbedingt breiter sein. Vermutlich wird die neue Zelle ausserdem eine weniger straffe, eine mehr "freie", mehr "lose" Organisation sein müssen." (a.a.O., S.18). Das Prinzip der Verschmelzung mit den Massen verlangte eine Umgruppierung der Parteiintelligenz (4), verlangte den endgültigen Übergang zur Massenagitation und stellte das Problem von Spontaneität und Bewusstheit, von Avantgarde und Klasse auf neuer Stufe. Der marxistische Vortrupp, der durch die Verschmelzung von revolutionärer Intelligenz und dem bewusstesten Teilen der Arbeiterklasse in politischen Richtungskämpfen geschaffen worden war, musste sich als Führung in den Massenkämpfen bewähren. Die Frühphase der Parteibildung, die durch Erarbeitung der richtigen Theorie, der taktischen und organisatorischen Prinzipien bestimmt war, war abgeschlossen.

Der Aufbau der bolschewistischen Partei als der Vereinigung der sozialdemokratischen Intellektuellen mit der Arbeiterintelligenz und ihrer festen Verankerung in der Arbeiterbewegung, war begleitet von einem ständigen Spaltungsprozess innerhalb der damaligen revolutionären Intelligenz Russlands. Die Vertreter der marxistischen Theorie sammelten sich in einer scharfen und langjährigen Polemik gegen die Volkstümler, deren kleinbürgerlichen Klassenstandpunkt sie klar herausarbeiteten und entlarvten. Die theoretische Einheit der sozialdemokratischen Intelligenz zerbrach in der Frage auf dem Boden welcher Taktik die Vereinigung von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung vollzogen werden müsse: auf dem Boden der Anbetung der Spontaneität und des Verzichts auf die revolutionären Aufgaben der Sozialdemokratie und damit letztlich des Verzichts auf diese Vereinigung selbst, oder auf dem Boden des revolutionären Marxis-

mus, des systematischen Primats der Politik und der selbständigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Als der Teil der sozialdemokratischen Intelligenz, der die zweite Alternative ideologisch vertrat, aus ihr die organisatorischen Konsequenzen zu ziehen hatte, kam es zu einer weiteren Spaltung, die die Geschichte der russischen Revolution bestimmte: der Spaltung zwischen den Menschewiki und den Bolschewiki, der Spaltung über die Frage ob der bürgerliche Individualismus oder die proletarische Disziplin die weitere Arbeit bestimmen sollte. Aber die Einheit von revolutionärer Intelligenz und Arbeiterbewegung ist bloß möglich auf dem Boden der marxistischen Theorie, des systematischen Primats der Politik und der proletarischen Organisation und so stiess der Prozess der Vereinigung von revolutionärer Intelligenz und Arbeiterbewegung immer mehr Intellektuelle von sich ab, die bloß theoretisch "Marxisten" waren, bloß theoretisch für die Vereinigung der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung, tatsächlich aber für die Unterordnung der Arbeiterbewegung unter die Bourgeoisie waren, bloß theoretisch die selbständige sozialdemokratische Arbeiterpartei für die richtige Form dieser Vereinigung hielten, praktisch aber das Zirkelwesen verteidigten.

"Man sagt oft: Die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen. Das ist vollkommen richtig in dem Sinne, dass die sozialistische Theorie tiefer und richtiger als jede andere die Ursachen des Elends der Arbeiterklasse aufzeigt; darum wird sie von den Arbeitern auch so leicht erfasst, - falls diese Theorie nur selber vor der Spontaneität nicht die Segel streicht, falls sie sich die Spontaneität unterordnet. (...) Die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen, aber die am weitesten (und in den mannigfaltigsten Formen ständig wieder auferstehende) bürgerliche Ideologie drängt sich trotzdem spontan dem Arbeiter am meisten auf." (Was tun?, AW 1, S. 177)

Joscha Schmierer

Anmerkungen

1b) Dass sich Lenin in dieser Frage mit Kautsky berührt, wird von den Rätekommunisten kritisch gegen Lenin gewendet (vgl. z.B. Paul Mattick, Der Leninismus und die Arbeiterbewegung des Westens, in: "Lenin. Revolution und Politik," Frankfurt 1970, S.8 f.). Implizit wird diese Kritik im folgenden widerlegt, indem gezeigt wird, dass Lenin das Verhältnis von sozialistischer Intelligenz und Arbeiterbewegung historisch-dialektisch als Problem einer bestimmten Phase der Parteibildung begriff und nicht als soziologisches Phaenomen wie Kautsky. Explizit werden wir in einem späteren Artikel auf diese Kritik eingehen.

2) "Eine notwendige Voraussetzung dieser (agitatorischen) Tätigkeit ist die Zusammenfassung der bereits vorhandenen revolutionären Kräfte. Mit Propagandaarbeit in Zirkeln können sich Leute befassen, die nicht einmal eine Ahnung haben, dass der andere existiert. Das Fehlen einer Organisation wirkt sich natürlich natürlich stets auch auf die Propaganda aus, aber es macht diese nicht unmöglich. In einer Epoche starker gesellschaftlicher Gärung aber, wenn die politische Athmosphäre mit Elektrizität geladen ist und es bald hier, bald dort aus den verschiedensten Anlässen zu immer häufigeren Ausbrüchen kommt, die das Nahen des revolutionären Sturmes verkünden - kurzum, in einer Zeit, in der man agitieren muss oder man hat das Nachsehen, können nur organisierte revolutionäre Kräfte einen wesentlichen Einfluss auf den Gang der Ereignisse ausüben. Der einzelne wird dann machtlos, dem revolutionären Werk gewachsen sind nur Einheiten höherer Ordnung: revolutionäre Organisationen."

(G. Plechanow, Die Aufgaben der Sozialisten im Kampf gegen die Hungersnot. Zit. Lenin, Vorwort zu der Broschüre 'Die Maitage in Charkow', W 4, S.358 f.)

(3) Diese Auffassung der Spontaneität der Arbeiterklasse ist keine Revision der Auffassung, die Lenin in "Was tun?" vertreten hatte. Schon in "Was tun?" hatte er gegen die Anbeter der Spontaneität zwar den "Kampf gegen die Spontaneität" proklamiert, selbstverständlich aber gleichzeitig den wesentlichen Zusammenhang zwischen der Lage des Proletariats und der marxistischen Theorie betont, der subjektiv als politisches Klassenbewusstsein sich nicht spontan herstellt, sondern in der Dialektik von Spontaneität und Bewusstheit durch die Partei und ihre Propaganda und Agitation in den Massen hervorgebracht werden muß.

(4) "Jetzt ist es so, dass die Wirkung der sozialistischen Ideen auf die Massen des Proletariats Wege einschlägt und einschlagen wird, die wir häufig gar nicht verfolgen können. Dementsprechend wird es notwendig sein, für eine richtigere Verteilung der sozialdemokratischen Intelligenz zu sorgen, damit sie sich nicht dort drängelt, wo die Bewegung schon auf eigenen Füssen steht, wenn man sich so ausdrücken darf, mit eigenen Kräften auskommt, sondern "nach unten" geht, wo die Arbeit schwieriger ist, die Bedingungen härter sind und erfahrene und kenntnisreiche Menschen dringend gebraucht werden, wo es bedeutend weniger Lichtquellen gibt und das politische Leben schwächer pulsiert" (a.a.O., S. 20).

Lohnrunde 1972

Die Lohnrunden 1972 für mehr als 800.000 österreichische Arbeiter und Angestellte fallen mit einer im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten noch relativ günstigen Entwicklung der Verwertungsbedingungen des Kapitals in Österreich zusammen. So wird für die österreichische Wirtschaft im heurigen Jahr nur ein Wachstumsrückgang von 5,5% (1971) auf 4,5% erwartet, während das Wachstum der deutschen Wirtschaft 1972 nahezu zum Stillstand kommen wird (Rückgang des Wachstums von 3,5% auf 1%). Nach wie vor sind die Kapazitäten der Produktionsanlagen der österreichischen Industrie gut ausgelastet, die Investitionen nehmen - wenn auch vorwiegend durch staatliche Investitionen - weiter zu (1971:10,5%;1972:5,5%), während sie in der BRD und in Italien absolut abnehmen werden. Zwar werden seit dem Frühjahr 1971 auch in der österreichischen Industrie Überstunden abgebaut (bei gleichzeitiger rasanter Produktivitätssteigerung durch verschärfte Antreiberei), doch kam und kommt es weder zu Kurzarbeit noch zu Entlassungen von Arbeitern in nennenswertem Ausmaß.
Wenn wir also von einer relativ günstigen Entwicklung der Verwertungsbedingungen sprechen, so meinen wir damit nicht, daß das in Österreich fungierende Kapital auf wunderbare Weise aus der allgemeinen Krisenentwicklung des Imperialismus ausgespart geblieben sei. Wir wollen damit nur ausdrücken, daß wir auch in diesem Jahr nicht mit einer radikalen Verschärfung der Krise in Österreich, Massenarbeitslosigkeit und dergleichen rechnen, wie es die Demagogen der Kapitalisten bisweilen (vor allem, wenn es um Lohnforderungen geht) androhen. Womit wir sehr wohl rechnen, das ist der Versuch der Kapitalisten, die im Gefolge der Verschärfung der internationalen Widersprüche und des imperialistischen Konkurrenzkampfes auch in Österreich fortschreitende Krise auf dem Rücken der österreichischen Arbeiterklasse möglichst unbeschadet zu überdauern, den Druck auf die Arbeiterklasse also ökonomisch und politisch zu verschärfen.
Wir können auf dem gegenwärtigen Stand unserer Analyse der nationalen und internationalen ökonomischen Entwicklung noch keine gesicherten Angaben darüber machen, welche Faktoren für die bisher relativ milde Form der Krisenentwicklung in Österreich maßgeblich sind und welchen weiteren Verlauf diese Entwicklung nehmen wird. Wir sind uns bewußt, daß wir diese Analyse leisten müssen und daß wir uns dabei nicht auf die Untersuchung des nationalen Krisenzyklus beschränken können. Wir meinen aber, daß wir unsere politischen Aufgaben in dieser Lohnrunde auch mit unserer beschränkten Einschätzung der ökonomischen Situation in Österreich korrekt bestimmen können.

DER BISHERIGE VERLAUF DER LOHNRUNDE

Am 1.Jänner 1972 kündigte der 'Kurier' das neue Jahr in Schlagzeilen als Jahr der großen Lohnverhandlungen an.Hatte der "Wirtschaftsfachmann" Nemschak vom Wirtschaftsforschungsinstitut für 1972 Lohnerhöhungen um ca.11% prognostiziert,so gab sich der 'Kurier' bescheidener :"Wegen des geringen Wirtschaftswachstums rechnet man mit einer durchschnittlichen Lohnsteigerung von höchstens 10%.Dafür (!) wird es aber beachtliche Preissteigerungen geben."

Die gab es allerdings schon vorher.Im Jahr 1970 waren die Preise nach Nemschak-Berechnungen (die die tatsächlichen Preissteigerungen bei weitem nicht erfassen) um 4,5%,im Jahr 1971 um ca.5% gestiegen.Bis Juni 1972 kündigte Gewerkschaftspräsident Benya in einer "schockierenden Preisprognose"('Kurier') eine Teuerungsrate von 6% an (schon im März waren dann schon 6,2% erreicht), warnte vor einer "Preishysterie" und forderte die Arbeiter angesichts der ständig weiter hinaufgetriebenen Preise auf,eben preisbewußter einzukaufen.

Doch Preissteigerungen sind nur ein Mittel der Unternehmer im Monopolkapitalismus,in Krisenzeiten den Druck auf die materielle Reproduktion der Arbeiterklasse zu verstärken.Parallel zur zunehmenden Preistreiberei der letzten Jahre wurde auch die Intensität der Arbeit immens gesteigert.Die Stundenproduktivität je Industriearbeiter wurde in den letzten beiden Jahren um durchschnittlich 8% pro Jahr hinaufgetrieben - und das in mehr als der Hälfte der Industrieunternehmen ohne zusätzliche Kapitalinvestitionen in bessere Maschinen.

Diese verschärfte Auspowerung der Industriearbeiter wurde von den Kapitalisten als "Kompensation" für die 1970 eingeleitete etappenweise Arbeitszeitverkürzung begrüßt,welche sie zudem mit Hilfe der Gewerkschaften dazu benutzen konnten, die bezahlten Arbeitspausen,die sich die Arbeiter verschiedener Betriebe erkämpft hatten,in die Arbeitszeitverkürzung "einzurechnen",d.h. in unbezahlte Arbeitspausen umzuwandeln.Das verschärfte Arbeitstempo führte 1971 zu vereinzelten spontanen Kampfaktionen (z.B.Streiks bei Böhler-Kapfenberg und bei der Alpine-Zeltweg),die durchwegs von der Gewerkschaft nicht unterstützt wurden und mit Niederlagen der Arbeiter endeten.

In einem Leserbrief schrieb eine Arbeiterin an den 'Kurier':"Mein Gatte arbeitet in einer Firma mit 60 Arbeitern.Seit der ersten Arbeitszeitverkürzung haben bereits zwei Arbeiter einen Herzinfarkt gehabt.Bis zum Jahre 1975 wird die Arbeitszeit noch herabgesetzt bei gleichbleibender Leistung.Wie viele werden dann noch einen Infarkt bekommen ?" Der Abgeordnete Westreicher (VP) gab in der 'Presse' die passende Antwort:"Die zunehmende Arbeitszeitverkürzung führt zu verstärkten Streßsituationen bei den Arbeitnehmern.Daher ist ein echter Gesinnungswandel in der Arbeitsmoral erforderlich."(26.5.71).Die Arbeiterkammer wiederum sah alles rosig :"Eine Stunde weniger Arbeitszeit bedeutet aber auch eine Stunde mehr Freizeit, die vom Arbeitnehmer in Erholung und Bildung umgesetzt werden kann.Besser erholte und ausgebildete Arbeitnehmer sind durch ihre höhere Leistungsfähigkeit auch ein Gewinn für jeden Arbeitgeber."('Welt der Arbeit-Korrespondenz',14.1.72)

Was durch Preistreiberei und Verschärfung des Arbeitstempos noch nicht aus den Arbeitern herauszuholen war,verschafften sich die Kapitalisten durch direkte Lohndrückerei,indem sie in zunehmendem Maß sogenannte "freiwillige Sozialleistungen" kürzten.Das Ausfallen der nach Beginn der Arbeitszeitverkürzung rapide angestiegenen Überstunden im der einsetzenden Krise bedeutete für breite Schichten der Industriearbeiterschaft eine zusätzliche Verschlechterung ihrer Lebenshaltung,für deren erträgliches

Niveau ihre Unterwerfung unter die extensive Ausbeutung bereits notwendige Grundlage war.
In dieser Phase des allseitigen Angriffs der Kapitalisten auf die materielle Reproduktion der Arbeiterklasse vergaßen die Kapitalisten nicht,die Kreisky-Regierung an die Aufgaben zu erinnern,die sie ihr neben den jeder anderen Regierung des Kapitals zugedacht hatten.Am 10.1.72 mahnte ihr Organ 'Die Wirtschaft' : "Es wird an der Verantwortlichkeit von Kreiskys Team liegen,die Gewerkschaftsgenossen ihren Forderungsbogen nicht über das Leistungsvermögen der Wirtschaft hinaus spannen zu lassen."
Diese Mahnung wäre an sich nicht notwendig gewesen : die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ist schon lange genug auf die Position der Kapitalisten übergewechselt,um das "Gemeinwohl" der Kapitalisten nicht ernsthaft gefährden zu wollen. Was Benya ("Ich in meiner Eigenschaft als Gewerkschaftsbund") jedoch vor SPÖ-Funktionärinnen als das allgemeine Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik deklarierte,dürfte sogar für die Kapitalisten eine freudige Überraschung gewesen sein :"Der ÖGB strebt eine jährliche Verbesserung des Reallohns um durchschnittlich drei Prozent an.Das wird ein Jahr mehr,ein Jahr weniger sein und sich auch danach richten müssen, ob die Lohnforderung eine schwache oder eine expandierende Wirtschaftsbranche trifft." Denn : "Der Wirtschaft muß Geld zum Investieren übrigbleiben."('Kurier' 2.3.72)
Wie man "der Wirtschaft" Kapital zum Investieren"übrigläßt",zeigte der ÖGB dann auch prompt in den Lohnverhandlungen :

Bauarbeiter

Schon vor Weihnachten 1971 gab die Paritätische Kommission die Lohnverhandlungen zwischen der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter (drittgrößte Gewerkschaft Österreichs; fast 60% der Arbeiter dieser Branchen,nämlich 192.000,sind eingeschriebene Mitglieder) und den Vertretern der österreichischen Bauinnung zur "Fühlungnahme" frei.Die eigentlichen Verhandlungen begannen erst am 14.Februar,eineinhalb Monate vor Auslaufen des letzten Kollektivvertrages.Dieser war - wie es in der Baubranche schon dauernd praktiziert wird - für die vergleichsweise sehr lange Laufzeit von zwei Jahren abgeschlossen worden,galt also seit Ende März 1970.Damals war für die Bauarbeiter eine Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um 15,5% in zwei Raten ausgehandelt worden.Die tatsächliche Erhöhung der maßgeblichen ausgezahlten Ist-Löhne lag,nach Betriebsgröße und Bundesland verschieden, mehr oder weniger beträchtlich unter der Erhöhung der Kollektivvertragslöhne.Viel mehr als die Abgeltung der Teuerung in den vorangegangenen Jahren war mit diesem Abschluß nicht erreicht worden.Seit dem Abschluß Ende März 70 stiegen die Preise aber um 11% weiter,zusätzliche 3% fraß die Lohnsteuerprogression weg.
Die Kollektivvertragslöhne waren für die Bauarbeiter auf Grund der besonderen Lage der Bauwirtschaft in diesem Zeitraum der Bauhochkonjunktur von relativ geringer Bedeutung.Wegen des großen Bauarbeitermangels zahlten die Baukapitalisten Ist-Löhne,die zwischen 30%(Burgenland) und 83%(Wien) über dem Kollektivvertragsniveau lagen. Trotzdem bekamen die Bauarbeiter im Österreich damit um ca.70% weniger Netto-Lohn auf die Hand als in der benachbarten Bundesrepublik.Das führte zu einer starken Abwanderung vor allem in den bayrischen Raum.Allein im Jahr 1971 gingen 17.000 österreichische Bauarbeiter nach Deutschland.Gastarbeiter aus Jugoslawien und der Türkei sollten sie ersetzen.Das Gastarbeiterkontingent wurde um 21% erhöht und auch das noch stark überzogen.Zuletzt betrug der Anteil der

Gastarbeiter in der Baubranche bereits 24%.
Gleichzeitig erhöhten sich seit dem Frühjahr 1969 die Aufträge für die Bauwirtschaft nach einer längeren Flaute enorm, vor allem durch die öffentlichen Stellen, die in mehr als 80% der Bautätigkeit direkter oder indirekter Auftraggeber sind. Obwohl 1971 den Baukapitalisten Arbeiter und bisweilen (wegen der Überlastung der Baustoffindustrie) einzelne Baustoffe fehlten, konnten die realen Bauleistungen gegenüber dem Vorjahr um 12% hinaufgetrieben werden. Baumeister und Baustoffindustrie machten enorme Profite, vor allem die Großunternehmen. Auch für 1972 sind - vor allem durch die Anhebung der staatlichen Bauinvestitionen um 17% - wieder hohe Zuwachsraten zu erwarten.
Große Aufträge im Wohnungsbau und durch die Elektrizitätswirtschaft werden das krisenbedingte Sinken der Bauaufträge von Industrie und Gewerbe bei weitem überkompensieren. Gleichzeitig verschärft sich der Konkurrenzkampf im Baugeschäft, wo von 3500 Baugewerbebetrieben nur 37 auf industrieller Basis arbeiten (und damit 1/3 des gesamten Bauvolumens bestreiten). Fast 500 Baubetriebe gingen allein im letzten Jahr in Konkurs. "Die Strukturbereinigung ist im Gange, sie ist aber noch nicht zu Ende", kündigte Veit, Vertreter der Bauinnung, an. ('Wochenpresse', 16.2.72)
Die ökonomische Ausgangsbasis für einen harten gewerkschaftlichen Kampf wären damit denkbar günstig gewesen. Das war auch den Kapitalisten durchaus bewußt. In der 'Presse' klagten sie :"Der gegenwärtige Bauboom erschwert die Lage der Bundesinnung."(22.1.72)
Tatsächlich gab es für die Baukapitalisten zumindest zwei schwerwiegende Gründe, im Interesse ungestörter Profitmaximierung jeder harten Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen: auf der einen Seite der drohende Verlust von Arbeitskräften durch Abwanderung bei allzu niedrigem Lohnniveau, auf der anderen Seite eim Auftragsüberhang von rund 20 Milliarden Schilling für das Jahr 72. Trotzdem versuchten natürlich auch die Baukapitalisten, aus der fortschreitenden Krise der anderem Wirtschaftszweige propagandistisches Kapitalszu schlagen. Als Anfang Februar gerüchteweise die Forderung der Baugewerkschaft nach 20% Erhöhung der Kollektivvertragslöhne und 10% Bauzulage bekannt wurde (was für die Bauarbeiter - nicht für "ihre" Gewerkschaft - tatsächlich eine <u>Mindest</u>forderung gewesen wäre, da der Vertrag <u>zwei</u> Jahre laufen sollte und mit 15% im Jahr noch kaum die Preissteigerungen und die Lohnsteuerprogression der letzten zwei Jahre aufgefangen worden wären), heulte die ganze bürgerliche Presse über diese "exorbitant hohen Forderungen" auf. Die 'Presse' umkte :"Niemand scheint sich Gedanken machen zu wollen, daß die Wellen da schon an die Fundamemte schlagen und Einsturzgefahr nicht mehr und überall auszuschließen ist." (3.2.72)
In den nun folgendem Lohnverhandlungem spalteten sich die Kapitalistenvertreter in zwei Lager. Die Baustoffindustrie und die großen Bauunternehmer hatten gegen die mäßige Forderung der Baugewerkschaft nicht viel einzuwenden. Der Generaldirektor des größten österreichischen Baustofferzeugers, der Wiener Baustoffindustrie AG, Gruber, sagte in einem Interview mit der 'Presse':"Die 20%ige Lohnforderung (zuzüglich einer 10%igen Baustellenzulage) im Baugewerbe wird der Baustoffindustrie 1972 kaum Einbußen bringen."(5.2.72)
Einbußen bei ihren Profiten befürchteten allerdings die kleineren Bauunternehmer, die gegenüber der übermächtigen Konkurrenz der Großunternehmen in eine immer schwierigere Lage kamen und sich ohnehin schon nur mehr durch schärfste Lohndrückerei und Antreiberei behaupten konnten. Von ihnen ging der Hauptwiderstand gegen die ohnehin dürftigen For-

derungen der Gewerkschaft aus. Vor allem galt ihr Kampf den Zusatzforderungen der Gewerkschaft nach Lohnfortzahlung über 6 Wochen im Krankheitsfall und anderen zusätzlichen Sozialleistungen, die die Unternehmer nach den üblichen Vertragsbedingungen in den meisten Fällen nicht wie die Erhöhungen der Kollektivvertragslöhne nachträglich direkt auf die Baupreise überwälzen können.
Diese Spaltung im Lager der Kapitalisten führte zu einem vorzeitigen Vertragsabschluß zwischen der Gewerkschaft und der Baustoffindustrie, der Erhöhungen der Mindestlöhne um nur 20-23% auf zwei Jahre vorsah. Mit den Baumeistern konnte vorerst keine Einigung erzielt werden. Diese Verzögerungen bei den Verhandlungen heizte die Stimmung auf den Baustellen an. Die Bauarbeiter, die erst über die Zeitungen von den Forderungen "ihrer" Gewerkschaftsführung erfahren hatten, sahen nun auch noch diese Mindestforderung bedroht. Es kam zu zahlreichen Protestversammlungen auf den Baustellen und zu vereinzelten Warnstreiks. Aus dem Verhandlungstrott aufgeschreckt sah sich die Gewerkschaftsführung nun angesichts der unerwünschten Kampfbereitschaft der Bauarbeiter gezwungen, eine radikalere Tonart anzuschlagen. Am 17.3. drohte sie erstmals öffentlich mit Streik bei Nichterfüllung ihrer Forderungen. Gleichzeitig führte sie jedoch plangemäß "im engsten Kreis mit Vertretern der Bauwirtschaft" (ORF) ihre Geheimverhandlungen mit dem unveränderten Ziel weiter, mit den Baumeistern einen verräterischen Kompromiß unter der Mindestforderung abzuschließen. Während die Bauarbeiter noch den Streik zur Durchsetzung der Mindestforderung vorbereiteten, einigten sich die Gewerkschaftsspitze und die Baumeister auf eine Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um nur 12% für 1972 und weitere 10% für 1973. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall fiel für die Kapitalisten wunschgemäß unter den Tisch. Der Streik wurde abgesagt.
Dieser Niederlage der Bauarbeiter folgte sofort die Ankündigung der "Überwälzung" der Lohnerhöhungen auf die Baupreise. Mit dem Argument, die Lohnerhöhungen für die Bauarbeiter würden nun die Bau- und Wohnungspreise für den kleinen Mann in die Höhe treiben und auch die öffentliche Wohnbautätigkeit stark einschränken, wurde in den Massenmedien eine Hetzkampagne gegen die Bauarbeiter eingeleitet, die hier - stellvertretend für alle Arbeiter, die um ihre materielle Reproduktion kämpften - als die Verantwortlichen für die ständigen Preiserhöhungen hingestellt wurden. Wenn auch der Abschluß für die Bauarbeiter nicht einmal die ganzen Lohneinbußen der letzten zwei Jahre zurückholte, so wäre der Kompromiß der Opportunisten und Bourgeois in der Gewerkschaftsführung mit den Kapitalisten doch noch weit niedriger ausgefallen, wenn die Unruhe und Kampfbereitschaft unter den Bauarbeitern ihnen nicht bedrohlich erschienen wäre. Das zeigt der Abschluß für die Textilarbeiter, wo die Gewerkschaft ungestört verhandeln konnte.

Textilarbeiter, Metallarbeiter

Die Textilarbeiter traten zu einem Zeitpunkt in die Lohnverhandlungen ein, in dem die Textil- und Bekleidungsindustrie von der Krise nur mäßig betroffen war. 1970 konnten die Kapitalisten dieser Branche bereits wieder einen leichten Anstieg registrieren. 1971 expandierte die Produktion von Textilien kräftig, die der Bekleidungsindustrie stieg um 8%. Die Ausfuhr von Textilien konnte 1971 gegenüber dem Vorjahr um 16% gesteigert werden. Die Produktionskapazitäten in der Branche waren 1970 durchschnittlich zu 87% ausgelastet, 1971 bereits wieder zu 89%. Fast 90% der Betriebe planten für 1972, gleich viel oder noch mehr Arbeiter zu beschäftigen. Durch Investitionen sollen die Produk-

tionskapazitäten noch um 3,5% gesteigert werden.
In dieser Situation begannen mit der Freigabe am 13.2.72 durch den Lohn-Unterausschuß der Paritätischen Kommission die Lohnverhandlungen für die 130.000 österreichischen Textil-,Bekleidungs- und Lederarbeiter (davon zc.78.000 bzw.60% Gewerkschaftsmitglieder).Die Textilarbeitergewerkschaft verhandelte wie immer getrennt für Vorarlberg/Tirol und die übrigen Bundesländer.Schon früher waren die Kollektivverträge für Vorarlberg gesondert abgeschlossen worden : auf Grund des besonders starken Konkurrenzkampfes um Arbeitskräfte in dieser Region lagen dort die Kollektivsvertragslöhne zwischen 9,5% und 14,5% über den vergleichbaren Lohnsätzen der anderen Bundesländer.

Die Gewerkschaftsführung trat von Anfang an mit einer skandalös niedrigen Forderung auf : sie verlangte für die 14-monatige Laufzeit des neuen Kollektivvertrages eine Erhöhung der Mindestlöhne um 18% und eine nur 10%-ige Ist-Lohnsteigerung - und das nach 14 Monaten,die allein an Preissteigerungen Lohnverluste von mehr als 7%

und ca.2% durch die Lohnsteuerprogression gebracht hatten. Nach kurzer Verhandlungsdauer schloß die Gewerkschaftsführung Mitte Februar den neuen Kollektivvertrag noch weit unter dieser Forderung ab : er bringt den Textilarbeitern 12,5% Erhöhung der Mindestlöhne und eine Erhöhung der Ist-Löhne um nur 6%.Damit mußten die Textilarbeiter allein gegenüber dem Zeitpunkt des letzten Tarifabschlusses eine reale Lohnsenkung von mindestens 3% hinnehmen.Die ständig weiter steigenden Preise und anderen Belastungen werden in den kommenden 14 Monaten die Reallöhne noch weiter hinunterdrücken. Dieser eklatante Betrug an den Textilarbeitern soll allem Anschein nach bald von einem ähnlichen an den Metall- und Bergarbeitern gefolgt werden.Die wirtschaftliche Lage dieser Branchen ist sehr unterschiedlich.Während die Maschinenindustrie eine überdurchschnittliche Auslastung ihrer Kapazitäten verzeichnet,geht die der Gießereien,der Eisen- und Metallwarenindustrie stark zurück.Der Export von Maschinen konnte 1971 noch um 18% gesteigert werden, während der Stahlexport im Gefolge der internationalen Stahlkrise schon seit 1970 zurückgeht.73% der Bergwerke planen für 1972 einen Abbau von Arbeitskräften,während 69% der Gießereien,72% der Metallindustrie,75% der Eisenerzeugenden Industrie,90% der Maschinenindustrie und 91% der Eisen- und Metallwarenindustrie ihren Beschäftigtenstand halten oder steigern wollen.In der Elektroindustrie sind es sogar 65% der Betriebe,die weitere Aufnahmen von Arbeitern planen.(Monatsberichte des ÖIWF,1/1972)
Von den 350.000 österreichischen Metall- und Bergarbeitern sind mehr als 80% Mitglieder ihrer Gewerkschaft,der mitgliederstärksten Österreichs.Ihr letzter Kollektivvertrag läuft seit dem 1.Jänner 1971 (auf 17 Monate bis Ende Mai 72) und brachte ihnen schon damals nur eine Ist-Lohnerhöhung von 8% (von denen mehr als 6% allein schon durch die vorangegangenen Preis- und Lohnsteuererhöhungen aufgefressen wurden).Am 27.Jänner kolportierte die 'Presse' als erste das Gerücht,die Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter werde 15% Lohnerhöhung fordern :"Überrascht haben in Branchenkreisen die Forderungen der Metallarbeiter,die nicht weniger als 15 Prozent Lohnerhöhung verlangen.Vor allem in der verstaatlichten Industrie ist man nicht bereit,diese Forderungen zu akzeptieren.Sprecher der Industrie verweisen darauf,daß

die internationale Konjunktur stark nachläßt. Der Generaldirektor der VÖEST, Koller, hat für das Jahr 1971 von einer Halbierung der Gewinne gesprochen. Aus Kreisen der Privatwirtschaft werden ähnliche Stimmen laut." Schon am nächsten Tag dementierte der Zentralsekretär der Gewerkschaft, Wille, diese Nachricht. Über die Höhe der Forderungen sei noch nicht beschlossen worden. In "Gewerkschafts- und Wirtschaftskreisen" hielt sich jedoch hartnäckig das Gerücht, daß die Gewerkschaft zwischen 12% und 15% auf die Ist-Löhne verlangen und bei nur 8% abschließen wolle. Tatsächlich wurde am 19.3. bekanntgegeben, daß die Forderung der Gewerkschaft 16% auf die Kollektivvertragslöhne und nur 12% auf die Ist-Löhne laute. Damit war der erste Schritt in Richtung des geplanten 8%-Abschlusses getan. Am 13.4. war der erste Termin der Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsführung und Vertretern der Metallindustrie angesetzt.

Ob es nun tatsächlich zu diesem 8%-Abschluß für die Metallarbeiter kommen wird (was angesichts der fast 10%-igen Preissteigerungen und mehr als 6% Lohnsteuerprogression in den letzten 17 Monaten bedeuten würde, daß die neuen Löhne ihrer Kaufkraft nach mindestens 4% unter dem Niveau von Anfang 1970 liegen würden), wird letztlich davon abhängen, ob die Metall- und Bergarbeiter durch verstärkten Druck die opportunistische Gewerkschaftsführung zwingen werden, von ihrem Kompromißvorhaben zumindest um einige Prozent abzugehen. Wir halten das nicht für sehr wahrscheinlich, wenn wir auch unsere ganze Agitation, soweit sie sich unmittelbar auf die Lohnverhandlungen bezieht, darauf ausrichten werden.

DIE AUSRICHTUNG DER MLS-PROPAGANDA IN DER LOHNRUNDE

Die MLS nützt diese Phase der Lohnauseinandersetzungen zur Aufnahme einer kontinuierlichen, organisierten Propagandatätigkeit vor einer größeren Anzahl Wiener Metall-, Elektro- und Chemiebetrieben, die auch über die Lohnrunde hinaus fortgesetzt werden wird. Die in den 'Thesen' des BA (1) niedergelegte "vorläufige Hauptorientierung" der Arbeit des BA auf die Selbstqualifikation von MLS-Genossen für die politische Arbeit im proletarischen Bereich ist auch eine der grundsätzlichen Aufgaben, die durch das Auftreten der MLS in der Lohnrunde vorangetrieben werden soll. Diese Orientierung heißt jetzt für uns sowohl forcierte theoretische Selbstschulung und die Abwicklung grundsätzlicher politischer Debatten im BA und in der gesamten Organisation, als auch die empirische Aufarbeitung der ökonomischen und politischen Entwicklung in Österreich, als auch die Aneignung praktischer Erfahrungen in der Propaganda vor den Betrieben. Was unsere heutige Position von der unterscheidet, die sich noch in den 'Thesen' niederschlug, ist nicht etwa eine Umorientierung von der Selbstqualifikation auf die unmittelbare Intervention in die Lohnauseinandersetzung mit der Illusion, betriebliche Kämpfe etc. entfesseln zu können. Nach wie vor betrachten wir die Selbstqualifikation als notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben, die sich uns im Rahmen der Ausrichtung unserer gesamten Politik auf die Erfordernisse des Parteibildungsprozesses des Proletariats stellen. Im Rahmen dieser Ausrichtung - und nicht mehr als phrasenhafte Ersatzorientierung, die Unklarheiten über Perspektive und Stellenwert unserer Arbeit im Proletariat verschleiern soll - bleibt die Selbstqualifikation

weiterhin eine der grundsätzlichen (und permanenten) Aufgaben unserer politischen Praxis.
Was mit der Phrase von der Selbstqualifikation als Hauptorientierung außerhalb jeder historischen Perspektive noch verschwindet, sind die am Beginn der Einrichtung des BA noch wirksamen Reste von Vorstellungen, daß "der Kontakt" zu "den Arbeitern" als solcher schon zu irgendwas gut und besonders lehrreich wäre, was nur zur Folge haben kann, daß man sich diesen "Kontakt" eben auf jede nur denkbare und notwendig opportunistische Weise zu verschaffen versucht (z.B. durch das Anhängen an das reformistische Bewußtsein der breiten Masse der Arbeiter, um ja nur niemanden zu verschrecken). Es geht uns nicht darum, allen Arbeitern irgendwelche Freundlichkeiten zu sagen. Auch wenn wir in unseren Propagandaaktionen unsere Flugblätter allen Arbeitern geben, die wir vor den Betrieben erreichen, so richten wir sie inhaltlich doch nur an jene unter ihnen, die in dem Sinn zu den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse gehören, daß sie die Notwendigkeit des Zusammenschlusses und des Kampfes gegen die Kapitalisten erkannt haben. Der Kontakt mit diesen Arbeitern - und nicht mit irgendwelchen - beinhaltet die Perspektive der Verschmelzung der revolutionären Intelligenz mit den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse.

Für das Auftreten der MLS in der Lohnrunde 72 bedeutet das, daß wir uns keineswegs auf den Versuch orientieren können, uns bei "den Arbeitern" mit Forderungen einzuschmeicheln, die die materielle Reproduktion der arbeitenden Klassen besser garantieren würden als die Forderungen der ÖGB-Spitze oder der KP/GE, auch nicht darauf, durch die richtige Argumentation für ein bestimmtes Ausmaß von Lohnerhöhungen den Versuch zu machen, den Lohnfetisch in der Agitation aufzubrechen. Die Hauptstoßrichtung unseres Auftretens muß in erster Linie darauf abzielen, nicht nur die Politik des Kapitals zu entlarven und anzugreifen, sondern vor allem die Hindernisse in der Arbeiterklasse selbst sichtbar zu machen, die sich dem konsequenten Kampf um die materielle Reproduktion ebenso entgegenstellen wie dem Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie : das heißt jetzt vor allem, die opportunistische Linie der Sozialdemokratie als Hauptfeind in der Arbeiterklasse und - davon abgeleitet - die gegenwärtige Funktion der sozialdemokratischen Partei als Regierungspartei und die Funktionalisierung des ÖGB durch die sozialdemokratische Partei am Beispiel dieser Lohnrunde sichtbar zu machen.

Zur Einschätzung der Sozialdemokratie

Wenn wir von der Sozialdemokratie als Hauptfeind in der Arbeiterklasse und in der Arbeiterbewegung sprechen, so meinen wir damit nicht, daß die sozialdemokratische Partei, die SPÖ, noch eine Arbeiterpartei ist - auch keine revisionistische Arbeiterpartei. Die SPÖ ist objektiv eine Partei des Monopolkapitals (und zwar ganz gleich, ob sie nun die Regierung stellt oder nicht) - mit der Besonderheit allerdings, daß sie nach wie vor die große Masse der Arbeiter ideologisch an die Bourgeoisie zu ketten vermag. Daß die österreichische Arbeiterklasse die historische Entwicklung der SP von der revisionistischen Arbeiterpartei zur Partei des Monopolkapitals ohne den bewußten Bruch mit der SP begleitet hat, hat seine Ursachen sowohl in der sich ständig reproduzierenden allgemeinen Basis des Reformismus in der Arbeiterklasse, nämlich der Verschleierung des Kapitalverhältnisses durch den kapitalistischen Markt, als auch in der Bestärkung der reformistischen Il-

lusionen der Arbeiterklasse durch die besondere Entwicklung nach dem 2.Weltkrieg,den scheinbar krisenfreien Wiederaufbau des Kapitalismus in Österreich.
Wenn die SP auch keine opportunistische Partei ist - das könnte sie nur als Arbeiterpartei sein, nicht als Partei des Monopolkapitals -,so stellt sie doch das Sammelbecken für alle opportunistischen Strömungem in der österreichischen Arbeiterklasse dar. Über diese opportunistischen,in der Arbeiterklasse selbst verankerten Strömungen,die in der Herausbildung der Arbeiteraristokratie im Gefolge der Entwicklung des Imperialismus ihre ökonomische und klassenmäßige Basis haben,gelingt es der SP,die Arbeiterklasse an sich und damit an die Bourgeoisie zu binden.Diese opportunistischen Strömungen,deren Bindung an das Kapital organisatorisch,ökonomisch und politisch über die sozialdemokratische Partei vermittelt ist und die nach wie vor die Führung der österreichischen Arbeiterbewegung stellen, sind der Hauptfeind der Arbeiterklasse in der Arbeiterklasse selbst.Über die Rolle dieser opportunistischen Arbeiterführung sagt Lenin :"Der Opportunismus ist unser Hauptfeind.Der Opportunismus in den Spitzen der Arbeiterbewegung ist kein proletarischer,sondern ein bürgerlicher Sozialismus.Die Praxis hat gezeigt,daß die Politiker innerhalb der Arbeiterbewegung,die der opportunistischen Richtung angehören,bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeoisie selbst.Hätten sie nicht die Führung der Arbeiter in der Hand, so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten."(II.Kongreß der Komintern,W 31/s.219)
Daß die SP,die über die opportunistische Arbeiteraristokratie vermittelt die Arbeiter an sich binden kann,gerade zu einem Zeitpunkt der sich verschärfenden internationalen und nationalen Krise des Kapitals dessen Regierungsgeschäfte übernommen hat,läßt sich sicher nicht mit der simplifizierenden Formel der direkten Umsetzung subjektiver Interessen "fortschrittlicher Kapitalfraktionen" in einen Wahlsieg der SP erklären (und wenn es noch so viele Wahlspenden für die SP gab) - was allerdings nicht ausschließt,daß der SP-Regierungsantritt objektiv im Interesse des Kapitals in Österreich gelegen sein kann.
Daß die SP-Regierung wie auch jede andere Regierung des Kapitals in der derzeitigen Krisensituation alles unternehmen muß und auch tatsächlich unternimmt,was die Verwertungsbedingungen des in Österreich fungierenden Kapitals im Namen des "Gemeinwohls" gegenüber der Arbeiterklasse und gegenüber der internationalen Konkurrenz zu sichern verspricht (z.B.durch Krisenbudgets,Steuergeschenke,Forcierung der EWG-Assoziation),ist zwar kein Widerspruch zu unserer Einschätzung der SP als Partei des Monopolkapitals,kann aber sehr wohl in Widerspruch geraten zu der Einschätzung der SP durch die grosse Masse der Arbeiter.Was der SP als Regierungspartei unter anderem Vorteile gegenüber der ÖVP verschafft - daß sie in den Augen breiter Arbeiterschichten noch immer als Vertreterin der Arbeiterinteressen dasteht,daß sie den ÖGB kontrolliert etc. - kann gerade jetzt umschlagen in die Desillusionierung der Arbeiter und - mit Hilfe der propagandistischen Arbeit der Kommunisten - in den bewußten Bruch nicht nur mit der SP als Partei des Kapitals,sondern auch mit dem Opportunismus in der Arbeiterbewegung.

Zur Einschätzung des ÖGB

Die Einschätzung des ÖGB in den 'Thesen' des BA der MLS war auf Grund des damaligen niedrigen Diskussionsstandes verständlicherweise ziemlich dürftig und mißverständlich.So hieß es dort noch :"Die Politik des ÖGB wird in dieser Situation wie auch schon vorher nur mehr von den In-

teressen einer verselbständigten Arbeiteraristokratie geleitet, deren Interessen im direkten Gegensatz zu denen der österreichischen Arbeiterklasse stehen."Diese Formulierung wirft alles mögliche durcheinander und läßt noch mehr offen. Einige der grundlegenden Fragen (soweit sie für unsere Ausrichtung in der Lohnrunde von Bedeutung sind) sollen hier kurz ausgeführt werden.

Arbeiteraristokratie :

"Dadurch, daß die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herausschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen himüberzuziehen. ... So entsteht der Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus."(Der Imperialismus als...W 22/s.306f)
Mit dieser Möglichkeit der Bestechung der Arbeiterführer und der Oberschicht der Arbeiteraristokratie über "tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte"(W 22/198) aus den monopolistischen Extraprofiten zeigt Lenin die ökonomische Wurzel des Revisionismus als der Spielart des aktiven politischen Opportunismus der Arbeiteraristokratie, die die Arbeiterbewegung in der imperialistischen Epoche des Kapitalismus spaltete."Eine der Hauptursachen, welche die revolutionäre Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern erschweren, besteht darin, daß es dem Kapital hier dank Kolonialbesitz und den Extraprofiten des Finanzkapitals usw. gelungen ist, eine relativ breite und feste Schicht der Arbeiteraristokratie herauszubilden, die eine kleine Minderheit ist. Sie erfreut sich besserer Lohnbedingungen und ist am meisten vom Geist zünftlerischer Beschränktheit, von kleinbürgerlichen und imperialistischen Vorurteilen durchdrungen. Das ist die wahre soziale 'Stütze' der II. Internationale, der Reformisten und 'Zentristen'..."(Thesen über die Hauptaufgaben des II. Kongresses der Komintern, W 31/s.181)
Die Durchsetzung der revisionistischen Linie dieser Arbeiterführer in der Arbeiterklasse erfolgte nicht über "Manipulation" und dergleichen, sondern auf der allgemeinen Basis reformistischen Arbeiterbewußtseins. Dieses wurzelt im Kapitalverhältnis selbst, in der formalen Gleichheit von Lohnarbeit und Kapital auf dem kapitalistischen Markt, die die Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse überdeckt (Lohnfetisch, Warenfetisch etc.), sowie in der realen Bewegung des Kapitals, die mit der ständigen Umwälzung des Produktionsprozesses auch Differenzierungen in der Arbeiterklasse selbst hervorruft, die die materielle Grundlage für Spaltungen in der Arbeiterklasse abgeben.
Verstärkt wurde der hier angelegte Reformismus in der Arbeiterklasse durch die scheinbar krisenfreie Restauration des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg und das noch nicht abgeschlossene Einströmen kleinbürgerlicher Elemente in die Arbeiterklasse durch die Proletarisierung kleingewerblicher und bäuerlicher Schichten.
Erst diese <u>allgemeinen</u> Bedingungen einer sich ständig mit dem Kapitalverhältnis reproduzierenden Basis des Reformismus in der Arbeiterklasse und die <u>besonderen</u> Bedingungen des Monopolkapitalismus und in deren Folge der Restauration des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg ermöglichten es der opportunistischen Arbeiteraristokratie, ihre revisionistische Politik in der Arbeiterklasse durchzusetzen, die Arbeiterklasse unter Kontrolle zu halten und - politisch über die SP - an die Bourgeoisie zu ketten.
Diese Arbeiteraristokratie ist nun gegenüber der gesamten Arbeiterklasse tatsächlich "verselbständigt" - allerdings nicht im

Sinne einer soziologischen Verselbständigung der weißen Krägen und der Amtsstubenmentalität, der Entfremdung bürokratisierter Arbeiterfunktionäre von der Basis etc., sondern im Sinn einer ideologischen Verselbständigung auf der Basis ökonomischer und sozialer Privilegierung und Bestechung in der verschiedensten Form (2). Aber weil diese Bestechung und diese Privilegien eben nur die ökonomische Basis eines ideologischen Stellungwechsels auf die Seite des Kapitals darstellen, wäre es vollkommen falsch, die Angriffe nur gegen diese Privilegien und Bestechungsfälle zu richten (wie es die KP mit Vorliebe tut). Privilegierte Kapitalistenbüttel wird es geben, solange es den Kapitalismus gibt. Die opportunistischen Arbeiterführer in der Arbeiteraristokratie müssen primär nicht ihrer Privilegien, sondern ihres politischen, ihres ideologischen Einflusses auf die Arbeiterklasse beraubt werden. Das aber geschieht nicht in einer für die Arbeiter politisch bewußten Form durch die moralisierende Anprangerung von Privilegienwirtschaft und Korruption, sondern durch die permanente Entschleierung des Kapitalverhältnisses als Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis und über die Entlarvung des Opportunismus als Fessel des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse.
Die ideologische Verselbständigung der Arbeiteraristokratie gegenüber der gesamten Arbeiterklasse wird historisch begleitet von einer bewußt vorangetriebenen organisatorischen Verselbständigung der von diesen Schichten dominierten Arbeitervertretungen, der Gewerkschaften, von den auf einen formalen Mitgliederstatus reduzierten gewerkschaftlich "Organisierten". Diese Entwicklung bringt für die opportunistische Führung der Arbeiter und ihre Bourgeoiskomplizen Vorteile, aber auch Gefahren mit sich. Einerseits ist der Gewerkschaftsapparat (mit all seinen ökonomischen und politischen Druckmitteln) und die Gewerkschaftspolitik auf diese Weise völlig in der Hand der Opportunisten und Bourgeois in den Führungsgremien - ohne die Gefahr einer Einmischung der Gewerkschaftsmitglieder und ohne die Gefahr einer Infiltration durch revolutionäre Arbeiterkader - und kann so innerhalb der Grenzen gewisser Legitimationserfordernisse völlig für die Interessen der SP und damit der Bourgeoisie funktionalisiert werden. Andererseits bringt die Loslösung des Gewerkschaftsapparats von der Arbeiterschaft die Gefahr mit sich, die Kontrolle über diese zu verlieren. Diese Zwiespältigkeit führt zu widersprüchlichen Bestrebungen innerhalb der Arbeiteraristokratie, die zwischen Stärkung der unteren Funktionärsebenen (eventuell durch Einsetzung von Vertrauensleuten in den Betrieben durch die Gewerkschaften) und Stärkung der Führungsgremien hin und her schwankt.

"Anti-bürokratischer Kampf":
Aus der organisatorischen Verselbständigung des ÖGB leiten nun einige Genossen die Notwendigkeit des "anti-bürokratischen Kampfes" in den Gewerkschaften ab, letztlich also den Versuch, den Opportunisten und Bourgeois den Gewerkschaftsapparat zu entreißen und die jetzt bestehenden Gewerkschaften zu einem Kampfinstrument der Arbeiterklasse zu machen.
Einmal ganz abgesehen von der praktischen Unmöglichkeit, eine derartige Taktik in den österreichischen Gewerkschaften in die Tat umzusetzen (dazu haben die Opportunisten und Bourgeois den Gewerkschaftsapparat viel zu fest in der Hand und viel zu gut gegen jede Infiltration abgesichert : eine solche Orientierung könnte bestenfalls eine Einschleichtaktik auf der unteren Funktionärsebene bedeuten, die notwendigerweise mit dem Ausschluß oder der ideologischen Integration enden muß),

glauben wir, daß eine solche Orientierung falsch ist, weil sie die Gewerkschaftsfrage abstrakt und rückwärtsgewandt behandelt: Lenins Stellungnahme für die Notwendigkeit der Arbeit der Kommunisten in den reaktionären Gewerkschaften ist nicht davon ausgegangen, daß man überall arbeiten müsse, wo es reaktionär zugeht. Ihm ging es darum, einsichtig zu machen, daß man unbedingt dort arbeiten müsse, "wo die Massen sind. Man muß jedes Opfer bringen und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in denjenigen - und seien es auch die reaktionärsten - Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische und halbproletarische Massen gibt. Die Gewerkschaften ... sind aber gerade Organisationen, die Massen erfassen." (Linker Radikalismus, W 31/38) Lenin sagte dies zu einem Zeitpunkt, wo "gerade in den proletarischen Massen, den 'unteren Schichten', unter den Rückständigen, ... das Klassenbewußtsein und das Streben nach Organisation zu(nahm). Millionen von Arbeitern in England, Frankreich, Deutschland gehen zum e r s t e n M a l von der vollständigen Unorganisiertheit zur elementaren, untersten, einfachsten (...), zugänglichsten Organisationsform, nämlich zu den Gewerkschaften über ..." (W 31/38f)
Zwei Faktoren waren also für Lenin bestimmend für die Entscheidung, in den reaktionären Gewerkschaften zu arbeiten : erstens die zunehmende Organisierung von proletarischen und halbproletarischen Massen in den Gewerkschaften und zweitens der Umstand, daß diese Organisierung auf die Entwicklung des Klassenbewußtseins zumindest bis zu der Erkenntnis der Notwenigkeit des Zusammenschlusses gegen die Unternehmer und die Regierung zurückging.
Genauso muß die Fragestellung auch heute lauten : finden wir die Arbeiter, die dieses gewerkschaftliche Bewußtsein entwickelt haben, in den Gewerkschaften, sind sie dort organisiert? Und diese Frage läßt sich nicht allein mit dem Blick auf die Mitgliederstatistiken des ÖGB beantworten. Massen von Mitgliedern gibt es auch in den Arbeiterkammern (nämlich gezwungenermaßen alle Lohnabhängigen) und der ÖGB hat gerade in den Großbetrieben genügend Druckmittel in der Hand, um die Gewerkschaftsmitgliedschaft ebenso wie dort zu erzwingen, wie er auch den Austritt verhindern kann. Die Frage stellt sich also so, ob der hohe Mitgliederstand des ÖGB auf das hochentwickelte gewerkschaftliche Bewußtsein der österreichischen Arbeitermassen zurückgeht oder auf Druckmaßnahmen des ÖGB und Lockmittel wie Freizeitversicherungen etc., ferner, ob der ÖGB die Arbeitermassen tatsächlich für den gewerkschaftlichen Kampf organisiert oder desorganisiert, weiters, ob der historische Prozess der Integration des Gewerkschaftsapparates in den bürgerlichen Staatsapparat ein reversibler Prozeß ist.
Da wir den ÖGB nirgendwo als gewerkschaftliche Organisation der bewußten Arbeiter sehen, in der man arbeiten könnte, da wir weiters den Verstaatlichungsprozeß des ÖGB-Apparats für einen nicht einfach über eine "STärkung der Basis gegenüber der ÖGB-Spitze" reversiblen Prozeß halten, auf der anderen Seite aber die gewerkschaftliche Organisierung der bewußten Arbeiter für eine unbedingte Notwendigkeit halten, bestimmen wir unsere Aufgabe als Kommunisten als die der Unterstüzzung dieser gewerkschaftlichen Organisierung auf betrieblicher Ebene. Dabei geht es nicht um eine Gegenorganisation zum ÖGB, da der ÖGB als gewerkschaftliche Organisation in den Betrieben de facto gar nicht existiert, sondern um die erste und niedrigste Form der Organisierung der Arbeiter im

den Betrieben,denen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter gegen die Kapitalisten bewußt geworden ist.

ÖGB-Führung/SP-Regierung :

Genausowenig,wie die Sozialdemokratische Partei erst durch die Übernahme des Regierungsgeschäfts des Kapitals zur Partei der Monopolbourgeoisie geworden ist,ist auch die Führung des Gewerkschaftsbundes erst durch den SP-Regierungsantritt in eine opportunistische Rolle "gedrängt" worden.Die bürgerliche Linie beherrschte den ÖGB schon von allem Anfang an.Deshalb wäre es auch falsch,die opportunistische Politik der ÖGB-Führung in der SP-Regierungsperiode damit zu erklären, daß die (sozialdemokratischen) Gewerkschaftler nur aus Parteidisziplin und Loyalität gegenüber "ihrer" Regierung eine "maßvolle" Lohnpolitik betreiben.Die Arbeiteraristokratie,die den Funktionärsapparat des ÖGB dominiert, steht auf dem Standpunkt des Kapitals,egal wer in der Regierung sitzt,ganz zu schweigen von den Bourgeois an der Spitze des ÖGB !

Wenn auch die SP über die Arbeiteraristokratie die große Masse der Arbeiter an die Bourgeoisie bindet,so hat der Umstand,daß sie nun als Regierungspartei auch den geschäftsführenden Ausschuß der Kapitalistenklasse stellt,doch nicht eine in allen Details völlig gleiche Politik der ÖGB-Führung und der SP-Regierung zur Folge.Die verschiedenen objektiven Funktionen der beiden Ausschüsse und die daraus resultierenden verschiedenen Legitimationserfordernisse führen zu gewissen Differenzen im Vorgehen beider Cliquen der Sozialdemokratie : die SP-Regierung muß sich nicht nur als scheinbar klassenneutrale Vertreterin des Gemeinwohls legitimieren wie jede andere Regierung des Kapitals auch,sondern auch als Regierung einer "Arbeiterpartei".Sie muß den Anschein erwecken,das Gemeinwohl im Interesse der Arbeiter besser zu vertreten als andere Regierungen vor ihr.Sie kann also nicht nur eine'vernünftige' Lohnpolitik propagieren,sondern muß zugleich den Anschein erwekken,eine gerechte und den Arbeitern nicht schadende 'gleiche Lastenverteilung in schweren Zeiten' vorzunehmen,indem sie auch eine 'vernünftige' Preispolitik verlangt.Sie fordert die Arbeiter auf,geringe Lohnerhöhungen zu verlangen,dafür würde sie dann dafür sorgen,daß auch die Preise nicht mehr so stark steigen (was sie ohne Einschränkung der Profite in Wirklichkeit gar nicht könnte und deshalb natürlich auch nicht beabsichtigt). Die ÖGB-Führung,die sich in weit stärkerem Ausmaß als Arbeitnehmervertretung legitimieren muß, braucht wiederum auf jeden Fall Lohnerhöhungen in einem gewissen Ausmaß,die Preise sind ihr dabei verhältnismäßig egal.Dementsprechend bietet sie auch in der Paritätischen Kommission ständig ihre Zustimmung zu Preiserhöhungen im Austausch gegen die Unternehmerzustimmung zu Lohnerhöhungen an.Die Rücksichten auf die SP-Regierung im besonderen und auf die Bourgeoisie überhaupt zwingen die ÖGB-Führung jedoch - unter bestmöglicher Wahrung des Anscheins einer unabhängigen Interessenspolitik - zu einem Kompromiß bei ihren Lohnforderungen, die dementsprechend nieder angesetzt sind.

KP/GE

Welche Rolle spielt die KP und ihre Gewerkschaftsfraktion in den laufenden Lohnrunden ? Was beide in ihrer Propaganda vertreten,ist nichts anderes als der "bessere" trade-unionistische Standpunkt. Was sie fordern (allgemeine Ist-Lohnerhöhungen um 18%,Mindesttariferhöhung um 20%),liegt zwar quantitativ über dem,was die ÖGB-Führung (ganz abgesehen von ihren jeweiligen offiziellen Forderungen) für die Arbeiter durchsetzen will und dürfte im allgemeinen

auch eine ungeschmälerte materielle Reproduktion der Arbeiterklasse auf einige Zeit gewährleisten.
Einmal abgesehen davon, wie diese Forderung zustandegekommen ist (in den Rechenzentren des KP-Apparates), ist die Art, wie für diese Forderung argumentiert wird, in übelster Weise reformistisch. Berechnet wurde die Forderung aus den gestiegenen Lebenshaltungskosten (eigentlich sogar nur aus den Preissteigerungen laut Nemschak-Index) plus der gestiegenen Produktivität und dann gleich noch einmal aus dem Gleichen (wenn auch nicht Deckungsgleichen) unter anderem Namen, nämlich aus dem Wirtschaftswachstum (5% Preissteigerungen + 7-8% Produktivitätssteigerung + 5,5% Wirtschaftswachstum = 18%).
Was mit solchen Rechenkunststükken in der Propaganda erreicht wird, liegt auf der Hand : die Verfestigung eben <u>der</u> reformistischen Verteilungsillusionen, die in der formalen Gleichheit von Lohnarbeit und Kapital auf dem kapitalistischen Markt wurzeln, und des Fetisches des Leistungslohns, nach dem jeder eben das bekommt, was ihm auf Grund seiner Leistung=Produktivität zusteht. "Gerecht" sind Lohnerhöhungen, wenn die Leistung steigt - wo diese sinkt (etwa bei Nichtauslastung der Produktionskapazitäten, Rückgang des Wirtschaftswachstums), müßten auch Lohnsenkungen "gerecht" sein. Bei einer derartigen Argumentation geht es gar nicht mehr darum, das Lohnsystem als solches in Frage zu stellen und damit auch den Markt, sondern darum, auf diesem Markt den "gerechten Lohn" auszuhandeln - durch "Umverteilung" zwischen Lohnarbeit und Kapital : "Preise und Produktion stiegen in den letzten 17 Monaten um 14,5%. Rechnet man den steigenden Lohnsteuerabzug ein, dann müssen mindestens 18% gefordert werden, um <u>eine einigermaßen notwendige Umverteilung der Einkommen zugunsten der arbeitenden Menschen</u> zu erlangen." (Volksstimme, 10.3.72)

Begleitet wird diese Argumentation von den obskursten "Ratschlägen", wie der Krise in Österreich am besten beizukommen sei. Die KP/GE benützt die fortschreitende Krise nicht etwa dazu, um den Arbeitern die <u>Notwendigkeit</u> der Krisen im Kapitalismus bewußt zu machen, sondern versucht im Gegenteil die Vorstellung zu erwecken, daß es zu Krisen gar nicht kommen müßte, wenn man nur immer auf die KP hören und ihren Vorschlägen folgen würde. Vor allem mit den folgenden zwei Methoden wollen die KP-Reformisten den Kapitalismus in Österreich gesundbeten : einmal mit Lohnerhöhungen, damit die Massenkonsumtionskraft gesteigert wird (die Arbeiter sollen den Kapitalisten ihren Warenberg abkaufen, damit deren Kapitalakkumulation wieder auf Touren kommt), zum zweiten durch Forcierung des Osthandels (die sozialistischen Länder sollen die Möglichkeit bekommen, den Kapitalisten den Warenberg abzunehmen, damit sie in ihrer Akkumulation nicht unnötig gestört werden).
Daß die KP/GE mit solchen Rechenkunststückchen und Krisenrezepten aus der Zauberküche des Revisionismus sogar noch <u>neben</u> dem reformistischen Bewußtsein der breiten Arbeitermassen zu stehen kommt, ist verständlich. Man wird nicht zur Avantgarde des Proletariats, indem man eben andere Berechnungen als der ÖGB anstellt, dann um ein paar Prozent mehr fordert als dieser und schließlich diese Forderung den Arbeitern vor die Nase hält mit dem beschwörenden Hinweis, daß dies nun die "gerechte" Forderung sei, für die sie sich gefälligst einsetzen sollen. Tatsächlich haben sich auch keine Betriebsbelegschaften in bewußter, organisierter Form hinter diese Forderungen gestellt. Sie waren ja auch nicht die Vereinheitlichung von Forderungen der Arbeiter aus den Betrieben (zu solchen Forderungen kam es noch gar nicht), sondern Produkte des mathematischen Reformismus. Das Proletariat braucht heute aber keine

Vorrechner, sondern Kommunisten, die den wahren Charakter des ÖGB und der Sozialdemokratie aufdekken, alle Illusionen über die bürgerliche Linie dieser Arbeiterführer zerstören und damit auch erst einmal die Notwendigkeit bewußt machen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, selbst Forderungen aufzustellen und den Kampf dafür zu führen. Solange dieser Bewußtseinsstand aber noch nicht erreicht ist, ist das Hausierengehen mit ausgetüftelten Forderungen ein lächerlicher Anbiederungsakt, der Versuch, sich dem Proletariat als Avantgarde von eigenen Gnaden vorzuspannen. Jeder derartige Versuch muß einen unweigerlich aus jeder realen (und nicht nur in KP/GE-Hirnen existierenden) Bewegung hinauskatapultieren.

Obwohl die KP/GE keinen realen Einfluß auf den Verlauf der Lohnverhandlungen hat und ihre Forderungen dort bleiben werden, wo sie ausgerechnet wurden, kann es für die MLS notwendig werden, gegen die wüste Reformpropaganda der KP dort aufzutreten, wo auf Grund einer stärkeren Verankerung der KP eine zusätzliche Verseuchung der Arbeiterschaft mit revisionistischen Vorstellungen zu befürchten ist. Damit lassen wir auch die falsche Orientierung fallen, die noch in den 'Thesen' des BA enthalten war, wo wir schrieben: "Klar ist weiters, daß sich das Auftreten des BA in keinem Fall gegen die KP oder GE als kommunistische Partei bzw. Fraktion richten wird, da dies für die Arbeiterschaft unverständlich und schädlich wäre." Diese (bei der damals bereits weit fortgeschrittenen Kritik an der KP) seltsame Feststellung erklärt sich daraus, daß zum Zeitpunkt der Erstellung der 'Thesen' aus der richtigen Einschätzung, daß wir heute als MLS für das Proletariat keine organisatorische Alternative zur reformistischen KP darstellen, noch nicht der richtige Schluß gezogen wurde, daß sich heute das Hinarbeiten auch auf diese organisatorische Alternative - also die langfristige Orientierung auf die Erfordernisse des Parteibildungsprozesses des Proletariats - als Aufgabe der Kommunisten stellt. War man aber selbst keine organisatorische Alternative und faßte man auch den Aufbau einer solchen Alternative überhaupt nicht ins Auge, so blieb nur noch die KP als potentielles Sammelbecken für die Arbeiter, die sich zu Revolutionären entwickelten. Dies führte dann zu der oben zitierten falschen Orientierung.

Unsere heutige Auffassung ist, daß es im Gegenteil schädlich wäre, nicht gegen die revisionistische Politik der KP aufzutreten, wo sie einen realen und den Fortschritt des Klassenbewußtseins behindernden Einfluß hat. Ob unsere Kritik an der KP verständlich ist, hängt letztlich von uns selbst ab, davon, ob es uns gelingt, den fortschrittlichen Arbeitern klarzumachen, daß die KP keine revolutionäre Alternative zur Sozialdemokratie darstellt.

G. Stemberger

Anmerkungen

(1) MLS-Betriebsausschuß: Thesen zur politischen Arbeit der MLS im proletarischen Bereich, Dezember 71

(2) "Das Ganze läuft ja tatsächlich auf Bestechung hinaus. Es geschieht auf tausenderlei verschiedenen Wegen: durch Hebung der Kultur in den größten Zentren, durch Gründung von Bildungsanstalten, durch Schaffung von Tausenden warmen Pöstchen für die Führer der Genossenschaften, der Gewerkschaften und der Parlamentsfraktionen." (II. Kongreß der Komintern, W 31/s.218f)

Die Lage in Indochina

Der am 18.3.70 erfolgte Staatsstreich der rechten Lon-Nol- Sirik-Matak-Clique mit Hilfe des CIA war der letzte Anlauf in einer langen Reihe von Erpressungsversuchen und Grenzprovokationen um das his dahin neutrale Kamhodscha in die US-Agressionsstrategie gegen Vietnam einzuhauen. CIA und Pentagon hatten sich aher grundlegend verrechnet. Demonstrationen und Aufstände verjagten die Bezirks- und Distriktsregenten, so daß die Putschisten nie mehr als 1/5 ganz Kamhodschas kontrollieren konnten. Heute ist sogar schon die Hauptstadt Phnom-Penh, ihre letzte Zuflucht, in unmittelharer Gefahr. An Stelle einer ruhigen und sicheren Basis für seine militärischen Operationen hatte sich der USA-Imperialismus einen neuen Kriegsherd eingehandelt, auf dem seine Niederlage innerhalh weniger Monate offensichtlich war. War das schon eine gewaltige Niederlage, so entwickelte sich auch der Üherfall vom 30.April zu einem einzigen Dehakel.
30 000 US- und Marionettensoldaten fielen in Kamhodscha ein, wohei sie es nicht einmal für nötig hielten, sich "zur Hilfe" rufen zu lassen, heziehungsweise ihre Komplicen in Phnom-Penh üherhaupt nur zu informieren. Die Niederlage hätte nicht katastrophaler sein können. Weder konnte das von ihnen verzweifelt gesuchte, angehlich hier ansässige "Vietcong-Hauptquartier" gefunden werden, noch konnten sie die schwerhedrängten Putschisten entlasten. Viel mehr hätten sie selhst der Hilfe hedurft. Ihr Einmarsch war hald gestoppt, Verluste an Mensch und Material gewaltig. Das Ahwhrfeuer der Partisanen war so stark, daß die Huhschrauherpiloten zeitweilig weitere Einsätze verweigerten. Der völlige Schiffhruch konnte nicht verheimlicht werden, der "geordnete Rückzug" wurde selhst in der hürgerlichen Presse mit Skepsis aufgenommen. Es war auch eine seltsame "Ordnung", die die Marionetten truppen einheilten, als sie Rettungshuhschrauher stürmten und lieher im Freien flogen als zurückhliehen.
Angesichts solcher Siege in ganz Indochina, die von der Tet-Offensive von 1968 his zu den Erfolgen der laotischen Befreiungshewegung an der Fernstraße 9, wo amerikanische Truppen zurückgeschlagen wurden, so wie der Rückerohерung der Ehene der Tonkrüge, reichen, setzte sich innerhalh von Teilen der Linken immer mehr die Ansicht durch, daß der USA-Imperialismus in Indochina endgültig am Ende sei und der Sieg der sozialistischen Kräfte hevorstehe. Teilweiser Rückzug und verschiedene politische Manöver der Nixon-Administration taten das ihre, sodaß es aussah, als gehe es den USA tatsächlich nur mehr darum, "das Gesicht zu wahren", "heil aus der Sache herauszusteigen", wie die Phraseologie der hürgerlichen

Presse es darzustellen beliebt.
Anders läßt es sich sonst nicht erklären, daß seit der letzten Kambodscha-Demonstration 1970 in Wien die Vorgänge in Indochina bzw. die gesamte Ostasienstrategie des USA-Imperialismus in der Propaganda und Agitation der Linken keine Rolle mehr spielte.
Solche hoffnungsfrohen, aber fern der Realität stehenden Auffassungen hatten aber nur aufkommen können, weil der unmittelbare Zusammenhang zwischen Indochina und der Globalstrategie des USA-Imperialismus in ganz Südostasien nicht genügend hergestellt und herausgestrichen worden war.
Die z.Zt. politisch maßgeblichen Gruppen des amerikanischen Kapitals sind nicht gewillt, ihre permanente Agression aufzugeben. Alle Schachzüge, ob militärischer oder politischer Natur sind nichts anderes als die Versuche, mit je verschiedenen Methoden ein Ziel zu reichen: die Befreiungsbewegungen in Indochina zu zerschlagen, um so dem revolutionären Prozeß in Südostasien einen vernichtenden Schlag zu versetzen und sich so selbst weiter als Führungsmacht des Weltimperialismus zu behaupten.
Neben den militärischen Aspekten sind die Bodenschätze Südostasiens von strategischer Bedeutung für die Existenz des imperialistischen Weltsystems. Die zunehmende Bedeutung Japans im militärischen Zusammenspiel mit den USA ist nicht nur auf die relative Schwäche des USA-Imperialismus zurückzuführen, dem sein chronisches Defizit sowie seine Dollarschwäche zu schaffen machen, sondern ist auch die logische Folge der ökonomischen Expansion des japanichen Monopolkapitals in diesem Raum, die es militärisch und politisch zu sichern gilt.
Seit 1950 läßt sich an Hand der amerikanischen Politik in Indochina das Wesen imperialistischer Politik überhaupt aufzeigen.
Unentwegte Agression und Täuschungsmanöver liegen ihr zugrunde - und das keineswegs zufällig.
Imperialismus bedeutet eben Kapitalexport und Kapitalexport bringt nicht nur Ausbeutung, sondern auch in deren Folge Unterdrückung mit sich, die mit ihrer ganzen Brutalität ans Tageslicht kommt, wenn die ausgebeuteten Völker ihr Joch abzuschütteln beginnen. Täuschungsmanöver, weil die eigene Agression als Friedenspolitik ausgegeben werden muß um die eigene Arbeiterklasse von dieser Seite her nicht zur radikalen Kritik vordringen zu lassen. Radikale Kritik bedeutet aber nichts anderes, als den Imperialismus mitsamt seinen Verbrechen als besonderes Stadium des Kapitalismus zu begreifen.
So können die Anti-Vietnamkriegskampagnen in den USA erst dann zur realen Gefahr werden, wenn sie die Arbeiterklasse erfassen, denn das heißt dann Angriff auf die kapitalistischen Produktionsverhältnisse auch im eigenen Land.
In Indochina ist an der Politik der USA zu sehen, wie der USA-Imperialismus versuchte, die im II.Weltkrieg stark gewordene Befreiungsbewegung für ihre Interessen zu nutzen um den anderen imperialistischen Konkurrenten die Herrschaft über ihre Kolonien abzujagen. Wo dies nicht gelang, weil die Befreiungsbewegung eben nicht bei der Erkämpfung der formalen Unabhängigkeit stehen blieb, sondern eine konsequent revolutionäre Linie (unter kommunistischer Führung) beibehielt und keine opportunistischen Kompromisse mit den Imperialisten einging, wendeten sie sich von dieser Politik ab. Aufgabe konnte es dann nur noch sein, eigene Marionettenregimes zu errichten und alle Anstrengungen zu unternehmen um die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen.

Vietnam

Im März 1939 begannen japanische Truppen französisches Territorium in Indochina zu besetzen. Der Apell Frankreichs an die USA, weitere bevorstehende Angriffe abzuwehren, wurde ablehnend beant-

wortet. Und das mit gutem Grund. Die Politik der USA bestimmte sich danach, nichts zu unternehmen, was die Position Frankreichs in Indochina stärken könnte. Roosevelt strebte eine internationale Treuhandschaft an, um die Neutralisierung Indochinas erreichen zu können. Diese nach außen hin antikoloniale Politik bedeutete aber keineswegs die Aufgabe des Versuchs, wirtschaftliche Dominanz zu erreichen, vielmehr war sie das Werkzeug um die Konkurrenten auszustechen. Mit dem Kriegseintritt 1941 änderte sich die Situation - Japan wurde zum Kriegsgegner. Was lag näher, als die Vietminh zu unterstützen, die sowohl gegen die japanischen Faschisten, als auch gegen die französischen Kolonialisten kämpften. Daher leisteten sowohl die USA als auch Nationalchina Geld- und Waffenhilfe. Diese Politik wurde bis über den II. Weltkrieg hinaus verfolgt. Allmählich änderte sich diese Haltung. Der Gesinnungswandel war wesentlich durch die Vorgänge in China herbeigeführt worden, wo die Kommunisten ganz Festlandchina bis 1949 befreit hatten. Der Sieg der Kommunisten wurde von Seiten der USA zurecht als totale Niederlage ihrer Politik in China begriffen. Allein daraus aber den Umschwung herleiten zu wollen, wäre vielleich verfehlt. Sicher waren die Erfahrungen privater Finanzgruppen im befreiten Norden nicht unwesentlich. Vergeblich hatten sich nämlich amerikanische Firmen darum bemüht, Aufträge für den Aufbau Vietnams zu ergattern. Daß die USA sich aber langezeit Illusionen über den Charakter der Vietminh Regierung gemacht haben, die sie offenbar bloß für Nationalisten hielten, geht z.B. aus einer Äußerung des damaligen Außenministers hervor, der erst anläßlich der Anerkennung der Viet-Minh-Regierung durch einige sozialistische Staaten von der Beseitigung aller US-Illusionen über den "nationalistischen" Charakter des Vietminh sprach. Immer mehr wurden die Kosten des französischen Krieges von den USA übernommen, deren diplomatischer Druck immer stärker wurde, je mehr die Kriegsmüdigkeit in Frankreich zunahm. Seit ungefähr 1949/50 waren sich die USA darüber im Klaren, daß Vietnam nicht aus der "freien" Gemeinschaft herausfallen durfte. Je mehr die Niederlage herannahte, orientierte die USA sich auf "gemeinsame" Aktionen. Der damalige Vizepräsident Nixon präzisierte: "Wenn die Franzosen abzögen, wäre Indochina innerhalb eines Monats kommunistisch beherrscht....Wir hoffen, daß die Vereinigten Staaten keine Truppen dorthin schicken müssen, aber wenn es unsere Regierung nicht verhindern kann, muß die Administration der Situation in Auge sehenund Truppen entsenden. Deshalb müssen die Vereinigten Staaten nach Genf gehen und eine positive Stellung für eine gemeinsame Aktion der Freien Welt beziehen."
Nach der vernichtenden Niederlage bei Dien Bien Phu fand vom 26. April bis zum 21. Juli 1954 die Genfer Konferenz statt. Gemäß der Vorstellung einer "gemeinsamen" Aktion gingen die USA in Geheimverhandlungen vor. Diese Scheiterten am Widerstand Englands. Welchen Wert abgeschlossene Abkommen für die USA haben, zeigte bereits der erste Plan zur Liquidierung der revolutionären Bewegung: "Frankreich sollte den drei Assozierten Staaten (Laos, Kambodscha, Vietnam) vollständige Unabhängigkeit gewähren, gemeinsam mit diesen die USA und die anderen ANZUS-Mächte um eine Intervention bitten und schließlich selbst weiter am Krieg teilnehmen." (Gäng, Horlemann: Vietnam, Genesis eines Konflikts, p. 73)
Abkommen waren nur sinnvoll, wenn sie die Gewähr boten, ohne viel Schwierigkeiten zur Liquidierung der Revolution übergehen zu können. Taten sie das nicht, war von Anfang an für die USA jedes Abkommen ein Fetzen Papier, das zu unterschreiben sich nicht lohnte. Die Verhandlungen teilweise boykottierend, gaben sie eine zusatzerklärung ab, worin sie erklärten,

von Drohungen und Gewaltanwendung Abstand zu nehmen um die Erfüllug der Verträge nicht zu verhindern. Getreu ihren Absichten verhinderten die USA daher alle Vereinbarungen. Was gemeinsam nicht ging, mußte eben allein geschafft werden. So sabotierten sie die vorgesehenen freien Wahlen, verhinderten die Wiedervereinigung, unterstützten Marionettenregierungen und intensivierten den Terror, der mit den "Denunziert-die-Kommunisten-Kampagnen" begann, entsprechend dem Anwachsen des Widerstandes bis zum gezielten Völkermord. Synchron zu den Machenschaften in Südvietnam wurde der Aufbau eines Verteidigungsbündnisses für ganz Südostasien in Angriff genommen. Bereits am 8.September 1954 (!), d.h. kaum zwei Monate nach Genf, wurden die SEATO-Verträge nach NATO-Vorbild von Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, den Philippinen, Thailand und den USA sowie Pakistan unterzeichnet. Der Vertrag diente der militärischen Absicherung gegen jede "Agression" und gegen jede "Subversion" von innen; Damit konnte man daran gehen, revolutionäre Bewegungen in ganz Südostasien gemeinsam zu bekämpfen. Aus Aktualitätsgründen wurde der Vertrag sogleich auch auf Südvietnam (entgegen den Genfer Verträgen, die jegliches Militärbündnis verboten) ausgedehnt. Miteinbezogen wurden auch die durch Genf soeben neutral gewordenen Staaten Laos und Kambodscha, ohne deren Regierungen auch nur zu fragen.

Laos

In den Jahren 1894 bis 1896 war Laos von den Franzosen erobert worden. Laos unterlag während der französischen Konialherrschaft ähnlichen Bedingungen wie Vietnam. Das französische Interesse galt vor allem den großen Zinnvorkommen, dem Waldreichtum und der Möglichkeit der Errichtung großer Plantagen. Wichtiger als die wirtschaftlichen Möglichkeiten war jedoch die militärische Bedeutung. Laos hat gemeinsame Grenzen zu China Vietnam, Thailand, Kambodscha und Burma.
Wegen des völligen Fehlens einer geeigneten Infrastruktur war die wirtschaftliche Ausbeutung durch die französischen Kolonialisten eher gering. Daraus ist die große wirtschaftliche Rückständigkeit Laos' zu erklären, die sich auch unter der japanischen Besetzung nicht änderte. Dementsprechend entwickelte sich die revolutionäre Bewegung unter der drei Millionen zählenden Bevölkerung nur mäßig. Darüber hinaus zerfiel und zerfällt die Bevölkerung in an die sechzig Minoritäten, welche jeweils auf verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungsstufen stehen. Der Widerstand gegen die französischen Imperialisten kam kaum über den Charakter von Revolten hinaus; es war ihnen daher auch ein Leichtes, die laotische Revolution vom Oktober 1945 nach der japanischen Kapitulation niederzuschlagen.
Die "Provisorische Regierung des unabhängigen Laos" proklamierte zwar am 12. Oktober die Unabhängigkeit des Landes, bereits im März 46 hatten die Franzosen aber die Herrschaft über das ganze Land wieder errichtet. Die bewaffneten Einheiten mußten sich nach Thailand absetzen.
Der danach einsetzende Aufschwung der Bewegung ist nur im Zusammenhang mit der vietnamesischen Revolution verständlich, an deren Kriegsführung angeknüpft wurde. Darüber hinaus bestand enge militärische Zusammenarbeit, die durch die Bildung einer Allianz der Völker Vietnams, Kambodschas (Khmers) und Laos' 1951 eingeleitet wurde und ihren Triumph bei Dien Bien Phu erlebte, wo die Befreiungsbewegung die laotischen Zufahrtswege sperrte.

Nachdem sie das Land bereits teilweise befreit hatte, hatte die NEO LAO ITSALA (die Vorläuferin der heutigen NEO LAO HAKSAT, deren militärischer Arm die PATHET LAO sind) nach Dien Bien Phu keinen eigentlichen militärischen Gegner mehr. Das Genfer-Abkommen sah für

1955 die Bildung einer gewählten Regierung vor. Die Wahlen sollten unter der Ministerpräsidentenschaft des Prinzen Souvana Phouma vorbereitet werden. Die revolutionären Streitkräfte sollten sich auf 2 Nordprovinzen zurückziehen, was sie in Erwartung eines sicheren Wahlsieges auch taten.

Von seiten der USA war für Laos dasselbe "Schicksal" vorgesehen, wie für Südvietnam. Bereits seit 1950 hatten die USA einige Spezialtruppen in Laos unterhalten, als auch ein Spionagenetz aufgebaut, mit einem Wort alle Vorbereitungen getroffen, um die strategischen Interessen durchsezten zu können. Der strategische wert Laos' war zu offenkundig. Eisenhower 1959: " Laos zu verlieren bedeutet, ganz Indochina zu verlieren und damit gleichzeitig die strategischen Güter Südostasiens." Die Frage für die USA war daher nur mehr, wie die Genfer Verträge auch für Laos am besten zu umgehen wären. In den Jahren 1954 - 57 war die Befreiungsbewegung stärksten Repressionen ausgesetzt, nach anfänglichen Schwierigkeiten erholte sie sich, 1957 mußte Souvana Phouma ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnen. Dieses sah allgemeine Wahlen vor, sowie die Wahrung der Neutralität des Landes.

Nach den Nachwahlen im Mai 58 hatte die NEO LAO ITSALA unter Souvana Phong trotz stärkster Behinderung 13 von 21 Parlamentssitzen erhalten. Souvana Phouma wurde daher nach 58 gestürzt; er hatte sich als unfähig erwiesen, die revolutionäre Bewegung zu liquiedieren, und Phoui Sananikone ins Amt gebracht, eine verbrecherische Marionette, die eine erbarmungslose Offensive in Gang brachte. Souvana Phong wurde gefangengenommen, die übrigen Führer umgebracht und deren Köpfe öffentlich zur Schau gestellt.

Damit waren aber die politischen Aktivitäten des CIA noch längst nicht erschöpft, seine Leistung in Laos ist geradezu einzigartig - "in 13 Jahren verbrauchten sie 13 Regierungschefs" (RPK, 56/57) 1960 floh Souvanna Phong aus dem Gefängnis, "die Wachen nahm er mit" (AZ, 24.2.71). Die Befreiungsbewegung setzte sich in zahlreichen Provinzen durch, so daß er wegen der großen Erfolge Anfang der sechziger Jahre zu Verhandlungen kam, während deren die Marionettentruppen durch ständige militärische Angriffe ihre Verhandlungspositionen zu verbessern hofften. Die Regierungstruppen erlitten aber bei Nam Tha eine totale Niederlage.
Die USA dohten mit Truppenentsendungen.
"Die Fixierung der Niederlage der USA erfolgte schließlich im Genfer-Laos-Abkommen vom 23. Juli 1962, das die Signatarstaaten (Burma, Kambodscha, DRV, Frankreic reich, Indien, Polen, Südvietnam, Thailand, UdSSR, Großbritannien und die USA) verpflichtet:
'a, daß sie keine Handlungen begehen, oder sich an solchen beteiligen, welche die Souveränität, Unabhängigkeit, Neutralität, Einheit oder territoriale Integrität des Königreiches Laos direkt oder indirekt beeinträchtigen könnten;
e, daß sie sich jeder dirketen oder indirketen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Königreiches Laos enthalten werden ...
g, daß sie keinerlei ausländische Truppen in irgendeiner Form in das Königreich Laos bringen werden und auch nicht zu der Versendung von ausländischen Truppen oder Militärpersonal nach Laos Beihilfe leisten oder ihr geheimes Einverständnis geben werden;...
i, daß sie das Territorium des Königreiches Laos nicht zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder benutzen werden" (RPK 1970, 56/57)
Aber Laos war strategisch zu wichtig, als daß die USA ernstlich gewillt sein konnten, das Abkommen zu respektieren. Die Niederlage durfte nur vorübergehend sein, noch dazu wo in Süd-Vietnam die FNL nicht zu liquidieren war.
Mit dem Militärputsch vom 19.4.64 war das Abkommen vom Tisch gefegt. Nach mehreren Zwischenspielen kam wieder Souvanna Phouma an die

Macht, unter dem der "Special War" richtig anfangen konnte. Innerhalb weniger Jahre erhöhte sich die Zahl der amerikanischen "Berater" auf 12 000 (1969), zugleich wuchs die Zahl der Marionettentruppen auf 70 000 (bei 3 Millionen Einwohnern !). Danben operieren heute noch 400 philippinische und 300 japanische Spezialisten in diesem Raum, sowie thailändische Truppen.

Kambodscha

Als letztes Glied in seiner Aufmarschkette fehlte dem US-Imperialismus das neutrale Kambodscha, das unter Prinz Norodom Sihanouk eine fortschrittliche Außenpolitik betrieb, sich nicht in die Abhängigkeit der USA begab, sondern im Gegenteil sogar eine gewisse Sympathie für den vietnamesischen und laotischen Befreiungskampf hegte. So fand im März 1965 die Konferenz der indochinesischen Völker in Pnom Penh statt, in deren gemeinsamer Resolution die Beendigung der US-Imperialistischen Agression gegen Indochina gefordert wurde. Der Staatsstreich von 1970 war nicht der erste Versuch der USA, ein proimperialistisches Regime zu installieren, er war nur der letzte von zahlreichen Verwchwörungen, deren wichtigste 1959 und 1963 stattfanden. Weiters kam es zu ständigen Angriffen Saigoner Truppen unter Unterstützung durch amerikanische Luft- und Landstreitkräfte gegen kambodschanisches Grnezgebiet.
Daß die Bemühungen der USA schließlich doch zum Erfolg kamen, heute ein Lakaienregime in Phnom Penh sitzt, ist auf die zwiespätige Politik Sihanouks zurückzuführen. Einer fortschrittlichen Außenpolitik stand eine brutale Unterdrückung im Inland gegenüber. Bereits unter Sihanouk hatten viele Bauern, Arbeiter und Intellektuelle zur revolutionären Bewegung des Roten Khmer gestoßen, die erbittert verfolgt wurde.
Sihanouk inszenierte Verfolgungskampagnen gegen die - teils offen mit der FNL sympathisierenden - viethameischen Minderheit in Kambodscha (die eine große Rolle im öffentlichen und politischen Leben des Landes spielt). Es lag auf der Hand, daß der Widerspruch zwischen der fortschrittlichen Außenpolitik und dieser Art von Innenpolitik nicht lange aufrechterhalten werden konnte. So wurde Sihanouk Opfer seiner eigenen Schaukelpolitik. Der CIA nutzte Rivalitäten und Kontroversen innerhalb der herrschenden Clique geschickt aus. Vor dem Putsch war Lon Nol Ministerpräsident und Verteidigungsminister, Sirik Matak stellvertetender Ministerpräsident, Cheng Heng Präsident der Nationalversammlung.
Nach seinem Sturz übte der Prinz Selbstkritik und versprach: "Angesischts meiner Fehleinschätzung werde ich das Amt des Staatsoberhauptes nach dem sicheren Sieg unseres Volkes über seine Feinde und reaktionären Unterdrücker und deren Herren, die US-Imperialisten- niederlegen" (23.3.70)

WIRTSCHAFTSLICHE INTERESSEN DER USA IN SÜDOSTASIEN

Bis 1970 hatten die USA es somit geschafft, überall ihre Marionettn zu halten bzw. neu zu bestellen. Der Preis war die Ausdehnung des Krieges auf ganz Indochina, und nicht nur auf Indochina. Heute schon kann man sagen, daß der Kampf in unmittelbarer Zukunft sich auch immer mehr auf Thailand erstrecken wird, wo das dortige Marionettenregime bereits in größere Kämpfe mit Guerillas verstrickt ist. "Bis Ende 1971 hat sich der bewaffnete Kampf des Volkes auf mehr als 170 Distrikte in 38 Provinzen erstreckt" (Peking Rundschau 7/1972)
Thailand ist für die USA von größter Bedeutung, von hier startet ein großer Teil der amerikanischen Luftwaffe gegen befreite Gebiete in Laos als auch in Südvietnam. "Um den Erfordernissen des Agressionskrieges in Indochina nachzukommen, planten die USA-Tahiländischen Reaktionäre schon vor zwei Jahren, in der Provinz Tak im

Norden Thailands eine strategische Landstraße nach der laotischen Grenze hin anzulegen. Aber dieses Projekt wurde immer wieder von den Streitkräften der Meo-Nationalität durchkreuzt." (PR, 9/1972) Die verbissenen Anstrengungen der USA trotz permanenter Niederlagen die Stellungen in Indochina zu halten, auf Niederlagen mit neuen Aggressionen zu antworten und so den Krieg immer mehr auszudehnen und damit gleichzeitig die Niederlage noch gewisser zu machen, ergeben sich aus der Notwendigkeit für den US-Imperialismus, die immensen wirtschaftlichen Potentiale des südostasiatischen Raumes auszunützen. "Es ist bezeichnend, daß Asien und Afrika, auf deren Anteil 1968 lediglich 11,3% der gesamten amerikanischen Direktinvestitionen entfielen, 42,6% des Profits brachten, den die USA aus diesen Investitionen im Jahre 1969 zogen. Insgesamt brachten die direkten privaten Kapitalinvestitionen der USA in Lateinamerika, Asien und Afrika mehr als 2/3 aller im Ausland erzielten Profite ein, während der Anteil dieser Länder an den Kapitalinvestitionen selbst nur ein Drittel ausmachte; (Probleme 12/70)." Die brutale Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte macht diese Länder zur profitabelsten Anlagesphäre überhaupt. In SO-Asien kommt noch eine Unzahl strategisch wichtiger Rohstoffe hinzu, allen voran das Erdöl.

Erdöl ist der wichtigste Energielieferant und wird es für die nächste Zukunft bleiben. "Die British Petrol (BP) zum Beispiel erwartet für das laufende Jahrzehnt einen Weltverbrauch von insgesamt 33 Mrd. Tonnen. Dieser Erdölverbrauch entspricht genau der Menge, die von Beginn der Mineralölwirtschaft im Jahre 1859 bis zum Jahre 1970 abgesetzt wurde"(NRF, 1/72, 23). Es ist eine Lebensfrage für die imperialistische Weltwirtschaft, sich die Quellen des Erdöls zu sichern. "Eine der riesigsten, bisher kaum erschlossenen Erdöllagerstätten der Welt (Indonesien produziert bereits 1,5 Millionen Barrel pro Tag, zum Vergleich der Iran 3,8 Millionen Barrel) ist der gesamte Schelfsockel zwischen Indonesien im Süden, der Indochinahalbinsel und der VR-China im Westen, den Philippinen, Taiwan und Japan im Osten. Gerade auf diesem ganzen ost- und südostasiatischen Raum ist das Interesse der Erdölmonopole neuerdings zunehmend konzentriert. Wenn man bedenkt, daß über 70 % aller amerikanischen Investitionen in den Ländern der 3. Welt für Öl vorgenommen werden, wird verständlich, warum es den imperialistischen Monopolen, allen voran den USA, darum gehen muß, 'feindliche', d.h. einheimische Kontrolle über Territorien in dem gesamten Raum zu verhindern und eigens eingesetzte Marionettenregimes um jeden Preis zu stützen." (NRF, 23) Paradebeispiel ist dafür Indonesien. 1965 wurde Sukarno gestürzt und Suharto an die Macht gebracht. Gräßliche Massaker zur Liquidierung der KP setzten ein, an die 500.000 Menschen wurden umgebracht.

Heute ist Indonesien zum Eldorado für ausländisches Kapital geworden. Indonesien ist von ausländischem Kapital durchsetzt wie kaum ein zweites Land; nur S-Vietnam besitzt noch so liberale Investitionsgesetze. 70% aller ausländischen Investitionen stammen aus der USA. Die Schürfungsrechte für Öl liegen zur überwiegenden Mehrheit in amerikanischen Händen. Weil die Ölindustrie nur langfristige Profite ermöglicht, sind die Kapitalanlagen entsprechend ausgerichtet. Die Verträge, die mit Indonesien für die Schürfungsrechte unterfertigt wurden, haben meist eine Laufzeit von 30 Jahren (Peking, 68/NR. 49). Weiters sicherten sich die USA den Nickelabbau, sowie die Schlägerung des Holzreichtums. Bis Anfang 1970 projektierten an die 200 Firmen Investitionen von 2 Mrd Dollar allein in Indonesien. Indonesien ist jedoch nur ein Moment in der angestrebten wirtschaftlichen Expansion.

"Das zunehmende Interesse internationaler Monopole an So-Asien findet seinen Niederschlag in der Art der Entwicklung peripherer kapitalistischer Gesellschaften. Mit zunehmender Integration in das imperialistische System wird den Staaten Südost- und Ostasiens jegliche eigenständige Entwicklung verunmöglicht, jegliche Veränderung der Wirtschaftsstruktur diktieren die Interessen der Monopole.
Dazu einige Beispiele:

- Singapur wird zum größten Raffineriezentrum Asiens neben dem Nahen Osten. Darüber hinaus existieren Pläne zur Errichtung einer petrochemischen Industrie. Ein aufgeblähtes Dienstleistungs Wartungs- und Ersatzteilzuliefer sektor entsteht, der völlig auf die Bedürfnisse der Ölindustrie ausgerichtet ist. Maschinenfabriken für Ersatzteile, "Werften", Flughäfen werden gebaut...
- Thailand, dem US-Hauptquartier in Südostasien soll ebenfalls einen kompletten Ölwirtschaftskomplex erhalten, außerdem Pipelines über die Landeszunge im Süden Malaysias, was die Liquidierung der zwischen Malaysia und Thailand operierenden Guerillas voraussetzt. Außerdem kooperieren Thailand und Kambodscha in der Aufteilung der Konzessionsgebiete in den benachbarten Küstenzonen. Die FUNK berichtet, daß die Sirik-Matak-Lon-Nol-Clique die Aneignung eines Teiles des Festlandsockel durch US- und thailändische Gesellschaften akzeptiert hat."

(Neues Rotes Forum, 1/1972)

Die geplanten Investitionen, allein auf dem Ölsektor, für den ganzen südostasiatischen Raum sind gigantisch. "David Rockefeller, Vorsitzender der Chase Manhatten Bank New York, wässerte auf einem asiatischen Finanzforum in Singapour 1970 die Mäuler der anwesenden Marionetten und Parasiten-Kapitalisten mit der Vorhersage, daß in den nächsten 12 Jahren von den Ölmonopolen ca. 35 Mrd US-Dollar in Asien und im westlichen Pazifik investiert würden, der größte Teil davon in SO-Asien." (NRF, 24)

Von nicht geringerer Bedeutung als für Amerika ist SO-Asien auch für Japan. Vom amerikanischen Kapital hochgepäppelt, ist Japan durch das Fehlen eigener Rohstoffe (vor allem Kohle und Öl) gekennzeichnet. Zwar sind nur 20% der gesamten Privatinvestitionen Japans ins SO-Asien angelegt, sie wachsen aber gegenwärtig schneller an als in anderen Gebieten, vor allem in Lateinamerika, wo jetzt noch das Schwergewicht liegt. Der Kapitalexport ist vor allem auf die extraktive Industrie ausgerichtet. Gegenwärtig werden vor allem Erdöl, Kupfer, Eisenerz, Bauxit, Nickel und Kautschuk wesentlich auch von Japan kontrolliert.
Die USA versuchen daher Japan in verstärktem Maße in die militärische Zusammenarbeit einzubeziehn. So sieht der vierte japanische Aufrüstungsplan für 1972-76 bereits Ausgaben in der Höhe von 16 Mrd. US-Dollar vor, mehr als das Doppelte des dritten Planes.
Mit ihrem Krieg in Indochina verteidigen die USA auf vorgeschobenem Posten ihre wirtschaftlichen Interessen in ganz Südostasien. Das ist auch das Wesen der sog. "Dominotheorie", die von Nixon 1953 beispielsweise so formuliert wurde:
"Warum geben die USA hunderte Millionen Dollar für die Unterstützung der Armeen der französischen Union aus, die gegen die Kommunisten kämpfen .... wenn Indochina verloren geht, Thailand in eine vollkommen unmögliche Position, gleichermaßen Malaysia mit seinem Kautschuk und Zinn. Mit Indonesien geschieht das gleiche - Wenn das ganze Südostasien unter die Herrschaft oder den Einfluß des Kommunismus gerät, muß Japan sich unausweislich, da es mit diesem Gebiet Handel treiben muß, auf den Kommunismus hin orientieren." (nach: NRF, 1/1972)
Diese Aussagen erhalten durch die neuen Ölfunde und die seit damals investierten Kapitalsummen noch größere Berechtigung. Die USA brauchen SO-Asien, um ihre weitere

Expansion zu sichern und ihre führende Position trotz verschärfter innerimperialistischer Konkurrenz zu behaupten. Am allgemeinen Ziel des US-Imperialismus wird sich daher nichts ändern. Die "Vietnamisierung" des Krieges ist das Festhalten an der Indochinastrategie, nämlich hier zu bleiben, obwohl man seine Bodentruppen abzieht. Die Marionettenregimes für die US-Interessen kämpfen lassen und sie nur mehr durch barbarischen Luftkrieg zu unterstützen, sowie durch die gesamte Technologie und schließlich durch die Führung eines"automatischen" Krieges, von dem die US-Kriegsverbrecher im Pentagon schon heute träumen.

"Die Entfaltung des US-Aggressionskrieges in Vietnam war ein Prozeß der schrittweisen Eskalation bis zur höchsten Stufe des Krieges, um dann schließlich - von Anfang an zur unvermeidlichen Niederlage verurteilt - zurückgeschraubt zuwerden."(Warum ist die US - Aggression gegen Südvietnam zur vollstandigen Niederlage verurteilt;Mai 69:in "Indochina").

Die Phase bis zur "höchsten Stufe des Krieges" war der Übergang vom "Spezialkrieg" zum "Lokalkrieg". Weil es trotz aller ökonomischer, politischer und militarischer Unterstützung nicht gelang, in Südvietnam ein stabiles Regime zu errichten, entwickelte der US-Imperialismus das Konzept des "Spezialkrieges". Der Stanley - Taylor Plan sah die Befriedung Südvietnams innerhalb von 18 Monaten vor. Dazu mußten die Marionettentruppen mit modernsten Waffen ausgerüstet und auf Guerillabekampfung umgestellt werden. Um Schlagkraftigkeit und Einsatzfahigkeit zu gewahrleisten wurde zum einen die Ausbildung übernommen, als auch die Befehlsstellen der Armee bis zur Kompanieèbene hin unter mit US "Beratern" besetzt. Die Errichtung von "strategischen Dörfern" sollte die Bauern von den Partisanen trennen, die so "evakuierten" Gebiete wurden zur "freien Zone" erklärt, d.h. zur Bombadierung freigegeben. Diese Konzeption zerbrach am Widerstand der Bauern. Terror, Napalm und chemische Gifte konnten dieser Konzeption nicht zum Durchbruch verhelfen, im Gegenteil, der Widerstand der Befreiungsarmee nahm immer größere Ausmaße an. Die USA mußten zur Strategie des "lokalen Krieges" übergehen, d.h. amerikanische Truppenverbande wurden zur Hauptstütze des bewffneten Kampfes. Wahrend sie anfangs nur schrittweise Truppen nach Südvietnam brachten ("Berater"), mußten die USA schließlich laufend ihre Truppenkontingente erhöhen, um den Zusammenbruch des Marionettenregimes zu verhindern, bis sie an die 550000 Soldaten in Südvietnam stehen hatten. Nachdem die Öffentlichkeit genügend darauf vorbereitet worden war, setzte die planmaßige Bombardierung des Norden in den Jahren 1964-65 ein. Die US-Strategen glaubten, die Erfolge der FNL seien ausschließlich von der Unterstützung des Norden abhangig, bzw. erklärten bald die FNL für Nordvietnamesen. Was lag näher, als den Norden in die Kampfe miteinzubeziehen.

Von Ende 65 bis 67 schlugen die Befreieungskrafte 2 Offensiven der USA erfolgreich zurück und leiteten den großen Gegenschlag mit der Tet-Offensive ein. Diese Offensive versetzte den alliierten Truppen, die eine Starke von etwa 1,2 Millionen Mann hatten, eine schwere Niederlage Die Tet-Offensive war eine Kombination von Angriffen und Aufstanden der Bevölkerung, wodurch bedeutende Stadte, wenn auch nur für kurze Zeit, erobert und gehalten werden konnten.

"In der ersten Phase des lokalen Krieges der Us-imperialistischen Aggression hat unser Volk deren Strategie der Gegenoffensive zunichte gemacht. Unsere umfassenden

Offensiven vom Frühlingsanfang 1968 haben eine neue Phase im Kampf gegen die US-Aggression für die nationale Rettung eröffnet. Sie zwangen die USA unerwartet zu einem Wechsel der Strategie: die Strategie des "Suchen, Zerstören, Befrieden" wurde von der neuen Strategie des "Saubern und Halten" - eine Strategie der totalen Defensive und Passivitat - abgelöst." (Indochina, 13).

'Die US-Strategie des "Säubern und Halten" bedeutet einen wichtigen Schritt zurück. Denn sie lief darauf hinaus, das Ziel Nr.1 der Strategie des "lokalen Krieges", namlich die Vernichtung der Hauptkrafte der Volksbefreiungskrafte, aufzugeben und alle US-amerikanischen Bemühungen auf die 2 folgenden defensiven Zielsetzungen zu beschranken:

1) ernste Verluste der US-Streitkrafte zu vermeiden,
2) den weiteren Zusammenbruch und Verfall der Marionettenarmee und Verwaltung aufzuhalten, um so die "Entamerikanisierung" des Aggressionskrieges zu ermöglichen." (Indochina, 14)

Jetzt ging es nur mehr darum, Schlüsselgebiete, Militarstützpunkte und Städte zu halten, um von diesen Stützpunkten aus die Offensiven des "Vietcong" im Keim zu ersticken, ihre Nachschubwege zu unterbrechen, Aufmarschgebiete zu bombadieren Die Flächenbombardements der B-52 Bomber waren neben der Feuerkraft der Artllerie wichtigstes Instrument in dieser Strategie. Gerade als die USA sich auf das "Säubern und Halten" umgestellt hatten, erfolgte die neuerliche Offensive von 1969, die den Alierten, von den USA selbst zugegeben, noch größere Verluste zufügte als die von 1968, und zugleich auch diese neue Strategie schwer erschütterte.

"Im Verlauf der Offensive wurden die starken US-Verteidigungslinien durchbrochen, eine Reihe von Truppenlagern vernichtet und das gesamte Verteidigungssystem heftig erschüttert. Entgegen ihren Überlegungen waren die Amerikaner unfähig, die Ziele ihrer Defensivstrategie zu erreichen ihre strategischen Maßnahmen erwiesen sich als unzureichend (Indochina,16)

Zu den permanenten Niederlagen kamen die Antikriegsbewegungen in den USA, die eine Änderung der bisherigen Politik erzwangen. Im November 68 mußten die Bombenangriffe gegen den Norden eingestellt werden. Die neue Losung heißt jetzt "Vietnamisierung".

"Die Entamerikanisierung bedeutet nicht, daß die USA dem Krieg ein Ende setzen werden. Es handelt sich lediglich um einen Wechsel im Krafteeinsatz für die Fortsetzung des Krieges."(Indochina,19)

Diese neuerliche Wendung in der amerikanischen Kriegsführung wird von den südvietnamesischen Genossen folgendermaßen eingeschatzt:

"Die US-Strategie des "Spezialkrieges" scheiterte also und wurde durch die Strategie des "Lokalkrieges" ersetzt. Nun, da auch die letzte vor die Hunde gegangen ist, fassen die Amerikaner eine Rückkehr zu der ersteren ins Auge. Zu einer gescheiterten Strategie zurückzukehren, um eine andere erfolglose Strategie zu retten ist ein Teufelskreis, der die Sackgasse und die Niederlage der USA in ihrem Aggressionskrieg gegen Vietnam zum Ausdruck bringt."(Indochina,19)

Die südvietnamesischen Truppen sollen wieder die Hauptkraft der Truppen stellen, die Unterstützung der USA "beschrankte" sich auf logistische Unterstützung und die Bereitstellung der US-Feuerkraft, vorallem der Bombengeschwader. Der wesentliche Unterschied zur ersten Form des "Spezialkrieges" besteht aber in der Verbesse-

rung und Perfektionierung der Waffentechnik. Heute begnügen sich die USA nicht mehr damit, B-52 Bomber mit "normalen" Bomben fliegen zu lassen, vielmehr verwenden sie bereits Bomben, die fast der Wirkung von Atombomben gleichkommen. ("Cheesburger", "Daisy-Cutter", ab Dezember 1971 eingesetzt, haben nach dem Bericht zweier amerikanischer Naturwissenschaftler bereits ca.1,5% Südvietnams zerstört.) Westmoreland kündigte für die Zukunft den Einsatz von Beobachtungsgeraten an , die durch eine "Killwahrscheinlichkeit" von 100% "größere Krafte für die physische Kontaktaufnahme mit dem Gegner immer bedeutungsloser" machen werden.
Der teilweise Abzug stellt zwar einen bedeutenden Erfolg der Befreiungskampfe, unterstützt von den Antivietnamkriegskampagnen, dar, zugleich darf aber nicht verkannt werden daß ein solcher Abzug nicht bereits die völlige Niederlage bedeutet. Die USA sind bereit, ihre ganze Technologie einzusetzen , um das Marionettenregime in dem jeweiligen Land zu halten, keine Waffengattung wird ihr dabei zu brutal sein. Zugleich macht die Umwandlung des amerikanischen Heeres in ein reines Berufsheer immer weitere Fortschritte. Ein wichtiges Moment der moralischen Entrüstung in den USA über die "Opferung der besten Söhne Amerikas für eine schlechte Sache" wird dadurch verloren gehen.
Gerade der Kampf in den USA wie in aller Welt gegen den amerikanischen Aggressionskrieg ist aber von größter Bedeutung um die weitere Eskalation zu verhindern.
Im Zusammenhang mit den Planen der technologischen Kriegsführung ist die geplante Deportation mehrerer Millionen Bauern in den Süden zu sehen. Sind diese Deportationen abgeschlossen, können diese Gebiete zur "freien Zone" erklart werden, die hemmungslose Bombardierung kann einsetzen. Dabei brauchen Zweifel darüber aufkommen, daß die Imperialisten keinerlei Hemmungen hatten, bei Widerstand der Bevölkerung auch ohne Deportationen ihre Flachenbombardements durchzuführen. So war es auch bisher üblich,die Bomben des öfteren vor den Flugblättern abzuwerfen, in denen vor eben diesen Bombardements gewarnt werden sollte. Auch der Einsatz taktischer Atomwaffen ist durchaus kein Ding der Unmöglichkeit. Schon bei Dien Bien Phu setzten sich die USA für den Einsatz ein, er scheiterte nur am Widerstand Englands So ist die jetzige Phase durchaus eine Erneuerung des "Spezialkrieges", aber auf neuer Stufenleiter, mit noch größerer Brutalität und noch größerem Zynismus.
Wahrend die Bodentruppen abgezogen werden, erhöhen sich in aller Stille die Einsatze der Luftwaffe. Allein unter Nixon sind auf indochinesischem Gebiet mehr Bomben gafallen als wahrend des gesamten 2.Weltkriegs, 60000 Tonnen pro Monat. Aber nicht nur die Einsatze erhöhen sich, heute ist bereits festzustellen, daß die Einheiten der Luftwaffe laufend verstarkt werden. Zudem stehen jederzeit Flugzeugtrager bereit, um in vietnamesische Gewässer einzufahren um als schwimmende Basen Geschwader für den Luftkrieg bereitzustellen (Zur Zeit befinden sich bereits 5 solcher Flugzeugträger in indochinesischen Gewassern). Mit dem brutalen Bombenterror nimmt die Verstädterung ständig zu.
"Die Einwohnerzahl der Region Saigon zum Beispiel wuchs von 2 Millionen 1962 auf 4 Millionen 1968, über 2 Millionen leben in den Saigoner Slums und Konzentrationslagern. In ganz Südvietnam lebten nach Angaben des Vietnamtribunals, von den 18 Millionen Einwohnern Südvietnams 8 Millionen in Lagern. 1969 gab es 4 Millionen Flücht-

linge, davon lebten in der Stadt Saigon 1968 1/2 Million und 1970 1,3 Millionen.
Das gleiche gilt für Laos. Z.B. war die Ebene der Tonkrüge von ca. 150000 Laoten besiedelt, im Januar 1970 wurden bei einem CIA-Projekt die letzten dort noch lebenden 30000 Laoten evakuiert. Bis Februar 70 wurden ca. 600000 Laoten zu Flüchtlingen gebombt. Auch in Kambodscha wird die gleiche Strategie verfolgt."(NRF,1/72)

Wozu die USA fähig sind um den Fall von Städten zu verhindern, wissen wir seit der Tet-Offensive 1968, wo den US-und Marionettentruppen eine Stellung verloren zu gehen drohte:
"Es forderte Luftunterstützung an und zog sich zurück. Die B-52 Bomber radierten ein ganzes Viertel von Saigon mitsamt der Zivilbevölkerung aus" (RPK, 1970/Nr.65)

Dasselbe geschah mit der kambodschanischen Stadt Toul Leap. Mit den bisherigen militarischen Mittel ist für die USA der Krieg in Indochina nicht zu gewinnen, noch dazu wo die Guerilla in den anderen Südostasiatischen Landern von Tag zu Tag starker werden und das Eingrifen der USA auch dort bald zur Notwendigkeit werden wird (v.a. in Thailand).

Die USA können den Krieg aber noch lange hinauszögern, bzw. zu Mitteln greifen, die in ihrer Brutalität das bisher Dagewesene in den Schatten stellen, um den Versuch zu machen, diesen Krieg doch noch zu gewinnen. Die Gefahr des Einsatzes von Atombomben ist nicht aus der Luft gegriffen. Wegen der umfangreichen Deportationen in den Süden hat Nugyen Van Tien, der Sprecher der PRR, in Paris darauf hingewiesen, daß dies die Vorbereitungen für deren möglichen Einsatz seien. Nicht unwesentlich ist die weitere Entwicklung daher von der Widerstandsbewegung in den USA als auch in der übrigen Welt abhängig.
Größte Bedeutung wird aber die entschlossene Haltung der VR China und der Sowjetunion haben, keiner Lösung des Vietnam-Konfliktes zuzustimmen, die auf dem Rücken der Vietnamesen ausgetragen wird, sondern den vietnamesischen Kampf zu unterstützen, bis der letzte US-Soldat und das ganze Kriegsmaterial abgezogen worden sind. In Peking ist Noxon bereits abgeblitzt Wie von Sihanouk beispielsweise schon im August 71 (Peking Rundschau Nr. 32) klargestellt, spielte die Vietnamfrage bei den Gesprächen keine Rolle. Die revolutionäre Sache des vietnamesischen Volkes erfordert, daß Nixon in Fragen "politischer Lösung" auch in Moskau eine Abfuhr erleidet. Die Lösung des Vietnam-Krieges kann nur die bedingungslose Annahme des 7-Punkte-Vorschlages der PRR von seiten der USA sein.

Nixons 8-Punkte-Vorschlag als "Antwort auf den 7-Punkte-Vorschlag der PRR

Wie wir gezeigt haben, waren die Änderungen der Kriegsführung der US-Militärs stets die Folge des Scheiterns früherer militärischer Konzeptionen. Die permanenten Siege der Befreiungsbewegung erzwangen Änderungen, die klarerweise der zeitgerechten Vorbereitung in der politischen Späre bedurften, d.h. die eigene Aggression mußte als Friedenspolitik bzw. als Reaktion auf "kommunistische Aggression", die eigene Eskalation als Deeskalation etc. ausgegeben werden.

Die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere hat die Methoden aufgezeigt, die angewandt wurden (und angewandt werden), um die jeweilige neue militärische Strategie vorzubereiten , eine Strategie, die 64/65 notwendig wurde, weil der "Spezialkrieg" total gescheitert war und das Marionettenregime nur mehr durch die Unterstützung von US-Bodentruppen gerettet werden konnte. Die Entsendung von US-Truppen für den "Lokalkrieg", sowie die Aufnahme der Bombardierung Nordvietnams mußte plausibel gemacht

werden. Die "Strategie der Provokation" wurde dafür entwickelt.

"Es muß (durch Provokationsprogramme) erreicht werden, daß Nordvietnam sich zu Gegenschlägen herausgefordert sieht und seinerseits mit Aktionen antwortet. Diese militärischen Aktionen Nordvietnams müssen als Begründung für eine Eskalation unsererseits dienen können, falls wir die Eskalation wünschen" (vgl. Pentagon-Paiere S. 308 f)

Der zur Genüge bekannte Zwischenfall im Golf von Tonking war die gewünschte "Begründung" für die Bombenangriffe gegen den Norden. Daneben waren die propagandistischen Hinweise auf die Unterstützung der FNL durch den Norden, bzw. die absurde Behauptung, die Freiheitskämpfer seien nichts als verkleidete Vietnamesen, im Hinblick auf die psychologische Vorbereitung von nicht geringer Bedeutung.
Gleichzeitig konnte noch den Nordvietnamesen der Bruch des Genfer Abkommens von 1954 vorgeworfen werden werden: ein Hohn sondergleichen, wenn man sich der Machenschaften der USA in ganz Indochina erinnert.

Die Niederlagen im Frühjahr 68, die eine neue Kriegsführung erforderten, die aber kaum erstellt, ihrerseits wieder durch neuerliche schwere Verluste im Frühjahr 1969 an Mensch und Material in Frage gestellt wurde, verlangten nach neuen militärischen und auch politischen Manövern. Die Nixon-Doktrin wurde geboren, der Krieg sollte "vietnamisiert" werden (1969).
Zuvor schon hatten sich die USA in Paris an den Verhandlungtisch setzen müssen, zu Verhandlungen, an denen auch die Nationale Befreiungsfront teilnahm, später an deren Stelle die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam - eine schwere politische Niederlage für Nixon und seinen Schützling Thieu.

In den beiden Offensiven 68,69 hatte sich die soziale Basis der Befreiungsbewegung stark erweitert, sodaß die Voraussetzungen für den Aufbau staatlicher Machtorgane geschaffen war. Im Mai 69 beschlossen daher die 68 gegründete "Allianz der Neutralen Demokratischen und Friedenskräfte" und das ZK der Befreiungsfront, einen Kongreß der Volksvertreter einzuberufen. Abschluß dieses Prozeßes war die Konstituierung der Republik Südvietnam, mit einer provisorischen Regierung im Juni desselben Jahres.

Die Vietnamisierung bedeutete nicht das Ende der Einmischung in südvietnamesische Angelegenheiten, sondern nur die Fortsetzung mit anderen Mitteln.

Die beiden wichtigsten politischen Aktionen im Verlaufe der Vietnamgespräche waren der 7-Punkte-Vorschlag der PRR und die 8-Punkte-"Antwort" Nixons, sein sogenanntes "Friedensangebot".

Am 1. Juli 1971 unterbreitete Nguyen Thi Binh im Namen der PRR den 7-Punkte-Vorschlag, der letzte einer langen Reihe von Angeboten, die allesamt von den USA zurückgewiesen worden waren, weil sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Grundlage hatten.

"Die zwei grundlegenden Punkte darin sind:
1. Die USA-Regierung muß ihren Aggressionskrieg gegen Vietnam völlig einstellen, völlig mit der "Vietnamisierungs"-Politik Schluß machen, alle Truppen, Militärberater und alles Militärpersonal, Waffen und Kriegsmaterialien der USA und der anderen Länder des amerikanischen Lagers aus S-Vietnam restlos und bedingungslos abziehen, alle Stützpnkte der USA in Südvietnam auflösen, allen Aktionen der US-Luftwaffe und Marine und allen anderen gegen das Volk im südlichen sowie im nördlichen Teil Vietnams gerichteten Operationen ein Ende setzen;

2. Die USA-Regierung muß das Recht der südvietnamesischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung respektieren, sich der Unterstützung der faschistischen Clique um Nguyen Van Thieu und aller Verpflichtungen dieser gegenüber enthalten und damit aufhören, mittels dieser Clique die Bevölkerung Südvietnams zu bekämpfen, sodaß der Weg für die Bildung einer neuen Administration in Saigon angebahnt werden kann, die für Frieden, Unabhängigkeit, Neutralität und Demokratie eintritt und gewillt ist, jederzeit zwecks Bildung einer Regierung der breiten nationalen Eintracht in S-Vietnam mit der Provisorischen Revolutions-Regierung der Republik Südvietnam seriöse Gespräche zu führen."

(Gemeinsames Kommunique des ZK der KPCH, der Partei der werktätigen Vietnams und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, Peking Rundschau Jg. 71, Nr. 49).

Vorraussetzung eines dauerhaften Friedens in S-Vietnam wie in ganz Indochina kann nur das Selbstbestimmungsrecht der indochinesischen Völker sein, was gleichbedeutend ist mit dem bedingungslosen Abzug aller US-Truppen mit samt Freunden und Kriegsmaterial, sowie der Aufgabe der Unterstützung der Van Thieu-Clique.

Die Antwort der Nixon Administration war zunächst beharrliches Schweigen, später schickten sie die Marionetten in Phnom Penh vor, die eine neuerliche Einberufung der Genfer Konferenz vorschlugen. Sihanouk gab in der 24. Botschaft an seine Khmer-Landsleute als Repräsentat der kambodschanischen Exilregierung dieser Provokation die gerechte Antwort: "Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß die USA weniger als jeder andere Staat das Recht habe, die Einberufung einer neuen internationalen Konferenz über die Indochina-Frage vorzuschlagen. Der ganzen Welt ist es bekannt, daß in Wirklichkeit die USA der einzige Saboteur der Genfer Konferenz von 1954, der einzige Zerstörer des Friedens, der Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Välker in S-Vietnam Laos und Kambodscha sind. Wir Völker Indochinas brauchen überhaupt keine neue Genfer Konferenz, noch weniger, wenn die Initiative dazu von dem einzigen Saboteur der vorigen Konferenz über die Indochinafrage stammt." (Peking Rundschau Jg. 71 Nr. 32)

Am 25. Jänner 72 bequemte sich Nixon schließlich zu einer Antwort, dem sogenannten 8-Punkte "Friedens-Vorschlag", der nichts anderes ist, als auf der politischen Ebene die "Vietnamisierungspolitik" fortzusetzen. Nixon redet zwar davon, denn Krieg beenden zu wollen, und die südvietnamesische Bevölkerung selbst über die politische Zukunft Südvietnams entscheiden zu lassen, die "Selbstentscheidung" von der er redet, hat aber nicht das geringste mit der Selbstbestimmung der indochinesischen Völker zu tun, sie ist bloß deren Karikatur. Selbstbestimmung heißt, die US-Truppen abzuziehen, ohne jede Bedingung, ohne "Vorschläge" für sogenannte "Freie Wahlen", Friedensvereinbarungen etc.

Worin bestehen die Fallen dieses neuerlichen Manövers? Zum einen verspricht Nixon den Abzug innerhalb von 6 Monaten <u>nach</u> einer Friedensvereinbarung, dann fordert er "freie und demokratische Präsidentschaftswahlen" <u>innerhalb</u> von 6 Monaten nach der Vereinbarung, bei einem Rücktritt Van Thieus <u>einen</u> Monat vor der Wahl!

2 Genferkonferenzen und ihre Ergebnisse, sowie die Erfahrungen der " freien und demokratischen Präsidentschaftswahlen", die Van Thieu zu inszenieren meisterhaft beherrscht, sind der Erfahrung genug. Der ganze Schwindel bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die US-Truppen bis zum Ende der Präsidentschaftswahl im Lande sind, daß ihr Günstling Van Thieu die Wahlen "vorzubereiten" hat und demnach das Resultat schon feststeht, mit einem Wort, daß die Befreiungskämpfer ihre Waffen abzulegen haben, während die USA und ihre Marionet-

tentruppen in ihrer "Nichteinmischung" die inneren Angelegenheiten Südvietnams regeln. Diese Form der "Selbstbestimmung" ist daher nichts anderes als der Anfang neuerlicher Liquidierungsversuche, wie sie in ganz Indochina seit 54 sattsam bekannt sind.

Die USA können die einzig mögliche Lösung - den 7-Punkte-Vorschlag nicht akzeptieren, weil sie als expansive, imperialistische Macht das Selbstbestimmungsrecht nicht realisieren können und wollen. UM diesen Charakterzug des Imperialismus aber nicht ans Tageslicht kommen zu lassen, müssen Vorschläge vorgelegt werden, die nach außen hin akzeptabel und praktikabel erscheinen, in Wirklichkeit aber nichts anderes als die Fortsetzung der bisher betriebenen aggressiven Politik sind.
In den Pentagon Papieren ist die Vorgangsweise präzise angegeben: "Sollten Verhandlungen zu einem für uns ungelegenen Zeitpunkt unumgänglich werden,(z.B. weil die bisherige Politik völlig Schiffbruch erlitten hat und der Widerstand gegen die Fortsetzung dieser Politik in aller Welt immer größer wird P.M.), so müssen die USA eine Verhandlungsposition beziehen, die für die Kommunisten unannehmbar ist. Auf diese Weise besteht die Möglichkeit, daß eine derartige Konferenz nach kurzer Zeit abgebrochen wird, sodaß wir, um den Druck zu verstärken, mit unseren militärischen Aktionen fortfahren können" (zit. nach NRF 1/72)

Der 8-Punkte-Vorschlag ist nichts anderes als die Umsetzung dieser imperialistischen Politik. Die Verhandlungspositionder USA ist keine, daher unannehmbar.
Die Vietnamgespräche von Anfang an aus je verschiedenen Gründen sabotierend, haben die USA diese schließlich bis auf unbekannte Zeiten abgebrochen. Der offizielle Grund? "Kommunistische Propaganda"! "Propaganda" ist für Nixon die Entlarvung seines "Friedensplanes" als neues Werkzeug seiner imperialistischen Aggressionsstrategie.

Die Offensive der FNL, die in dem Moment beginnt, wo wir gerade schließen, ist die Antwort der Befreiungsfront auf die Politik Nixons. Sie wird die "Vietnamisierung" als Fehlgeburt zunichte machen, dem Imperialismus weitere schwere Niederlagen zufügen und ihn seinem endgültigen Untergang näherbringen.

Aufgabe aller Kommunisten und fortschrittlichen Kräfte ist es, den revolutionären Kampf der indochinesischen Völker zu unterstützen, alles zu tun, um den US-Imperialismus in aller Welt maximal zu isolieren, um so zu verhindern, daß angesichts der Niederlage eine noch größere Vernichtungsmaschinerie ins Rollen kommt, die selbst vor der Anwendung taktischer Atomwaffen nicht zurückschreckt.

M.P.